Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

13. Juni 1977
Jg. 5 Nr. 24

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Das israelische Siedlerregime will sich die besetzten Gebiete endgültig einverleiben

Der voraussichtliche israelische Kriegsminister Weizmann erklärte in einem Illustrierten-Interview: „Es wird keinen Rückzug aus den Westbanks geben" und kündigte die sofortige Einführung „israelischen Rechts" in den besetzten Gebieten an. Am 26.5. bringt der israelische Rundfunk Presseauszüge, die in der Äußerung der Zeitschrift *Hamodia* gipfeln, Israel brauche sichere Grenzen und nicht die Schaffung eines palästinensischen Staates, „der weder ein Recht habe, gegründet zu werden, noch zu bestehen". Die Zionisten verschärfen währenddessen den Terror gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten. Die 13 Gefängnisse für Palästinenser, 5 davon in den besetzten Gebieten, sind nach Angaben der PLO mit mehr als 6 000 Menschen überfüllt; am 20.4. wurden allein in Jerusalem über 200 Palästinenser eingesperrt.

Letzten Samstag führten die Palästinenser in dem westjordanischen Hebron einen Generalstreik gegen die Besatzer durch. Fast täglich finden Demonstrationen statt. Der Kampf der arabischen Völker, vor allem des palästinensischen Volkes, bringt die Zionisten in arge Schwierigkeiten. Sie antworten mit der Vorbereitung eines neuen Raubkrieges. Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet am 4.6. über den Zionisten Scharon, er wolle 10 Jahre in einem neuen Krieg gewinnen und die Palästinenserfrage gleich jenseits des Jordans regeln.

Kampfaktionen der französischen Arbeiterklasse

Die Anstrengungen der französischen Bourgeoisie, mittels des „Barre-Plans 2" die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verschärfen und ihre Lebensbedingungen zu verschlechtern, führen zu scharfen Klassenkämpfen. Bei der Glaswarenfabrik Verreries Mécaniques Champenoises (VMC) nahe Reims, wo die Arbeiter für 13. Monatseinkommen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und sofortige Lohnerhöhung von 5 % streiken, überfiel die Polizei am 1.6. eine Versammlung von über 1 000 Arbeitern. 2 Arbeiter wurden verletzt, 6 Polizisten mußten ins Krankenhaus. Am Sonntag, dem 5. Juni, verübten fünf Faschisten einen Anschlag auf Streikposten, drei Arbeiter wurden schwer verletzt, von denen einer am 6. Juni seinen Verletzungen erlag. Der Arbeitsminister Beullac erklärte, die „Nichtbeachtung der Regeln in den sozialen Beziehungen" führe zu „derartigen Ausschreitungen". – Am 3. Juni setzten sich die Arbeiter von Gebrüder Roth, Straßburg, gegen einen Angriff mehrerer Hundertschaften Polizei gegen Streikende zur Wehr. Die Belegschaft streikt seit 1.6. gegen verschärfte Arbeitshetze und schlechte Arbeitsbedingungen. Der Zusammenschluß von französischen und ausländischen Arbeitern bestimmt den Streik der Reinigungskräfte der Pariser Untergrundbahn. Bei 6 Privatfirmen angestellt, fordern sie Anstellung zu gleichen Bedingungen wie die bei den Verkehrsbetrieben beschäftigten Arbeiter sowie Verbesserung der Arbeitsbedingungen, 40-Stunden-Woche und Lohnerhöhung.

Steuerpaket

Kommende Woche wird der Deutsche Bundestag das Steuerpaket verhandeln. Beim Steuerpaket geht es im wesentlichen um die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Senkung der Vermögenssteuer im gleichen Atemzug.

Die Mehrwertsteuer wirkt ausschließlich auf den Lohn. Die Vermögenssteuer muß aus dem Profit gezahlt werden. Es handelt sich um eine Erhöhung des Profites und gleichzeitige Senkung des Lohnes auf dem Steuerweg.

Der Klassencharakter dieser Reformmaßnahme ist unverkennbar.

Da ist es für die SPD/FDP-Fraktion sehr wichtig, den Schein zu wahren. Da „die Koalition platzen" würde, wenn bei Verabschiedung des Steuerpaketes Probleme auftauchten, und da die Koalition nicht platzen darf, weil sie ja so fortschrittlich ist, erklären die „Linken" der SPD/FDP-Koalition jetzt, man müsse „die Kröte schlucken".

Wer aber soll übersehen, daß diese Kröte von den „linken Abgeordneten" nicht geschluckt wird, sondern serviert? Der berühmte SPD-Linke Gansel, der sich in Schleswig-Holstein als – freilich erfolgloser – Vorkämpfer gegen die Kurtaxe verdient gemacht hat und der einmal im Jahr in seinem Wahlkreis arbeiten geht, offenbar, damit er hernach weiß, was er an seinem Abgeordnetenposten hat, erklärte bereits, daß er dagegen sei, aber dafür stimmen werde.

Am Ende hat Gansel eine Gewissenslast zu tragen und die Arbeiter das Steuerpaket.

Je lauter die Imperialisten vom Frieden reden, um so fieberhafter bereiten sie den Krieg vor

KSZE-Folgekonferenz in Belgrad

In der nächsten Zeit wird in Belgrad die Folgekonferenz der KSZE, der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" zusammentreten, zwei Jahre nach der Verabschiedung der Schlußakte von Helsinki durch die Oberhäupter von 35 unterzeichnenden Staaten, unter ihnen der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und der Generalsekretär der revisionistischen KP der Sowjetunion.

In den zwei Jahren seit Helsinki haben die beiden Supermächte und von ihnen geführten imperialistischen Militärbündnisse ihre militärische Präsenz und das Netz ihrer Stützpunkte in Europa weiter ausgedehnt. Die Sozialimperialisten haben auf Spitzbergen, das norwegischer Verwaltung untersteht, einen Flughafen gebaut; sie haben ihre Truppen in Mitteleuropa, vor allem in der DDR, um einige zehntausend Mann erweitert und mit den neuesten Waffen ausgerüstet; im Mittelmeer haben sie ihre „Eskadra" bedeutend verstärkt, speziell um den supermodernen Flugzeugträger Kiew, dessen Durchfahrt durch die Dardanellen sie erzwungen haben. Die US-Imperialisten haben die britischen Stützpunkte auf Zypern voll übernommen und weiter ausgebaut; in Spanien haben sie sich von Franco, kurz bevor er abgekratzt ist, noch schnell ihre Stützpunktrechte erneuern lassen; in Portugal wird der von der Bundeswehr nur wenig genutzte Flughafen Beja jetzt voll zum NATO-Stützpunkt ausgebaut; die US-Kampftruppen in der BRD wurden erheblich verstärkt und in Garlstedt mit dem Ausbau eines großen Brückenkopfs für die Heranführung weiterer Eingreiftruppen begonnen. Das alles sind nur einige Beispiele aus den militärischen Aktivitäten der NATO und des Warschauer Pakts in Europa und an den Flanken Europas. Beide Militärpakte haben im letzten Herbst in wochenlangen Manövern und Stabsübungen zu Boden, zur Luft und zur See den großen Krieg um Europa geprobt.

Man kann also leicht beweisen, daß die KSZE die Intensivierung der Kriegsvorbereitungen auf beiden Seiten keineswegs behindert hat. Aber steht die Schlußakte der KSZE, steht der vielfach beschworene „Geist von Helsinki" zumindest diesen Kriegsvorbereitungen entgegen?

Im Gegenteil. Die KSZE bedeutet gerade die ausdrückliche Anerkennung des Rechts auf Anwesenheit und Einmischung der beiden Supermächte, des USA-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus, in Europa. Die Schlußakte fordert, daß die Teilnehmerstaaten sich „der direkten oder indirekten Unterstützung terroristischer Tätigkeiten oder subversiver oder anderer Tätigkeiten enthalten, die auf den gewaltsamen Umsturz eines anderen Teilnehmerstaates gerichtet sind". Die Anwesenheit großer Truppenkontingente der imperialistischen Großmächte auf dem Territorium fremder Staaten bleibt dagegen unerwähnt, die Frage ihres Rückzugs wird nicht erörtert. Das bedeutet nichts anderes als die Legitimation der Truppen der Supermächte und ihrer

Fortsetzung Seite 2



„Mehr Mut, Unternehmer!"

Weniger Arbeitslose?/ Kapitalisten nutzen Arbeitslosigkeit zu Verschärfung der Ausbeutung

„Mehr Mut, Unternehmer!" ruft Josef Stingl, von den Kapitalisten bestellter Oberherr der westdeutschen Arbeitsämter, in der „Bildzeitung" vom 6.6.77. Zugreifen sollen sie, sich bedienen an dem Millionenheer der Arbeitslosen in Westdeutschland. Anlaß seines Zuspruches: „Die Arbeitslosigkeit ist endlich wieder unter die Millionengrenze gerutscht. Froh bin ich dennoch nicht. 946 000 Arbeitslose sind zuviel für unser Land! Ich mache mir auch Sorgen, weil es keine Anzeichen dafür gibt, daß die Arbeitslosenzahl schneller zurückgeht."

Die Bourgeois machen in Sorge über das „Arbeitslosenproblem". Bei einer Sitzung der hannoverschen Kapitalisten in der Industrie- und Handelskammer unter Vorsitz des Keksfabrikanten Bahlsen war man sich einig, daß das „Arbeitslosenproblem auch eine unternehmerische Aufgabe" enthalte, die gelöst werden müsse, bevor es bedrohliche Formen annehme. Und die Politiker werden tätig: Im „Hamburger Abendblatt" vom 10.6.77 wird berichtet: „Die Bemühungen aller Bonner Parteien, das Problem der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit zu lösen, spitzen sich zu einem Wettlauf um das bessere Konzept zu." Wenn die schmarotzende Kapitalistenklasse samt Anhang, die ihren Reichtum aus der schrankenlosen Ausbeutung der Millionenmassen Lohnarbeiter saugt, sich besorgt zeigt über die erzwungene Untätigkeit von Millionen Arbeitern und Angestellten, was soll da anders hinterstehen als die nackte Gier, die Ausbeutung weiter zu verschärfen und die Profite weiter zu steigern?

Die neuesten Statistiken der Arbeitsverwaltung selbst beweisen es. Zunächst die freche Behauptung, die Arbeitslosenzahlen sinken. Um 92 000 sei sie vom April auf Mai 1977 gesunken. Was ist mit den Arbeitern, die schon solange arbeitslos sind, daß sie aus der Versicherung ausgesteuert werden und in die Fänge der Sozialämter geraten? Die Zahl derer, die jahrelang ohne Arbeit bleiben, ist weiter gewachsen. Sie bleiben arbeitslos, auch wenn die Bourgeoisie sie aus der Arbeitslosenversicherung und -statistik gestrichen hat, sind dem nackten Elend preisgegeben, gezwungen zu jeder Gelegenheitsarbeit und werden als Lohndrücker eingesetzt. Der größte Teil von ihnen sind Lohnarbeiter, zerschlissen durch den kapitalistischen Produktionsprozeß, nicht mehr in der Lage, in der Knochenarbeit in der Produktion mitzuhalten. „Nur etwa 10 % der über 45 Jahre alten arbeitslosen Arbeitnehmer hätten gegenwärtig eine Wiedereingliederungschance, die bei über 55 Jahre alten Arbeitnehmern kaum noch vorhanden sei" (Niedersächsische Wirtschaft 11/77), stellen die hannoverschen Kapitalisten auf ihrer Aussprache über das „Arbeitslosenproblem" fest. Sie müssen's schließlich wissen. Die Zahl der Arbeitsvermittlungen durch die Arbeitsämter nimmt zu. Im Mai 199 000, fast 5 % mehr als im Vormonat. Im ganzen letzten Jahr sind über 2,3 Millionen Arbeitsvermittlungen durchgeführt worden. Gleichzeitig weitere Entlassungen in der Industrie und sinkende Belegschaftszahlen. Dahinter steht, daß die Kapitalisten ihre Belegschaften auswechseln und sich neue frische Arbeitskräfte holen, selbstverständlich zu niedrigeren Löhnen und möglichst zu Zeitverträgen, womit sie die Belegschaften spalten. „Bessere Beschäftigungssituation für Jugendliche" – das ist der Knüller in dem Monatsbericht Mai der Arbeitsverwaltung. Knapp 80 000 sollen es nur noch sein. Nicht gezählt sind die Jugendlichen, die nach der Schule noch nie eine Arbeit bekommen haben, die zehntausende, die gegenwärtig eine Lehrstelle suchen. Offener ist da der Bericht des Arbeitsamtes Emden/Ostfriesland, einem Gebiet mit der höchsten Arbeitslosigkeit in der BRD: Dort stieg der Anteil arbeitsloser Jugendlicher unter 20 „auf 13,4 % Ende Mai, weil es immer schwieriger wird, Jugendliche in Arbeit oder Ausbildungsstellen zu bringen. Die meisten Auftraggeber verlangen Arbeitskräfte mit Berufserfahrung, aber die Jugendlichen haben derzeit kaum eine Chance, diese Bedingungen zu erfüllen." Die Kapitalisten können zugreifen und wählen. Die jugendliche Arbeitskraft bekommen sie fast geschenkt, durch die Schule sortiert nach ihren Bedürfnissen.

Der nackte Kern des „Arbeitslosenproblems" der Bourgeoisie ist nicht als der Heißhunger nach unbezahlter Mehrarbeit, nach gesteigerter Ausbeutung der Arbeiterklasse. In Oldenburg bekämpfen die AEG-Arbeiter seit einem Jahr die Pläne der Kapitalisten auf Massenentlassungen. Die KBW-Betriebszeitung berichtet: „Jetzt vor den Sommerferien sind die ersten „freigestellt" worden; insgesamt 132 Kollegen sollen raus.

Mit einem verbesserten Sozialplan wird gelockt ... Die Kollegen stehen vorm schwarzen Brett und rechnen. Was springt bei der Sache raus? Wer älter als 55 Jahre ist und jünger als 59, mindestens 30 Jahre gearbeitet hat, davon mindestens 10 Jahre bei der AEG, wer dann noch ein bis anderthalb Jahre arbeitslos ist vorm 60. Lebensjahr, der rechnet sich aus: Im Höchstfall 40 000 DM durch einen Aufhebungsvertrag aus dem Sozialplan – also 18 Monatsgehälter für die „freiwillige" Kündigung plus Stempelgeld, das doch aber höchstwahrscheinlich mit der „Abfindung" verrechnet wird, plus vorgezogenes Altersruhegeld und dann Rente plus AEG-Betriebsrente.

Ein Kollege soll bei dieser Zusammenstellung zum Ergebnis gekommen sein, daß er in den nächsten Monaten 400 DM mehr hätte, als wenn er weiter arbeiten würde. ...

Ein Teil der Massenentlassung soll so erledigt werden, möglichst vor den Sommerferien. Danach kommt der harte Kern. Kollegen in den 40er Jahren, 22 Jahre oder so in der AEG. (...)

Im Frontalangriff haben Konzern- und Geschäftsleitung die Massenentlassungen nicht durchsetzen können ... Eine große IGM-Demonstration gegen Schließung vom Zweigwerk Vechta und Entlassungen im Oldenburger Werk letztes Jahr in Vechta. Protest auf allen vergangenen Betriebsversammlungen. (...)

Da mußten die Herren ihre Taktik ändern. Sie spekulierten aufs Alter. Sie

Fortsetzung Seite 2

Sofortige Freilassung von Hellmuth Kaiser! Für uneingeschränktes Demonstrations- und Rederecht!

Seit dem 28.5.1977 wird Hellmuth Kaiser in Untersuchungshaft festgehalten. Vorgeworfen wird ihm von der Staatsanwaltschaft und Polizei „schwerer Landfriedensbruch", „Körperverletzung", „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und anderes mehr.

Hellmuth Kaiser hat sich am 28.5.1977 am Soldaten- und Reservistentag in München beteiligt. Am selben Tag fanden



Der Soldaten- und Reservistentag in München war nicht nur ein entscheidender Schritt im Kampf der Soldaten um Kündigungsrecht und Lohnfortzahlung, sondern er war zugleich eine schwere Niederlage für die bayrische Polizeiführung und ein wichtiger Schritt im Aufbau der Partei der Arbeiterklasse in Bayern. Jetzt schlägt die Reaktion in München und Bayern wild um sich. Hellmuth Kaiser hat sie festgehalten und in Untersuchungshaft gesteckt, Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet gegen mehrere Verantwortliche von Agitationsständen wegen Volksverhetzung. Das Büro des KBW wurde durchsucht.

Das sind hektische und hilflose Versuche, den Kampf der Massen zu unterdrücken und die Fortschritte im Parteiaufbau zu verhindern. Genau das Gegenteil haben sie erreicht. Die Kampffront für die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht und gegen die Reaktion verbreitet sich. Bis Samstag haben in Süddeutschland Erklärungen und Resolutionen verfaßt: Soldaten aus Roth, Lauda und Landsberg, Arbeiter und Angestellte der Teroson-Werke Heidelberg, der Otto Werke Offenbach, die Jugendgruppe der IG Druck Stuttgart, der ÖTV-Betriebsgruppen Stetten und der Abteilung soziale Arbeit Heidelberg, Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke, Allgemeine Studentenausschüsse und Fachschaften aus München, Stuttgart, Heidelberg, Ludwigsburg unterstützen den Kampf. Auf einer Vollversammlung der Tübinger Studenten mit 500 Teilnehmern wurde mehrheitlich die Forderung nach Lohnfortzahlung und für die Freilassung Hellmuth Kaisers beschlossen.

In München hat sich eine Aktionseinheit gebildet. Am Mittwoch wird in München eine Protestveranstaltung für die sofortige Freilassung von Hellmuth Kaiser durchgeführt.

auch in Köln und Hannover Soldaten- und Reservistentage statt, die sich gegen die rechtlose Lage der Soldaten, gegen Kasernenunterdrückung und gegen die tägliche Unterdrückung durch Befehl und Gehorsam richteten. Mit zahlreichen Auflagen durch das bayerische Innenministerium und die Münchener Polizeiführung sollte von Anfang an die Durchführung der Demonstration und Kundgebung am Marienplatz verhindert werden. Das Innenministerium legte fest, daß die Demonstration in einzelnen Blocks und Gruppen nach Gutdünken der Polizeiführung zersplittert werden sollte. Bei jedem Rotlicht sollten die Teilnehmer der Demonstration anhalten, was die vollständige Zersplitterung der Demonstration bedeutet hätte. Für die Kundgebung am Marienplatz wurde der Einsatz eines Lautsprecherwagens verboten.

Die über 1 500 Demonstrationsteilnehmer haben sich nicht an die Auflagen gehalten, sie haben Demonstration und Kundgebung geschlossen durchgeführt. Im Anschluß an die Veranstaltung des Soldaten- und Reservistentages wurde der Fahrer des Lautsprecherwagens, der Reservist Hellmuth Kaiser, in einer Nacht- und Nebelaktion der Polizei verhaftet und wird seitdem in Haft gehalten.

Die für die Demonstration erteilten Auflagen bedeuten eine Einschränkung der Demonstrations- und Redefreiheit. Dies steht im Zusammenhang mit Bestrebungen, das Demonstrationsrecht zu beschneiden und fortschrittliche Menschen und Bewegungen einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Wir wenden uns entschieden gegen solche Bestrebungen.

Für die Kundgebung wurde der Einsatz eines Lautsprecherwagens verboten, während zwei Stunden vorher unter dem Schutz der Polizei die bürgerlichen Politiker, Kirchenfürsten und Kapitalisten ihren neuen Bischof Ratzinger feiern konnten mit großen Übertragungswagen des Bayerischen Rundfunks und Fernsehens. Dies zeigt, wie es um die Rechte des Volkes und wie es um die Rechte der herrschenden Klasse steht.

Am 7.6.1977 war beim Haftrichter Haftprüfungstermin. Der Haftrichter teilte nur mit, daß das Gericht eine Entscheidung treffen wolle über die weitere Inhaftierung oder Freilassung. Beim Haftprüfungstermin traf der Haftrichter keine Entscheidung, sondern vertagte sie und hoffte Zeit zu gewinnen. Am Freitag, dem 10.6. wurde auf Verlängerung der Haft entschieden.

Der Kampf zur sofortigen Freilassung von Hellmuth Kaiser findet breite Unterstützung. Zahlreiche Resolutionen wurden verabschiedet in Betrieben, Gewerkschaftsgruppen, Kasernen, Schulen und Hochschulen. Täglich treffen neue Erklärungen beim Soldaten- und Reservistenkomitee ein.

Die unterzeichnenden Organisationen haben bereits in Flugblattaktionen ihre Entschlossenheit zum Kampf für die Freilassung von Hellmuth Kaiser bekundet. Wir verurteilen aufs schärfste die Inhaftierung von Hellmuth Kaiser. Wir fordern alle demokratischen und fortschrittlichen Menschen auf, die Forderung nach sofortiger Freilassung von Hellmuth Kaiser und der Einstellung des Verfahrens zu unterstützen.

Soldaten- und Reservistenkomitee München
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Conföderation Iranischer Studenten (CISNU)
Komitee für den Volksentscheid gegen den § 218 – München
Augsburger Bürgerinitiative gegen das Atomkraftwerk in Rehling
Kommunistische Hochschulgruppe – München (KHG)
Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe – München
Komitee Südliches Afrika München
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Je lauter die Imperialisten von Frieden reden, um so fieberhafter bereiten sie den Krieg vor.

Fortsetzung von Seite 1

Verbündeten als Truppen der *Konterrevolution* gegen die europäische Arbeiterklasse und die Volksmassen der Länder Europas. Die proletarische Revolution, der Kampf der unterdrückten Völker ist dagegen eine Gefahr für „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa".

Die Schlußakte von Helsinki betont noch und noch das Prinzip des „Gewaltverzichts". Auch hier, angesichts der waffenstarrenden Anwesenheit der Supermächte und anderen imperialistischen Mächten – was ist das anderes als Generalermächtigung für die Imperialisten, jeden Widerstand gewaltsam zu unterdrücken? Zum Beispiel: Island hatte einige Zeit vor der KSZE-Konferenz 1975 eine 200-Meilen-Fischereizone ausgerufen, um seine wichtigsten nationalen Ressourcen zu schützen. Unter Zustimmung aller imperialistischen Mächte (einschließlich, wenn auch stillschweigend, der Sowjetunion, die selbst zu den größten Räubern auf den Weltmeeren gehört) entsandte Großbritannien Kriegsschiffe, um seine Fischereiflotille zu „schützen". Island, um sich gegen diese Ausraubung seiner Fischvorkommen zu schützen, griff mit kleinen Küstenwachbooten die britischen Trawler an und rammte sogar die britischen Kriegsschiffe. Es zog sich die helle Empörung der Imperialisten über eine solche Aggression und Verletzung von „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" zu.

Der Charakter der KSZE als eines Instruments des Betrugs an den Völkern, des ungenierten Expansionsstrebens der Supermächte und anderen imperialistischen Mächten, darunter besonders der westdeutschen Bundesrepublik, enthüllt sich schließlich darin, daß die Schlußakte nicht einmal die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa enthält. Im Einleitungstext zur offiziellen KSZE-Dokumentation stellt die Bundesregierung befriedigt fest, daß die Konferenz „nicht zu einer Konferenz über Deutschland, einer Ersatz-Friedenskonferenz geworden ist", im Gegenteil, ausdrücklich festgestellt hat, daß „Grenzen, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung geändert werden können". „Die Konferenzergebnisse stehen ... einer dynamischen Entwicklung in Europa nicht entgegen."

Als ein wesentliches Mittel einer solchen „dynamischen Entwicklung in Europa" enthält die Schlußakte von Helsinki einen ganzen „Korb" voll Absichtserklärungen über eine verstärkte „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen".

Das ist eine freundliche Umschreibung für: „allseitige Verschärfung der Konkurrenz", „Ausbaldowern der Schwachstellen des Rivalen", „Aussaugen des Marks aus den Knochen". So ungefähr könnte man das beschreiben, worum es geht. Die US-Imperialisten und Imperialisten Westeuropas wollen durch das verstärkte Eindringen ihres Kapitals in den sozialimperialistischen Machtbereich dicken Profit machen, solide Abhängigkeiten schaffen, die weitere Öffnung des osteuropäischen und sowjetischen Markts erzwingen und die Widersprüche zwischen der Sowjetunion und den ihr unterworfenen Staaten Osteuropas sowie zwischen der alten und der neuen Bourgeoisie und ihren verschiedenen Teilen schüren. Die Sozialimperialisten ihrerseits wollen sich auf ungedeckte Wechsel hin die Waren, die sich auf den westlichen Märkten stauen, an Land ziehen und dadurch die innere Schwäche ihrer Ökonomie ausgleichen, weitere Kapazitäten für die Kriegsproduktion freisetzen, die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen und imperialistischen Staaten Westeuropas und den USA weiter verschärfen und sich gleichfalls unter der alten und neuen Bourgeoisie der europäischen Länder Verbündete schaffen.

Während der Handelsaustausch der Sowjetunion und der anderen RGW-Staaten mit den westeuropäischen Staaten nur langsam steigt, ist die Verschuldung seit der Konferenz von Helsinki sprunghaft weiter angestiegen. Nach neuesten Schätzungen schulden die RGW-Länder den westlichen Ländern insgesamt etwa 114 Milliarden DM. Ende 1975 wurden die Schulden auf 75 bis 85 Milliarden DM geschätzt. Die Sowjetunion, die allein über 40 Milliarden DM Schulden hat, müßte von ihren Außenexporten (rein rechnerisch) jährlich 26 % zur Schuldentilgung aufbringen, Polen sogar 47 % (laut Handelsblatt, 11. Juni 1977).

Tatsächlich denken die Sozialimperialisten nicht im Traum daran, in solchem Umfang zurückzuzahlen. In ihren Träumen denken sie an ganz andere Formen der „Schuldentilgung".

„Die Konkurrenz unter den Imperialisten und die Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft, die aus dem Imperialismus hervorgeht, kompliziert die Klassenkampfsituation in der Welt und in den einzelnen Ländern in dem Maße, wie es den Imperialisten gelingt, den Widerspruch zwischen der internationalen Arbeiterklasse und den Imperialisten, zwischen den unterdrückten Völkern und dem Imperialismus zu verwischen und mittels Spaltung und Intervention diese klaren Fronten zu sprengen und an ihre Stelle die Fronten ihrer imperialistischen Konkurrenz und Rivalität zu setzen." (Resolution zur Lage und zu den Aufgaben, 23.4.1977)

Zu dieser Verkomplizierung der Klassenkampfsituation in den Ländern Europas, im Westen wie im Osten, hat die imperialistische KSZE wesentlich beigetragen. Portugal wurde, als sich nach dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes die Arbeiterbewegung und revolutionäre Volksbewegung stürmisch entwickelte, von allen Imperialisten als „Testfall für die Entspannung" bezeichnet. Durch einen Zangenangriff der Revisionisten unter Cunhal als Agenten des Sozialimperialismus einerseits, der Reformisten unter Soares und der verschiedenen Reaktionäre als Agenturen des westdeutschen, westeuropäischen und US-Imperialismus andererseits, wurde die Massenbewegung zersetzt und unterdrückt. Auf dieser Grundlage verschärften die imperialistischen Agenturen ihren Kampf um die Macht bis aufs Messer und trieben mit Putsch- und Gegenputschaktionen die Massen an den Rand eines Bürgerkriegs für ihnen fremde Interessen.

Die KSZE-Verhandlungen, die jetzt als Schauspiel imperialistischer Betrügerei auf die Volksmassen zukommen, werden mit beachtlichem Propagandalärm vorbereitet. Die beteiligten Imperialisten sind allesamt gezwungen, ihre aggressiven Interessen vor den Volksmassen im jeweils eigenen Lande zu verbergen. Es wird infolgedessen viel von ewigen Menschheitsidealen geredet werden. Die Räuber müssen ihre Raubzüge zumindest als Feuerwehrrettungseinsätze ausgeben. Die USA-Imperialisten, von den kämpfenden Völkern der Dritten Welt in den letzten Jahren mehrfach mit Waffengewalt vorbestraft, treiben es da am dollsten. Carter will den Raubzug gleich als Kreuzzug durchführen, während die russischen Sozialimperialisten ihre Räuberei als Ausweitung des Sozialismus verstanden wissen wollen.

Die Forderungen der Volksmassen in den europäischen Ländern sind dagegen klar, einfach und einsichtig: Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Europa und Beseitigung aller fremden Militärstützpunkte,
Abzug der imperialistischen Flotten aus dem Mittelmeer, Nordsee und Ostsee!
Auflösung der imperialistischen Militärbündnisse!
Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen!

Diese Forderungen lehnen die Imperialisten einhellig ab. Darum tragen ihre Betrügereien letzten Endes nicht sehr weit – wenn der große Friedensrummel zum propagandistischen Gegenangriff auf ihre imperialistischen Lügnereien genutzt wird.

„Mehr Mut, Unternehmer!"

Fortsetzung von Seite 1

wissen – ihre unersättliche Jagd nach Profit verschleißt die Arbeitskraft und treibt sie früh in Grab. Warum nicht auch noch mit diesem Pfund wuchern? Die Belegschaft spalten in jung und alt! Oh, diese Bande kennt keine falsche Scham – heilig ist der Profit und wenn's dem Rationalisierungsplan dient, warum soll sie dann nicht als barmherziger Sameriter verkleiden und die Abspeisung der verschlissenen Arbeitskraft als „sozial" ausgeben – „Sozialplan"?! Hauptsache, das Ziel wird erreicht. Eine verringerte, verjüngte Belegschaft soll übrig bleiben, deren Kraft die Profitjäger gieriger machen wird wie frisches Blut einen Vampir."

Durch den Kampf für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag, den Kampf um Schutzrechte gegen die schrankenlose Ausbeutung, um die Kontrolle der Arbeitsämter durch die Arbeiter kann die Arbeiterklasse der Spaltung durch den Druck der industriellen Reservearmee entgegenwirken. Das wird sie stärken im Kampf für die Zerschlagung dieser Ausbeuterordnung, für die Befreiung der Arbeit von den Fesseln dieser verfaulten Produktionsverhältnisse.

Gelegenheitsarbeiten

Im Monat Mai wurden vom Hamburger Arbeitsamt 9 231 Arbeitslose auf neue Arbeitsplätze vermittelt. Davon aber nur knapp die Hälfte in sogenannte feste Arbeitsverhältnisse, 4 001 erhielten eine Beschäftigung bis sieben Tage und 830 Arbeitslose erhielten Zeitverträge bis zu drei Monaten. Sind Arbeiter und Angestellte erst mal lange genug arbeitslos gemacht worden, dann sind sie gezwungen, solche Gelegenheitsarbeiten anzunehmen, und damit beginnt für viele der Weg ins Elend.

Ein Gelegenheitsarbeiter aus dem Hafen berichtet: „Ich bin 1958 in die Bundesrepublik gekommen aus Polen wegen Familienzusammenführung. Habe Arbeit als Maurer bekommen ziemlich schnell, auf Montage. Weil ich erst kurz gearbeitet hatte, als der Winter kam, bin ich geflogen und habe im Hafen Arbeit bekommen. Wieder auf dem Bau, wollten sie mir den Lohn drücken. Da bin ich wieder im Hafen gelandet. Zwischendurch hatte ich immer wieder versucht, irgendwo fest zu arbeiten, aber jedesmal gab es Krach mit dem Kapitalisten und ich habe gesagt: Ihr könnt mich.

Jetzt ist es praktisch unmöglich, eine feste Arbeit zu bekommen, weil jeder fragt, wo kommst Du denn her. Dazu kommt, daß ich jetzt obdachlos geworden bin, weil Du keine Wohnung halten kannst, wenn Du nicht weißt, wann Du die nächste Schicht kriegen kannst. Machen mußt Du praktisch alles, am Kai oder Tank reinigen oder so. Um überhaupt eine Schicht zu kriegen, brauchst Du eine grüne Karte. Ich hatte die mal verloren und der Bock. Leiter von der Stelle, wollte mir keine neue geben. Bin ich zum Sozialamt, habe das gesagt, haben sie mich zurückgeschickt mit einem Zettel, weil die auch nicht bezahlen wollen. Wieder zu Bock, da habe ich die Karte bekommen."

In derselben Einteilungsstelle berichtete ein weiterer Gelegenheitsarbeiter, daß er als ausgesteuerter Sozialhilfeempfänger pro Woche 14 Mark Taschengeld bekomme, für Schlafen im „Pik As" und schlechtes Essen in der „ABC-Straße" eine Karte vom Sozialamt habe. Am Freitag holt er vom Schlachter Wursten, da bekommt er für eine Mark schon eine ganze Menge für sich und seine Freunde. Manchmal kriegt er eine Schicht im Hafen, dafür gibt es 60 bis 70 Mark.

Die Arbeiter aus den unteren Lohngruppen wollen die Kapitalisten in diese elende und rechtlose Lage drücken. Sie haben die Arbeitshetze so verschärft, daß es kaum zu schaffen ist, die Arbeit von Arbeitern, die krank sind oder in Urlaub, mitzumachen. Dann bestellen sie Gelegenheitsarbeiter für kurze Zeit oder stellen nur noch mit Dreimonats-Zeitverträgen ein. Die Arbeiter wehren sich dagegen, sind aber gezwungen, diese Arbeiten anzunehmen, weil das Arbeitslosengeld für Hilfsarbeiter so niedrig ist.

Voller Neid starren die westdeutschen Kapitalisten nach Japan, wo das System der Leiharbeiter und Gelegenheitsarbeiter schon weit ausgebaut ist und z.B. den Stahlmonopolen besondere Konkurrenzvorteile verschafft, weil die „Lohnnebenkosten" dadurch gesenkt werden.

Die Arbeiterklasse kann verhindern, daß die unteren Schichten der Arbeiterklasse in eine solche Existenz in völliger Unsicherheit, Rechtlosigkeit und Hunger führen. Sie muß einen ausreichenden Lohn für den normalen Arbeitstag fordern und die Streichung der unteren Lohngruppen erkämpfen. Das Arbeitsamt muß der Kontrolle der Kapitalistenklasse entrissen und von den Arbeitern selbst verwaltet werden. So kann die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse wesentliche Mittel zur Spaltung der Lohnabhängigen aus der Hand schlagen und sich sammeln unter dem Schlachtruf: Nieder mit dem Lohnsystem, es lebe der Sozialismus!

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 1611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3 406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 19 01 40, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 24: 32 000

Imperialistische Aufbruchstimmung in Mittelamerika

Rosalynn Carter, Genscher und Scheel in Lateinamerika

„Diplomaten und Politiker schwanken zwischen Sprachlosigkeit, Anerkennung, Skepsis und hohem Flug der Hoffnung. Das Urteil ist noch unscharf, die Prognosen zurückhaltend. Kurzum, die Frau, die politisch ‚eine Expansion' ihres Mannes, des amerikanischen Präsidenten, sein möchte, hat das Rätsel Jimmy Carter um eine neue Dimension erweitert.“ (Die Welt, 10.6.77)

Eine „Expansion“ auf expansionistischen Reisen: Rosalynn Carter,

„Spitze in Strebsamkeit und Willen – Tochter eines Schneiders, aufgewachsen in ärmlichen Verhältnissen in Plains und die an Carters Seite in der familieneigenen Erdnußhandlung gearbeitet hat“. (Newsweek, 13.6.77)

Was die bürgerlichen Journalisten so sprachlos gemacht hat, ist die einfache Tatsache, daß Carter seine Frau zu einem der Hauptberater des Präsidenten hat ausbilden lassen und sie jetzt auftreten läßt. Ihren ersten Auftrag sollte sie jetzt in den mittel- und südamerikanischen Staaten Costa Rica, Ekuador, Peru, Brasilien, Kolumbien und Venezuela erfüllen.

Worin bestand ihr Auftrag?

Vor ihrem Abflug erklärte Carter vor den Journalisten:

„Ich denke, es wird in den kommenden Wochen Anzeichen verstärkter diplomatischer Verbindungen mit Cuba geben, die allerdings noch keine Anerkennung bedeuten werden.“

Die US-Imperialisten wollen die Vorherrschaft der Sozialimperialisten über Cuba beseitigen, um selbst den Fuß wieder auf das Land zu setzen. Über Umwege können sie das nur erreichen. Die US-Imperialisten wollen die Wirtschaftsblockade gegen Cuba unter ihrem Kommando wieder aufheben. Dazu ist es notwendig, daß alle trotz Blockade bestehenden Handelsbeziehungen zwischen Cuba und den lateinamerikanischen Ländern unter Kontrolle gebracht werden. Die US-Imperialisten wollen so verhindern, daß die Sozialimperialisten die Gelegenheit nutzen, um sich über den Handel Cubas in weitere Länder vor ihrer Tür einzunisten.

Diesen Umweg sollte die Präsidentengattin einschlagen und gleichzeitig mit dem notwendigen Druck Stimmen für die Weiterexistenz amerikanischer Oberhoheit über den Panamakanal bei den gerade laufenden Verhandlungen erzwingen.

„Ihre Mission – im Gegensatz zu den üblichen Freundschaftsbesuchen, was eigentlich die Aufgabe von Präsidentenfrauen ist,“ schreibt die amerikanische Zeitschrift „Newsweek“ in heller Begeisterung über die Politik Carters, „ist das Ergebnis von Carters Beharrlichkeit und sie ist von ihm als bedeutend bezeichnet worden, – ist es, die führenden Köpfe der Staaten in dieser Hemisphäre für ihn auszukundschaften ... Ihre Aufgabe auf den Minigipfelkonferenzen war in der Hauptsache Befragung.“

Die Befragungen werden dann in etwa so verlaufen sein:

Beispiel Jamaika:

‚Ministerpräsident Manley, sie wissen, daß wir ihrem Land seit 1972 Hilfen in Höhe von 41 Millionen Dollar gewährt haben? Wollen Sie weitere Wirtschaftshilfen oder wollen Sie lieber Ihre Schulden jetzt begleichen? Sie wissen doch auch, daß der amerikanische Konzern Kaiser die Förderungsrechte für Bauxit in Jamaika, welches zweitgrößter Bauxitexporteur der Welt ist, für weitere 40 Jahre sich hat garantieren lassen? Glauben Sie, daß Sie es sich unter diesen Umständen erlauben können, weiterhin Handelsverträge mit Staaten des RGW anzupeilen? Wollen Sie nicht den Transport des Bauxits sichern? Müssen wir da nicht dafür sorgen, daß wir Ihnen zu diesem Zweck den Panamakanal offenhalten?'

So werden die „Befragungen“ mit Sicherheit verlaufen sein von

„der schüchternen Frau mit dem eisernen Willen,“ in „ruhiger Tonart und mit natürlichem politischen Instinkt“. (Die Welt, 10.6.77)

Noch während Rosalynn Carter in Lateinamerika weilte, verkündeten die amerikanischen Nachrichtenagenturen, daß die USA mit Cuba den Austausch von 10 Diplomaten, wenn auch noch auf neutralem Boden, abgesprochen habe. Der Vorarbeit der Präsidentengattin wird jetzt die Dingfestmachung auf dem Fuße folgen. Die Drohungen, die sie gegenüber den Ländern ausgesprochen hat in den Fragestunden, haben Wirkung gezeigt:

„Der Entdecker anno 1977 logiert in einem Luxushotel, beginnt den Tag mit einer Runde Golf zehn Grad nördlich des Äquators, läßt sich in der deutschen Kolonie der Hauptstadt feiern, macht Schlagzeilen und hat einen Außenminister Genscher zur Seite, der unter dem Sonnendach am Swimming Pool eine Botschafterkonferenz einberuft. Zwischendurch wird von einem grünen Telefon die transatlantische Selbstwahlverbindung „Costa-Rica – Alemania eröffnet.“ (Die Welt, 19.6.77) Fast die Hälfte aller Direktinvestitionen haben die westdeutschen Imperialisten in Lateinamerika stecken. Am liebsten sähen sie sich als die alleinigen Kolonialherren und träumen davon. Auch die Eröffnung der neuen Telefonverbindung dient diesem Ziel: „Durch die geradezu explosive Entwicklung der modernen Kommunikation sind wir uns sehr nahe gerückt. Man nimmt mehr Anteil am anderen und meint nicht ganz unberechtigterweise beim anderen auch mitreden zu dürfen.“ (Staatssekretär Hermes, Bonn 21.12.76)

„Rosalynn Carter hat sich als intelligent, zäh und verständig erwiesen und ihre Reise hat sich klar gelohnt. Aber ein Nachziehen wird jetzt notwendig sein, wenn das Herausgeholte nicht vorübergehend gut sein soll. Auf fast jeder Station wurden Mrs. Carter Einladungen an den Präsidenten ausgesprochen, daß er sie schnell besuchen soll. Es schien eine Nachricht darin zu liegen: Wir mögen und sind beeindruckt von ihrer Frau. Sie hat einen guten Start gemacht. Jetzt ist es Zeit, ernsthaft zu verhandeln.“ (Times, 13.6.77)

„Kurz nach dem Besuch von Rosalynn Carter, ...die als Missionarin für die Menschenrechte die südlichen Nachbarn besucht, konnten auch Costa Rica und seine deutschen Gäste eine vollauf übereinstimmende Haltung feststellen.“ (Die Welt, 10.6.77)

Die imperialistische Aufbruchstimmung in Mittel- und Lateinamerika wollen die westdeutschen Imperialisten nicht ungenutzt verstreichen lassen und haben gleich Scheel und Genscher hingeschickt. Unter Ausnutzung der Tatsache, daß die Länder der Dritten Welt sich befreien wollen von der Herrschaft des US-Imperialismus, treten sie großmäulig auf und bieten ihnen großzügig ihre Kapitalexporte an. Leider ist der Zeitpunkt nach der Nord-Süd-Konferenz, wo die Länder der Dritten Welt ausreichend Erfahrungen mit den raffgierigen westdeutschen Imperialisten machen konnten, nicht so günstig. Zudem sind sie der Großmacht USA im Konkurrenzkampf unterlegen. Sie haben da Erfahrungen sammeln müssen mit den von ihnen geplanten Energieabkommen mit Brasilien und Mexico. Bundespräsident und Außenminister sind demzufolge nach Costa Rica und Mexico gereist, um auszutaxieren, wie es am besten zu bewerkstelligen ist, daß sie keine Pfründe an die USA verlieren, sondern stattdessen die Ausplünderung der lateinamerikanischen Länder zu ihren Gunsten erhöhen.

„Noch sind der Bundespräsident und der Bundesminister nicht imstande, eine aktivere Bonner Lateinamerika-Politik zu betreiben“, schreibt bedauernd die „Süddeutsche Zeitung“, und die „Frankfurter Allgemeine“ ergänzt dazu: „Die Rückkehr Cubas in die westliche Hemisphäre hat den Außenminister aufs neue mit der Kompliziertheit des Terrains vertraut gemacht ... So ist die Voraussetzung für weitere außenpolitische Planung, daß erst einmal die neue Lateinamerika-Politik der Regierung Carter in ihren Umrissen erkennbar sein muß.“ (Frankfurter Allgemeine, 10.6.77)



Während Rosalynn Carter im Parlamentsgebäude in Quito in Ekuador empfangen wurde, wurde das Gebäude von Studenten belagert unter den Rufen: Nieder mit dem US-Imperialismus! Verdammte Rosalyn! Die Studenten bombardierten das Gebäude mit Steinen, Brettern und Erdklumpen.

Das Bild zeigt eine Demonstration in San Francisco (USA) gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung der lateinamerikanischen Länder durch den US-Imperialismus.

„Vertraut gemacht mit dem Terrain“, als dessen Statthalter sie sich so gerne sehen würden, haben sich die westdeutschen Imperialistenknechte Scheel und Genscher und haben dabei gefressen, gesoffen und in der Sonne gelegen auf Kosten der Arbeiter Westdeutschlands und Lateinamerikas. (Z-Red.)

„Natur“katastrophen

Erneuter Heidebrand

„Nun besser geschützt gegen ein Inferno“, so tönte die bürgerliche Presse am 2. Juni. „Zu einer großen Katastrophe wie 1975 darf es jetzt beim ersten großen Heidebrand dieses Jahres bei Wietzenbruch, südöstlich von Soltau, nicht wieder kommen.“ Das, was die Bourgeoisie als Schutz preist, ist aufgeboten worden: „Gegen die Feuerwalze kämpfen 650 Mann. Soldaten der Bundeswehr und der holländischen Armee, Feuerwehren der Kreise Soltau und Celle, das Rote Kreuz und das Technische Hilfswerk.“ Doch der Kreisbrandmeister aus Soltau verläßt sich lieber auf den Himmel: „Uns kann nur noch ein tagelanger Platzregen retten.“ Denn: „... die Lage ist nicht ungefährlich, da Löschversuche im Torfgebiet um Soltau zum Scheitern verurteilt sind. Das Wasser sickert so schnell durch den Boden, daß die Glutnester nicht abgelöscht werden können. Nirgends können Fahrzeuge in das Brandgebiet eindringen, weil sie sofort einsacken und steckenbleiben.“ Die Ursache des Feuers aber liegt keineswegs einfach am Sommerwetter und in der natürlichen Beschaffenheit des Heidebodens. Als Bergepanzer 1975 versuchten, den Torf umzuschichten, so daß der nasse Torf die schwelende Glut ersticken sollte, bemerkten die Fahrer, daß der Torf bis in zwei Meter Tiefe knochentrocken war. Die vollständige Entwässerung des Moores, von der die Torfwerke profitieren, ist eine der wesentlichen Ursachen für die Ausbreitung des Feuers. 800 Hektar Torf- und Waldgebiet mindestens sind jetzt dadurch abgebrannt. Ebenso ist bekannt, daß Kiefernbestände besonders brandgefährdet sind. Was also ist der „Bessere Schutz“, den die Bourgeoisie anpreist. Auf einer vom Innenministerium angeordneten Rahmenübung „Feuerwasser '76“ im Dezember „um für den Fall der Fälle vorbereitet zu sein“, zog die Bezirksregierung folgende Konsequenz: genauere Abgrenzung der Zuständigkeiten und Vorbereitung der Bildung einer technischen Einsatzleitung. Zuständig dafür ist der Dezernent für zivile Angelegenheiten der militärischen Verteidigung der Bundesregierung. Der Notstand ist eingeplant und wird geprobt. Vorsorgemaßnahmen, die zu treffen wären, werden nicht getroffen, z.B. ein planmäßig durchgeführter Waldumbau, der die brandgefährdeten Kiefernwälder mit schwerer brennbaren Baumarten schützt. Denn: „Nur diese Baumart wirft auf diesen Standorten einen wirtschaftlichen Ertrag ab. Lediglich teilweise sind bisher ausgedehnte Kiefernwaldkomplexe durch Streifen aus Roteiche oder Lärchen gegliedert worden.“ (Erfahrungsbericht Niedersachsen „Die Waldbrandkatastrophe im Regierungsbezirk Lüneburg im August 75)

Solange das Profitsystem herrscht, wird sich daran nichts ändern. Während in der VR China die Bauern unter der Losung: „Die Trockenheit bekämpfen, bis der Himmel unterworfen und die Ernte gesichert ist und eine gute Ernte eingebracht ist“ große Siege gegen die Trockenheit erringt, wird die Existenz der Bauern in der Heide vernichtet und durch Katastrophen großen Ausmaßes ganze Gebiete gefährdet. Den Himmel sich zu unterwerfen, statt auf Regen zu warten, die produktive Kraft der Massen zur Beherrschung der Natur und zum Wohle der ganzen Menschheit zu entfalten, dazu ist die Bourgeoisie nicht fähig.

„Erdbeben“

Am 2. Juni, um 14.32 Uhr wurde im Raum Soltau/Munster ein Erdbeben registriert, dessen Stärke auf der Richter-Skala mit 3,8 angezeigt wurde. Die Bourgeoisie ist ängstlich bedacht, dies zu vertuschen. Nur in kleinen Meldungen wurde die Ursache des Erdbebens herausgelassen: Unter der Erdoberfläche soll ein verkarstetes Rückstandsgebirge über einem Salzstock eingebrochen sein, so behauptet es wenigstens die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover. „Salzstock-Einbruch ist praktisch ausgeschlossen“ – „Ein Erdbeben, wie in der vergangenen Woche in der Lüneburger Heide kann auf die Atommüll-Lagerung in Salzstöcken keine Auswirkungen haben“, behauptet die Celler Zeitung vom 7. Juni unter dem Motto „Falls bei Gorleben der Atommüll lagert ... “.

Auf der Suche nach der „Wahrheit“, enthüllte die Nordschau vom 10. Juni folgendes Interview mit dem Leiter des Geophysikalischen Instituts der Hansestadt Hamburg Professor Menzel: „Man versucht nun einen Platz zu finden für den Atommüll, der in tiefliegenden Salzstöcken versteckt werden soll. Kann da eine Gefahr für die Menschheit bestehen, daß irgend etwas doch mal durch ein Beben zerstört wird?“ Antwort: „Ja, das können Sie darauf antworten soll, sehen Sie, daß ist eine typische Frage, die nicht an einen Wissenschaftler, sondern an einen Techniker gestellt werden müßte. Das heißt in diesem Fall, wenn ich zu entscheiden hätte, ich würde einen Bergmann fragen. Ein Bergmann weiß da genauer Bescheid. Denn das ist ja wirklich ein bergmännisches Problem, wie man das Zeug da aufbewahrt und wie es sicher aufbewahrt werden kann.“ „Gut, aber der Bergmann kann doch nicht sagen, ob der Berg beben wird. Können Sie das sagen?“ „Ja, das können Sie im Grunde genommen auch nicht. Sehen Sie, das kann ja beim Salz immer passieren, daß durch Wasser eine Auslaugung und damit ein Hohlraum entsteht. Es muß aber nicht sein, denn jeder Salzstock ist anders.“

Dummheit und Abenteurertum kennzeichnet die Bourgeoisie als untergehende Klasse. Nach mir die Sintflut, ist ihre Devise. Die Arbeiterklasse wird ihr das Handwerk legen, um unter eigener Regie die Produktion zu übernehmen und sich die Natur zu unterwerfen.

Tankerunglück

Am 2.12.76 läuft der mit 212 000 Tonnen Rohöl beladene Tanker „Energy Vitality“ im Jadehafen auf Grund. Bei Ebbe hängt er mittschiffs über einen Meter durch, hat schwere Schlagseite backbord, droht durchzubrechen. Ständig läuft Öl aus, insgesamt über 30 Kubikmeter. Zufällig ist ein anderer bereits gelöschter Tanker da, mit dem 35 000 Tonnen Öl geleichert werden. Nach 34 Stunden ist die „Energy Vitality“ freigeschleppt. Ebenfalls zufällig hat sich der Sturm, der in der Woche gewesen ist, einen Tag vorher gelegt. Andernfalls wäre der Tanker auseinandergebrochen.

Das Jadefahrwasser, durch das die Tanker an die Löschbrücken gelotst werden, ist 300 m breit. Die Supertanker sind allein schon über 300 m lang. Die Wilhelmshavener Zeitung kommentiert: „Unfälle dieser Art lassen sich in einem Ölhafen nicht vermeiden.“

Am 9.5.77 läuft fast an gleicher Stelle der 150 000 Tonnen Tanker „Classic“ auf Grund. Kommentar der Presse: Diesmal sei es nicht so schlimm, das Schiff sei ziemlich neu, außerdem auch für Erztransport gebaut und deshalb ziemlich stabil.

Gewaltige Anstrengungen unternimmt die Bourgeoisie im Ausbau ihrer Küstenhäfen. Wilhelmshaven soll demnächst auch von Flüssigkeitstankern angelaufen werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der erste Tanker im Jadehafen auseinanderbricht, und den von der Bourgeoisie sogenannten erwähnten „Preis des Fortschritts“ erhöht. Inzwischen brechen sogar die unter liberianischen Flagge fahrenden „Seelenverkäufer“ ohne Auflaufen auf offenem Meer auseinander. „Unvermeidlich“ sind solche Schiffsunglücke nicht von Natur aus, sondern sie sind Resultat der Profitgier der Bourgeoisie, die sich nur um eines schert: Rascher Kapitalumschlag. Die Mobil-Oil-Kapitalisten kalkulieren, daß das Kapital für die im letzten Jahr in Wilhelmshaven in Betrieb genommene Raffinerie, Kostenpunkt 1 Milliarde DM, sich im Lauf von 3 Jahren wieder akkumuliert hat. Diesem raschen Kapitalumschlag zuliebe, denken die Bourgeois natürlich nicht daran, die Tanker stabiler zu bauen oder gar das Jadefahrwasser verbreitern zu lassen. Das Auflaufen der Tanker zu einer Art Naturgesetz zu erheben, ist in jedem Fall billiger. Es ist längst an der Zeit, daß der ‚Preis des Fortschritts' ein letztes Mal von den Volksmassen gezahlt wird; nämlich den, der nötig ist, um die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie zu stürzen. Das ist dann tatsächlich einer.

„Mütterlicher Kinderhaß“

Das wird jetzt von verschiedenen Bourgeoiszeitschriften – „Frauenmagazinen“ – als Eigenschaft von Müttern behauptet. „Der Spiegel“ ist jetzt auch eingestiegen. Das Buch „Schwarze Pädagogik. Quellen zur Naturgeschichte der bürgerlichen Erziehung“ wird von dem Redakteur Schultz-Gerstein als eine wahre Fundgrube empfohlen an Illustration für über „200 Jahre Erziehungsgeschichte“:

„Die zahlreichen Spielarten von Kinderhaß im Bürgertum hat jetzt die Berliner Pädagogin Katharina Rutschky in einem soeben bei Ullstein erschienenen Schwarzbuch der Pädagogik mit erschlagender Materialfülle dokumentiert.“

Der Untertitel, unter dem dieses vorgestellt wird, heißt „Naturgeschichte der bürgerlichen Erziehung“. Als Erkenntnisse dieser „Naturgeschichte“ will der angebliche Kinderfreund aus der „Spiegel“-Redaktion an den Mann bringen, „daß Eltern die leibhaftige Existenz ihrer Kinder immer weniger ertragen können“. Daß er den Versuch unternimmt, diese Theorie auch nur mit einem Funken von Überzeugungskraft auszustatten, weiß die Bourgeoisie dem „Spiegel“-Redakteur Schultz-Gerstein zu danken. Die westdeutsche Bourgeoisie braucht Leute, die es verstehen, die Verfaultheit und Überholtheit der *gesellschaftlichen Verhältnisse*, die sie am Leben erhalten will, als das Ergebnis von „*Natureigenschaften*“ der Menschen zu verkaufen.

Die Kapitalistenklasse hat in den vergangenen Jahren die Frauen aus den Arbeiterfamilien in einem Umfang in die Fabriken gepreßt, wie es bisher in der Geschichte der BRD und in den gewöhnlichen Zeiten der Kapitalistenwirtschaft noch nie der Fall war. Gleichzeitig ist seit über zehn Jahren die Geburtenrate rapide gesunken. Schultz-Gerstein hat jetzt endlich die Erklärung: Das liegt nicht an der schmaler gewordenen Reproduktion der Arbeiterfamilien, es liegt am „mütterlichen Kindeshaß“. Auch für die Ergebnisse der Schulunterdrückung durch den bürgerlichen Staat gibt Schultz-Gerstein eine „neue“ Sicht: neben den Eltern sind „die Lehrer“ und „die Pädagogik“ dafür verantwortlich. Albrecht von Niedersachsen wird die Unterstützung durch diesen Kinderfreund aus der „Spiegel“-Redaktion gewiß mit Dankbarkeit vermerkt haben, seit er sein Projekt betreibt, junge Mütter für 350 Mark Erziehungsgeld ein Jahr aus der Fabrik zu entlassen. Genauso die Bundesregierung, die gegenwärtig dabei ist, durch ein Gesetz über das elterliche Sorgerecht die Möglichkeiten zur Vormundschaft und zur Zwangseinweisung in die Heimerziehung zu erweitern und die sich gegenwärtig zusammen mit den Kultusministern überlegt, wie neben dem Ausbau der Schulunterdrükkung auch die unentgeltliche Arbeit der Schüler durch ein „berufseinführendes Jahr“ für die Kapitalisten erzwungen werden kann. Nicht zuletzt ist die Theorie vom „mütterlichen Kinderhaß“ der Bourgeoisie brauchbar, um die Unterdrückung mit Hilfe des § 218 durchzusetzen.

Die Aufgabe der Rechtfertigung und Erklärung ist wahrhaftig groß und der „Spiegel“-Redakteur Schultz-Gerstein nicht kleinlich: „Der nach Hunderttausenden zählende Bucherfolg“ des britischen Pensionatsleiters für Kinder reicher Eltern, A.S. Neill, in Summerhill gilt ihm „ebenso wie die steigende Zahl von Kindesmißhandlungen (die Dunkelziffer lag 1975 zwischen 6 000 und 400 000 Fällen)“ als Beleg für „die elterliche Bereitschaft, die Erziehung in fremde Hände zu legen“.

Nach diesen „Indizien“ brauche man nicht lange suchen, teilt Schultz-Gerstein mit. Das mag sein. Wie soll man auch nach einer Dunkelziffer von 6 000 bis 400 000 suchen? Da ist es schon besser, man behauptet gleich. Nach dem anderen „Indiz“ kann man genausowenig „suchen“. Wer zu den Hunderttausenden zählt, dem „Verkaufserfolg“ des A.S. Neill und seines Verlages, der weiß, daß dieses Buch gerade aus den entgegengesetzten Gründen Interesse gefunden hat: nämlich in der Hoffnung, darin eine Alternative zu der Schulunterdrückung durch den imperialistischen Staatsapparat zu finden.

Mit diesen „Indizien“ betrachtet Schultz-Gerstein seine Beweisschuld betreffend Gegenwart für erledigt. Er setzt auf die Wirkung der Vergangenheit. Über Seiten hinweg breitet er Zeugnisse der „schlagenden Materialfülle“ aus, gewürzt mit Bemerkungen, die dem Leser die Grausamkeiten so erst richtig ins Bewußtsein rufen sollen. Zum Beispiel die folgende Darstellung der Körperhaltung beim Schreiben samt Kommentierung:

„‚Die Querachse des Körpers‘, lautet eine dieser hochkomplizierten Gebrauchsanweisungen zur Bedienung von Kindern, ‚steht (beim Schreiben) parallel zum Längsrande des Tisches … Die Füße stehen auf dem Boden; die Oberschenkel haben eine waagrechte, die Unterschenkel eine senkrechte Richtung. Bei der zur Weiterführung der Zeilen notwendigen Bewegung des Vorderarms hat sich derselbe um den in möglichst unveränderter Lage bleibenden Unterstützungspunkt derartig zu drehen, daß er (als Radius angenommen) auf der Tischplatte einen Kreisbogen durchläuft.‘“

Was ist an dieser Beschreibung „hochkompliziert“? Dem Redakteur des „Spiegel“ erscheint sie sogar als Beleg für „Regeln, an die der kindliche Körper wie eine Gliederpuppe an Fäden aufgeknüpft wurde“. Und wie verhalten sich diese Vorstellungen, die ein Pädagoge nach dem damaligen Stand der medizinischen Kenntnisse niedergeschrieben haben mag, zu den Vorschriften, denen bei Einsatz des MTM-Systems durch die Kapitalisten zum Beispiel heute ein Bandarbeiter zu entsprechen hat? „Schwarz“ und mit „Dunkelziffern“ operierend sind offensichtlich die Argumente und Tatsachen, die der angebliche Kinderfreund aus der „Spiegel“-Redaktion für seine Theorie über die „Naturgeschichte“ des „mütterlichen Kinderhasses“ aufzuführen weiß. Über die Profite, die die Möbelkapitalisten aus immer schlechter werdendem Schulmobiliar heute herauszuschlagen wissen und über die körperlichen Mißbildungen, die die Folge dieser Profitsucht sind, geht er genauso schweigend hinweg wie etwa über den modernen Schulhausbau, der die richtigen Verliese für die Schulunterdrückung der Jugend der besitzlosen Klassen geschaffen hat.

Die Beweise des Schultz-Gerstein über den „mütterlichen Kinderhaß“ und das „Verbrechen, ein Kind zu sein“, werden dadurch nicht stichhaltiger, daß er über beinahe vier „Spiegel“-Seiten Beispiele dieser Art aufführt, nach dem „naturgeschichtlichen“ Grundsatz „damals“ wie „heute“.

Bürgerliche Grundsätze des Schulhausbaus zum Ende des 19. Jahrhunderts: „Schulhaus, vom ästhetischen Standpunkt“

„Wenn man es unternimmt, den Schulhausbau vom ästhetischen Standpunkt aus zu besprechen, wird man ohne weiteres Gefahr laufen, der irrtümlichen Meinung zu begegnen, daß dieser Standpunkt einen Gegensatz im praktischen bedeute. Daß dem nicht so ist, bedarf für den Wissenden keines Beweises …“

„2. Vom Grundriß. (…) Es ist aber eine wichtige Forderung, daß der Hof, wie jedes Zimmer oder jeder Vorplatz als Raum behandelt und ausgebildet werde. Daß dabei die Lage zur Sonne eine Rolle spielt, ist nicht nur ein Gesichtspunkt, den die Hygiene aufstellt, sondern der auch den Künstler interessieren muß. … Von einem schönen Schulgrundriß verlangt man wohl zuerst, daß alle Räume übersichtlich und gut beleuchtet sich aneinanderreihen. (…) Die törichste Erfindung für Schulen sind die dreiläufigen, aus Schlössern entlehnten Treppen. (…) Da es naturgemäß ist, daß die eigentlichen Lehrsäle dem Bedürfnis in ziemlich nüchterner Weise dienen, so sollte den Vorräumen einige Bedeutung über das reine Verkehrserfordernis zugestanden werden. (…) Es macht verdrießlich, wenn Vorplätze und Korridore dunkel und freudlos ausgebildet werden …“

„3. Das Äußere. Wichtig für die äußere Erscheinung ist, daß der Grundriß nicht schon im Erdgeschoß eine zu aufgelöste Form bekommt. So wären z.B. die unvermittelt aus dem geschlossenen Hauptkörper herausgebauten Treppenhäuser oder Aborte als überaus verderbliche Dinge zu vermeiden. (…) Lockt dann der Charakter der Umgebung oder der Zeitgeist dazu, nach oben in freie Konturen aufzulösen, so liegt dem nichts im Wege. Der freieste Umriß wird erträglich, wenn er sich aus geschlossener Basis erhebt.“

Aus: Encyklopädisches Handbuch der Pädagogik, herausgegeben von W. Rein, Langensalza 1908

Die Schulbaurichtlinien der imperialistischen Bourgeoisie: „Forderungskatalog zur Standardisierung im Schulbau“
– Empfehlung der Kultusministerkonferenz vom 6.4.1973 –

„In der Bundesrepublik sind allein in den Jahren 1965 bis 1970 etwa 8 700 Schulen gebaut worden, für die Kosten von rund 18 Milliarden DM aufgewendet wurden. Mit einem ähnlich großen Bedarf muß auch weiterhin gerechnet werden.

Aus dieser Situation heraus und wegen der Notwendigkeit, eine Verbesserung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses zu erreichen, wird eine Rationalisierung bei der Bedarfsermittlung, Programmierung, Bauplanung, Vergabe, Fertigung, Ausführung und Nutzung erforderlich … Das Planungssystem soll die Grundlage für den rationellen Einsatz elementierter Bauteile bieten … Die Geschoßflächen sollen an vorbestimmten Seiten in unmittelbarem Zusammenhang erweiterungsfähig sein. …“

Daran schließen sich Anforderungen an Maßeinheiten, Tragkonstruktionen und Ausbau an. Für das Land Nordrhein-Westfalen ergibt sich aufgrund der entsprechenden „Vorläufigen Richtlinien für die Errichtung von Schulzentren und für die Aufstellung des Raumprogramms“ (13.7.71): Klassenräume, Fachräume und Verwaltungsräume „sind zu addieren. Dabei sollte im Durchschnitt ein Ansatz von … rund 4,3 Quadratmetern je Schüler nicht überschritten werden.“ Rechnet man die diversen Verwaltungsräumlichkeiten ab, so kann man gleich erkennen: selbst wo dieses Maß überhaupt erreicht wird, bedeutet es äußerste Beschränkung. Es ist nicht gemessen an den Platzerfordernissen der Schüler, sondern gemessen an den Notwendigkeiten der Durchsetzung einer Politik, die die Schüler durch Kern-Kurs-Systeme, wechselnde Klassenzusammensetzungen, verschiedene Schulzweige und Schulstufen drückt und in dem Gebäude von einer Ecke zur anderen hin- und herwirft.

Schultz-Gerstein *redet* über die „Erziehungsgeschichte“ seit 200 Jahren:

„Was sich in 200 Jahren Erziehungsgeschichte auch geändert hat, … – geblieben ist der totalitäre Charakter der Erziehung …“

Beginnen läßt er die „deutsche Erziehungsgeschichte“ dagegen im Jahre 1857 – mit Tuiskon Ziller und der preußischen Reaktion:

„‚Der Jugend muß, wenn sie sich nicht umstimmen läßt, Zaum und Gebiß angelegt werden.‘ Noch deutlicher als der Schulmann Tuiskon Ziller im Jahre 1857 sagt ein Pädagogisches Handbuch von 1887, worauf es in der Kinderzucht ankommt: ‚Zucht ist Lebenshemmung, sie ist mindestens Einschränkung der Lebenstätigkeit …‘“

Dieses Programm ist Reaktion gegenüber den Schulforderungen der bürgerlichen Revolution, wie sie zum Beispiel in Frankreich von Condorcet in einem Bericht an die Nationalversammlung schon 1792 – also vor weniger als 200 Jahren – erhoben wurden:

„Allen Angehörigen des Menschengeschlechtes die Mittel darzubieten, daß sie für ihre Bedürfnisse sorgen und ihr Wohlergehen sicherstellen können, daß sie ihre Rechte kennenzulernen und auszuüben, ihre Pflichten zu begreifen und zu erfüllen vermögen; jedem die Gelegenheit zu verschaffen, daß er seine berufliche Geschicklichkeit vervollkommnet und die Fähigkeit zur Ausübung sozialer Funktionen erwerben kann, zu denen berufen zu werden er das Recht hat …; und durch dies alles unter den Bürgern eine tatsächliche Gleichheit herzustellen und die durch das Gesetz zuerkannte politische Gleichheit zu einer wirklichen zu machen …“

Als die Bourgeoisie 1848 in Deutschland die Seite der Revolution verriet und das Bündnis mit dem Adel gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung einging, war der Boden für die Reaktion bereitet, deren Rechtfertiger hinsichtlich der Erziehungs- und Schulpolitik solche Leute wie Tuiskon Ziller wurden. Die Gegensätze passen nicht zu der „Natur“ der „Erziehungsgeschichte“ des „Spiegel“-Redakteurs Schultz-Gerstein. Genausowenig paßt dazu die ununterbrochene Steigerung dieser Reaktion durch die imperialistische Bourgeoisie, die er vertuschen will. Wie alle Vertreter der herrschenden Klasse, die damit beschäftigt sind, ihren Untergang aufzuhalten, sucht er vergebens dem Klassenkampf der unterdrückten und besitzlosen Klassen in dieser Gesellschaft die „Natureigenschaften“ der bestehenden Verhältnisse vorzuhalten: Es ist zum Scheitern verurteilt, die Entwicklung der Bourgeoisie von einer fortschrittlichen zu einer reaktionären und imperialistischen Klasse zu verleugnen und als „Naturgeschichte“ des „mütterlichen Kinderhasses“ zu einer ewigen Last der Menschheit zu erklären. – (Z-Red.)

„Dieser Schulbau gehört in die Luft gesprengt“

Gesamtschulneubau: Zuchthauskasten, der immer gesundheitsschädlicher wird

„Nur eine optimale Unterrichtsorganisation, die Großgruppen lediglich dort vorsieht, wo viele der gleichen Information zur gleichen Zeit bedürfen, die Kleingruppenaktivitäten ermöglicht, wenn die Interaktion, der Erfahrungsaustausch, die Arbeitsteilung im Vordergrund stehen sollen, und Einzelarbeit vorsieht, wo Selbstbesinnung und selbstständige Arbeit erforderlich sind, nur eine optimale Unterrichtsorganisation ist eine Lösung des Ausbildungsbedarfs unserer Gesellschaft. Schulbauten, die dergleichen ermöglichen, sind in gewisser Hinsicht Kunstwerke architektonischer Planung und insofern etwas vom Faszinierensten, was Menschen heute zugunsten der kommenden Generationen bauen. (…) Lernen kann nur dort unter optimalen Bedingungen Wirklichkeit werden, wo für das Lehren optimale Gegebenheiten vorgesehen sind!“ Ausgeheckt hat das Prof. Walther Zifreund in seinem „Ansatz zu einer Systematik der Arbeitsplatzanforderungen für Bildungsbauten“, der indirekt in die Planung der Integrierten Gesamtschule (IGS)-Roderbruch Hannover eingeflossen ist.

Die IGS Roderbruch ist eine isolierte Festung inmitten von Roderbruch, einem Arbeiterviertel. Verschachtelt von außen, gelb angestrichen, innen grün und lila gehalten.

Die Schüler sind eingepfercht in fensterlosen Räumen, voneinander getrennt durch verschiedene Pausenhallen für die einzelnen Jahrgangsstufen.

Wie faszinierend die Schüler der IGS-Roderbruch in Hannover dieses „Kunstwerk“ finden, in dem etwa 1 000 Schüler von 8.15 bis 17.10 Uhr zusammengepfercht sind, haben sie dem Schulausschuß der Stadt Hannover gezeigt, der bei einer Hausbegehung von circa 100 Schülern verfolgt wurde, die ihre Forderungen nach Abschaffung der Dunkelräume, Abschaffung der Wanderklassen und Verbesserung der Luftverhältnisse lautstark vertraten. Laut Professor Zifreund sind allerdings die Dunkelräume optimal, denn „ optimale Sichtbedingungen, das bedeutet: gleichmäßige blendungsfreie Ausleuchtung aller Arbeitsplätze. Erfreulicherweise ist dies lichttechnisch realisierbar mit künstlicher Raumausleuchtung, nicht jedoch mit Tageslicht.“ Ständig bei künstlicher Beleuchtung zu arbeiten, mag zwar zur „gleichmäßigen Ausleuchtung“ des Raumes führen, für die Schüler, die in solchen Zellen sitzen müssen, heißt das allerdings, schnell Kopfschmerzen zu bekommen, und nach einigen Stunden spätestens fangen die Augen an zu brennen. Diese fensterlosen Zellen haben für die Bourgeoisie jedoch den Zweck, daß die Schüler nicht „abgelenkt“ werden können von Geschehnissen, die sich außerhalb der Schule abspielen. Durch diese Räume sollen die Schüler gezwungen werden, sich voll auf den Unterricht zu konzentrieren und die bürgerliche Ideologie sich einpauken zu lassen. Dagegen gibt es Kampf um die Abschaffung dieser Räume.

Diese fensterlosen Gefängnisse ersetzen das anfängliche Konzept an der IGS Roderbruch, nämlich die Großraumklassen. Bis zu 120 Kindern wurden dort untergebracht. „Der Großraum öffnet das Ghetto der Einzelklasse, … die Schule wird so transparent. (…) Heimat in der Klasse, was für eine Schrumpfheimat ist das, und wie schlecht ist sie als Modell für die gesellschaftliche Wirklichkeit geeignet“, schreibt der Professor. Die Großraumklasse entspricht der „gesellschaftlichen Wirklichkeit“. Sie ist nicht anderes als ein großer Fabrikraum. Die Überwachung findet statt durch Lehrer, die in Glaskästen – „Lehrerstationen“ – sitzen und von dort einen Überblick über den gesamten Raum haben. Die Schüler sind in verschiedene Gruppen unterteilt, die auch zur gleichen Zeit verschiedene Dinge tun. Unterdrückung, scharfe Unterdrükkung ist notwendig, um eine fabrikmäßige Disziplin durchzusetzen und Spaltung der verschiedenen Schülergruppen voneinander. Beides hat die Bourgeoisie in der Gesamtschule Roderbruch nicht durchsetzen können. Schon nach kurzer Zeit traute sich kein Lehrer mehr, vor den Großklassen zu unterrichten. Sie mußten unterteilt werden. Geblieben sind die Glaskästen für die Lehrer. Und geblieben ist die Klimaanlage.

Diese Klimaanlage ist nach Professor Zifreund notwendig, denn „das Lüften nach jeder Unterrichtseinheit ist nur ein völlig unzureichender Versuch, die wichtigsten Bedingungen des Lernens herzustellen: die zureichende Sauerstoffversorgung des Gehirns und eine Temperatur, bei der man gesund zu bleiben eine Chance hat“.

Gesund zu bleiben, diese Chance hat keiner in der IGS Roderbruch. Die Schüler haben eher den Eindruck, daß die Klimaanlage die schlechte Luft, die zwangsläufig entsteht, gleichmäßig verteilt. Das wirkt sich so aus, daß fast alle Schüler über häufige Kopfschmerzen und Erkältungen klagen, ebenso über Nasenschleimhautentzündungen und Kiefernhöhlenvereiterungen.

Jeder Schüler hält sich circa sieben Stunden täglich in der Schule auf. Das heißt sieben Stunden keine frische Luft. Die Fenster sind nicht zu öffnen. Schleicht sich ein Sonnenstrahl in den Raum, gehen die automatischen Jalosien herunter. Egal zu welcher Jahreszeit, jeder Schüler müßte sich mit Skipullover und Badezeug ausstatten, weil die Temperaturen von Raum zu Raum so unterschiedlich sind. Folge sind chronische Erkältungen.

Ist die Temperatur im Sek I-Bereich normal, kann man es vor Kälte oder Hitze im Sek II-Bereich kaum aushalten, oder es ist umgekehrt. Gegen die Luftverhältnisse hat es schon verschiedene Kampfaktionen gegeben. Kurse haben sich geweigert, in den Dunsträumen Unterricht zu machen. Als der Schulausschuß der Stadt Hannover in der Schule war, fielen plötzlich Schüler um und ließen sich raustragen. Der zuchthausmäßige Charakter der Schule erstreckt sich nicht nur auf den Unterricht und die Klassenräume, er erfaßt die gesamte Schule und die gesamte Zeit, in der die Schüler gezwungen sind, in der Schule zu bleiben.

Da gibt es den sogenannten Freizeitbereich. Die Gestaltung des Freizeitbereichs wird vom Herrn Professor folgendermaßen gelobt: „Etwas ganz anderes sind geräumige Verkehrsflächen, die beim Durchschreiten Raumerlebnisse vermitteln und das in Schulen bislang ohnedies viel zu reichliche Stillsitzen auf erfreuliche Weise zu unterbrechen vermögen.“ Durchschreiten, das darf man, allerdings nicht rennen, wie im Freizeitraum der IGS Roderbruch, wo die Schüler höchstens noch Tichtennis oder Tischspiele spielen dürfen, unter Aufsicht, versteht sich. Nutzen die Schüler den Raum, um Essen zu kochen, weil sie das Mensaessen wegen des zu hohen Preises und der beschissenen Qualität boykottieren, werden sie rausgeschmissen, denn das verstößt gegen die Vorschriften. Beantwortet wird das von der Schülern mit rausgerissenen Steckdosen und Demolierung von Mobilar und Spielen. Das zeigt ihre Wut über diesen Zuchthauskasten.

„Freizeitbereich“ sind auch die lila Sitzhügel, deren Beliebtheit daran zu erkennen ist, daß kaum Schüler sich darauf vergnügen und häufig Joghurt oder ähnliches darauf ausgekippt wird.

Dieser „Schulbau der Zukunft“ entspricht dem Zweck der Schule. Die Spaltung und Auslese der Schüler durch das Notensystem, das Kurssystem und die Erlasse zum verschärften Aussieben über die Bestimmungen zur Zulassung in den Sek II-Bereich spiegeln sich wider in der räumlichen Trennung der einzelnen Jahrgänge, in der Möglichkeit zum Verschieben großer Schülermassen von einer Klasse in die andere unter der Aufsicht der im Glaskasten sitzenden Lehrer, in der räumlichen Trennung der Schülervertretung von den Klassenräumen.

Diese Schule wird gehaßt. Nur mit Zwang gehen die Schüler zur IGS Roderbruch und schicken die Eltern ihre Kinder dorthin, weil gleichzeitig die alten Schulen dichtgemacht werden.

Ein Schüler sagte uns: „Viele Gebäude kann man im Sozialismus gut nutzen. Die IGS Roderbruch aber nicht, die gehört in die Luft gesprengt.“ – (KJB Hannover/N.-Red.)

Kampf der Druckarbeiter in Bremen

Seit über einer Woche streiken die Belegschaften beim Weser Kurier und bei den Bremer Nachrichten. Gegen die Kürzung der übertariflichen Zulagen bei den Angestellten haben sie sich unter den folgenden Forderungen zusammengeschlossen:

1. Die Geschäftsleitung soll die Kürzung der übertariflichen Zulagen bei den Angestellten und Redakteuren zurücknehmen. 2. Die Zulagen sollen festgeschrieben werden und nicht mehr willkürlich gekürzt werden können. Es soll eine haustarifliche Regelung getroffen werden, wie sie seit dem vergangenen Jahr bei dem technischen Personal besteht. In diesem Kampf, den die Belegschaft führt, hat sie die Forderung nach 30 DM für alle mehr beschlossen. Sie hat das beschlossen, weil der Lohn vorn und hinten nicht ausreicht, wie das ein Arbeiter auf der Betriebsversammlung begründet hat.

Ein Arbeiter hat erzählt: „Wenn meine Frau vom Einkaufen wiederkommt, stöhnt sie jedesmal, daß die Preise schon wieder gestiegen sind. Die 30 DM sind es auch, was uns in diesem Kampf zusammenhält." Ständig hat Verleger Meyer versucht, den Angriff auf den Reallohn zu führen. Vor fast genau einem Jahr hat er versucht, bei den Arbeitern die übertariflichen Zulagen auf die Tariferhöhung anzurechnen. In einem dreitägigen Streik hat das die Belegschaft zurückgeschlagen. Die Belegschaft hat er in den zwei Jahren seit dem Aufkauf der Bremer Nachrichten von 1 650 auf 1 030 Kollegen verringert.

In der Bildherstellung bei den Bremer Nachrichten, wo vor zwei Jahren noch 50 gearbeitet haben, sind jetzt noch sechs beschäftigt. So müssen weniger Arbeiter eine höhere Auflage und vor allem ein größeres Anzeigenvolumen erstellen. Der Anzeigenteil ist in den zwei Jahren seit dem Aufkauf der Bremer Nachrichten um zwei bis fünf Seiten gestiegen. Beide Zeitungen werden immer mehr vereinheitlicht. Das Fernsehprogramm für beide Zeitungen wird seit mehreren Monaten bei den Bremer Nachrichten produziert. Die anzeigenträchtige Reisebeilage wird ebenfalls seit Monaten von Beschäftigten des Weser Kurier für beide Zeitungen produziert.



Demonstration der Beschäftigen der Bremer Zeitungsbetriebe

Weiter plant Meyer die Einführung von OCR-Geräten (elektronische Satzherstellung), was bedeutet, daß Maschinensetzer durch Schreibmaschinenkräfte ersetzt werden können oder direkte Lohnkürzungen hinnehmen müssen. All diese Maßnahmen führen direkt zu weiteren Entlassungen. Letztlich ist es so, daß Zeitungsverleger Meyer nur noch eine Zeitung herstellen wird. Klar ist, daß Meyer die Bremer Nachrichten erst in dem Augenblick einstellen wird, wenn ihm Anzeigenkunden und Abonnenten sicher sind und eine Konkurrenz in Bremen nicht Fuß fassen kann. Darauf arbeitet er mit Anzeigen- und Abonnentenwerbung bereits hin. Für niedrigen Lohn immer mehr aus den Arbeitern herausholen, das will Meyer. 1 250 bis 1 380 DM verdienen die meisten in der Tagschicht.

Zeitungsverleger Meyer hat große Pläne, die er mit einer kampferfahrenen Belegschaft nicht einfach durchsetzen kann. Deshalb will er der Belegschaft das Kreuz brechen. Die Sozialdemokratie ist ihm dabei eine verläßliche Stütze. Die verschiedensten Spaltungsmanöver haben sie unternommen, um den Kampf zu verhindern. Zunächst sind sie gegen die Aufstellung der 30 DM aufgetreten. Damit können sie sich aber nicht durchsetzen. Die Belegschaft faßt schon auf der ersten Versammlung gegen den Willen der Sozialdemokratie diesen Beschluß.

Ihr zweites Manöver ist, den Streik der Druckarbeiter auf die Aussperrung herunterzubringen. Mit dem Argument: Ihr seid ja alle ausgesperrt und das ist ungesetzlich, wollten sie erreichen, daß nach der Aufhebung der Aussperrung die Belegschaften wieder an die Arbeit gehen. Damit sind sie gescheitert. Als nach drei Tagen die Aussperrung aufgehoben wurde, beschlossen die Streikenden: „Die Forderungen sind noch nicht durchgesetzt, wir kämpfen weiter!"

Jetzt sind die Sozialdemokraten darangegangen, nachdem Meyer am Donnerstag Briefe verschickt hat, daß er den Kollegen die Krankenversicherungsbeiträge streicht, über ihre Parteifreunde zu organisieren, daß die AOK weiter versichert, daß die Mieten gestundet werden und daß die Bank für Gemeinwirtschaft mit billigen Krediten locken soll. Streikunterstützung hat die Gewerkschaft zugesagt, aber nicht offiziell. Sie müßten dann den Kampf ja auch organisieren, und das wollen sie nicht. Gesehen hat von dem ganzen Geld noch kein Arbeiter was.

Die meisten haben das jetzt durchschaut. Dagegen haben sie ausdrücklich begrüßt die Solidaritätsadresse vom Krankenhauspersonal und Krankenhausärzten, die ihnen kostenlose Behandlung zusichern. Der Kampf, den die Druckarbeiter bei den Bremer Nachrichten und beim Weser Kurier führen, ist eine große Ermutigung für die ganze Arbeiterklasse. Das drückt sich in der breiten Solidarität aus. Über 150 Solidaritätserklärungen und 20 000 DM sind bisher gespendet worden. Im Hafen haben Arbeiter eine Solidaritätsadresse beschlossen, in der es heißt, daß die 30 DM völlig gerecht sind und daß es ihnen genauso geht wie den Druckarbeitern. Sie sagen, daß der Streik die einzig richtige Antwort ist. – (Bezirk Bremen-Unterweser)



Der Umsatz pro Arbeiter in der Druckindustrie hat sich von 1970 63 196 DM auf 103 380 DM 1976 fast verdoppelt. Die Anzahl der Arbeiter in der Druckindustrie hat sich seit 1970 um 21 % verringert von ca. 180 000 Arbeiter auf 143 000 Arbeiter. Das bedeutet z.B., daß in einer Druckerei, die früher mit 10 Mann 153 Tonnen Papier verdruckten, heute 8 Arbeiter 180 Tonnen Papier bedrucken.

Braunschweig. Am 4.6.77 verabschiedete die Vertrauensleutekonferenz der IG Druck und Papier in Braunschweig eine Solidaritätsresolution an die streikenden Drucker des „Weser-Kurier" und der „Bremer Nachrichten", in der es heißt: „Die Anrechnung der Lohnerhöhung bzw. der Gehaltserhöhung auf die übertariflichen Zulagen stellt einen Angriff auf unseren Lebensstandard dar. Wollen wir unseren Lebensstandard mit unseren Arbeitsplätzen erhalten, müssen wir selbst aktiv werden. Eure Aktion ist ein gutes Beispiel." Bei Westermann Braunschweig haben 23 Arbeiter sich mit dem Streik solidarisiert und einen Brief an die Streikenden geschickt.

Oldenburg. Bei Stalling hat der Vertrauenskörper über 100 Unterschriften unter eine Solidaritätsadresse und 300 DM zur Unterstützung des Streiks der Arbeiter und Angestellten von „Bremer Nachrichten" und „Weser-Kurier" gesammelt, insgesamt sind in Oldenburger Druckbetrieben über 1 000 DM gesammelt worden zur Unterstützung dieses Kampfes. Die breite Unterstützung drückt das Bewußtsein der Arbeiterklasse aus, daß wirtschaftliche Kämpfe geführt werden müssen und sie bereit und in der Lage sind, diese notwendigen Kämpfe zu führen. Die Arbeiter und Angestellten der Bremer Zeitungen stehen in diesem Kampf in vorderster Front, ihr Sieg wird die Kampfbedingungen verbessern.

Bremen. Resolutionen zur Unterstützung des Streiks der Arbeiter und Angestellten der Bremer Zeitungsbetriebe haben der Arbeitskreis ÖTV-Arzthelferinnen und elf Beschäftigte des Rot-Kreuz-Krankenhauses beschlossen.

Bremen. 13. Beschäftigte der Deutschen Senco Industrieerzeugnisse, darunter der Betriebsratsvorsitzende und zwei Betriebsräte, haben am 10.6. den folgenden Brief an die streikenden Arbeiter der Bremer Zeitungsbetriebe beschlossen: „Liebe Kollegen! Wir, Kollegen, der Deutschen Senco Industrieerzeugnisse, unterstützen Euren Streik. Wir halten Euren Weg des Zusammenschlusses und der Einleitung von Kampfmaßnahmen gegen den Lohnabbau bei den Angestellten für richtig, da es keine andere Möglichkeit gibt, die Verschlechterung der Lebensbedingungen zu bekämpfen. Das von der Geschäftsleitung herausgebene Ersatzblatt verurteilen wir als üble Verleumdung der berechtigten Forderungen der streikenden Belegschaften der beiden Bremer Tageszeitungen. Wollte der Verleger Meyer uns mit diesem Blatt gegen Euch aufbringen, so bekunden wir hiermit unsere uneingeschränkte Solidarität mit Euch und Eurem Kampf." Mehrere Beschäftigte haben ihre Unterstützung durch Spenden zugesagt.

Hannover. Am Freitag hat die Schlichtungskommission für die Tarifverhandlungen in der Chemieindu strie Niedersachsen getagt und sich rasch geeinigt: 7 % soll die Lohnerhöhung betragen – so wie es die Chmeikapitalisten schon in der zweiten Tarifverhandlung angeboten hatten. Zustandegekommen ist dieser Abschluß hinter dem Rücken der Chemiearbeiter. Noch am Donnerstag haben die Sozialdemokraten auf Anfrage bei der IG Chemie-Verwaltungsstelle erklärt: „Das ist überhaupt noch nicht klar." Nötig hatten die Sozialdemokraten in der IG Chemie-Führung diese Manöver, weil in 80 % der Vertrauensleutekörper Festgeldforderungen beschlossen worden waren. Die Erklärungsfrist gegen den Abschluß, in der Beschlüsse gegen den Abschluß und für Festhalten an 175 DM für alle gleich gefaßt werden müssen, geht noch bis zum Ende der Woche.

Nachdem die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz mit 7 % plus einer einmaligen Sonderzahlung für April von 165 DM, bzw. 175 DM für die BASF-Arbeiter abgeschlossen haben, haben sie sich einen Tag später für den Bezirk Nordmark-Berlin mit den Kapitalisten auf 7 % geeinigt. „Nach mehrstündigen, zähflüssigen Verhandlungen", wie die Sozialdemokraten in der Tarifmitteilung vom Dienstag geschrieben haben.

Lohnraubabschluß in der chemischen Industrie Rheinland-Pfalz

6 000 Arbeiter und Angestellte der BASF lehnen das Ergebnis ab

Ludwigshafen. Mit 7,0 % haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in der Nacht auf Sonntag, den 5. 6. in der Chemie-Industrie Rheinland-Pfalz mit den Kapitalisten abgeschlossen. Für den Monat April soll es noch eine Pauschale von DM 165,-- geben (BASF: DM 175,--). Bei der zweiten Urabstimmung über das Ergebnis stimmten bei 67,1 % Wahlbeteiligung 63 % der gewerkschaftlich organisierten mit Ja und 31,6 % mit Nein.

„Lohndiktat durchbrochen", tönte Hans Schweitzer, Bezirksleiter der IG Chemie und zukünftiger Landesvorsitzender der SPD, im Fernsehen. Mit trickreichen Rechenkunststücken soll vernebelt werden, daß dieser Abschluß so zum Leben nicht reicht. „Bei den gewerblichen Arbeitnehmern beträgt der Pauschalbetrag umgerechnet auf das ganze Jahr 7,34 %. Bei den Angestellten 7,25 %." Kapitalistenchef Esser stellt demgegenüber klar: „Auf die effektiven Löhne bezogen stimmen diese Sätze natürlich nicht. Das ist ja ganz selbstverständlich, sondern wir haben im Großen und Ganzen die 7 %-Grenze gehalten." Der Mann hat Recht. 7,055 % ist das Ergebnis. Das haben die Computer der BASF „nach wiederholten Gegenrechnungen" ermittelt.

„Lohndiktat durchbrochen? Dieses Ergebnis diktiert Überstunden, Akkord- und Schichtarbeit!" schrieb die BASF-Zelle des KBW in ihrer Betriebszeitung. „Das stimmt.", meinte ein Arbeiter. „Es reicht nicht. Ich habe früher auf Wechselschicht gearbeitet und zwischen 1 800 und 1 900 DM verdient. Seit einem halben Jahr bin ich auf Normalschicht, weil ich lange krank war. Trotz schwerer Arbeit im Akkord komme ich jetzt nur auf ungefähr 1 375 DM netto. Die Miete ist da schon abgezogen. Ich wohne in einer Werkswohnung, zwei Zimmer und Küche für uns vier in der Familie. Dafür haben wir bisher 75 Mark bezahlt. Im Mai hat die BASF die Miete um 5 DM erhöht. Dann geht noch der Gewerkschaftsbeitrag von 12 Mark ab. Strom und Gas kosten 40 Mark bis 45 Mark im Monat. Seit ich Normalschicht arbeite, kann ich meine Schulden bei der Bank nicht mehr bezahlen. Die 7 % ändern gar nichts!" Der Arbeiter berichtet weiter: „2 1/2 Jahre Wechselschicht – das macht allein schon krank vom unregelmäßigen Essen und Schlafen und von der schweren Arbeit. Als ich angefangen habe bei der BASF habe ich 96 kg gewogen. Nach den 2 1/2 Jahren nur noch 79 kg. Jetzt, nach 1/2 Jahr Normalschicht, wiege ich wieder 83 kg. Dort, wo ich arbeite, werden Säcke auf Waggons verladen. Zuerst waren wir zu zweit und mußten jeden Tag 11 Waggons volladen, jeden mit 500 bis 550 Säkken. Dann waren wir zu dritt, da mußten wir 8.500 Sack pro Tag verladen. Das ist der Gruppenakkord-Satz. Jeden Tag 17 Waggons voll. Für jeden Waggon brauchen wir normalerweise 25 Minuten. Manchmal läuft das Band auch schneller. Wir haben schon in 15 Minuten einen Waggon beladen müssen, wenn der Meister treibt. Wir sind dann völlig kaputt und schwitzen. Alle Kollegen sind viel krank. Alle haben Schmerzen im Rücken, einer hat wegen einer Schulterverletzung 2 Monate im Krankenhaus gelegen. Unsere Hände und die Haut an den Handgelenken ist immer offen." Das, was die Kapitalisten im Tarifkampf an Überstunden und verschärfter Arbeitshetze durchgesetzt haben, das war ihre Vorbereitung auf die nächste Zeit, das streben sie als Normalleistung an, um ihre imperialistischen Konkurrenten zu übertrumpfen.

Berechnet auf alle gewerkschaftlich Organisierten haben knapp 40 % dem Abschluß zugestimmt. Ein Sieg der Sozialdemokraten, eine Zustimmung zu ihrer Unterwerfung der Arbeiter unter das Diktat der Kapitalisten ist es nicht. Nach der monatelangen Niederlagentaktik der Sozialdemokraten, nach der Aufstellung der spalterischen Prozent-Forderung, nach dem Verschleppen der Kampfmaßnahmen, nach der völligen Desorganisierung des Streiks sehen viele keine Möglichkeit, den Kampf erneut aufzunehmen und die Kapitalisten zu schlagen. Das drücken diese 40 % aus. 20 %, mehr als 6 000 Arbeiter und Angestellte bei der BASF haben mit NEIN gestimmt und damit der sozialdemokratischen Politik in der Gewerkschaft, die für diese Niederlage verantwortlich ist, den Kampf angesagt.

Unter den 6 000, die jetzt mit NEIN gestimmt haben, werden die sein, die in diesen Kämpfen die Arbeiter gegen Akkord und Schicht und für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag zusammenschließen, die bei den Lehrlingen den Kampf gegen Notenunterdrückung und Maßregelung durch Nichtübernahme organisieren. Unter den 6.000 werden die sein, die bereit sind, und in der Lage, in diesen Kämpfen mit der sozialdemokratischen Linie der Klassenversöhnung völlig zu brechen. Die in der Gewerkschaft den Kampf aufnehmen für Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes. Unter ihnen sind die, die sich zur Vorhut der Arbeiterbewegung in den unvermeidlichen harten Klassenauseinandersetzungen herausbilden.

Gestützt auf das das Urabstimmungsergebnis, gestützt auf die Ablehnung des Lohnraubabschlusses durch über 6 000 Arbeiter und angestellte der BASF kann die Belegschaft der BASF den unvermeidlichen Kampf führen und sich von der BASF das holen, was sie in diesem Tarifkampf nicht gekriegt hat. – (Zelle BASF, Bezirk Rheinhessen-Pfalz)

Wolfsburg. In der letzten und dieser Woche finden bei VW die Wahlmännerwahlen für die Aufsichtsratswahlen nach dem neuen Mitbestimmungsgesetz statt. Die Sozialdemokraten machen Riesenwirbel, um diesen Schwindel an den Mann zu bringen. Drei Flugblätter von Hauptvorstand der IGM sind verteilt worden, eine halbseitige Anzeige in der Wolfsburger Zeitung ist erschienen. Betriebsratvorsitzender Ehlers ist Spitzenkandidat. Die KBW-Zelle hat vorgeschlagen, den Stimmzettel ungültig zu machen und die Forderungen der Arbeiterklasse zu erheben. Ein Arbeiter aus Halle 12, Schicht Zwei, berichtete von der Wahl, die letzten Freitag stattfand: „Aus meiner Gruppe haben überhaupt nur ein paar gewählt. Viele sind gar nicht erst hingegangen und haben die Stimmzettel zerrissen. Den Ehlers, der den Sonderschichten zugestimmt hat, kann man gar nicht wählen. Sowieso bringt das ganze nichts, höchstens daß der Vorstand bei Entlassungen und ähnlichem sagen kann: Was wollt ihr denn, eure Vertreter haben mitentschieden. Ich selber habe den Stimmzettel durchgestrichen und „Für den Siebenstundentag" draufgeschrieben. Andere Kollegen haben sich gegen die Sonderschichten oder gegen die saumäßigen Zustände in der Kantine ausgesprochen."

„Sklavenhandel" mit tunesischen Arbeitern

Peine. Vierzig Tunesier, die 1974 von VW Wolfsburg vor den ersten Sanierungsplänen Schmückers nach P u. S, Werk Peine, geschoben worden waren, sollen jetzt bei P u. S entlassen werden. Sechzehn Mann sind bereits wieder nach VW Wolfsburg zurückgeschoben worden, der Rest soll nach dem Sommerurlaub zurück. Ungeheure Empörung herrscht unter den Tunesiern. Viele haben ihre Familien erst von Wolfsburg nach Peine geholt. In Wolfsburg sollen sie jetzt in der Bandmontage arbeiten, wo Schmücker in den letzten Jahren die Arbeitshetze gewaltig gesteigert hat. Auf einer Versammlung der tunesischen Arbeiter fragte einer, warum denn nur ausländische Arbeiter entlassen würden. Masanke, Werksleiter A, Sozialdemokrat und ehemaliger Betriebsratsvorsitzender, nutzte die Gelegenheit zur Spaltung. Jetzt würden schon bis 30.6. die 900 Arbeiter über die 59er-Regelung abgebaut, und wenn die Lage nicht besser würde, dann würden nach dem Sommer auch andere deutsche Arbeiter entlassen; wer viel krank ist usw. Die Richtung ist klar. Mit Spaltung wollen sie ihre „Sanierung" durchsetzen.

„Einer trage des anderen Last"

Unter dieser Losung führte die Evangelische Kirche den diesjährigen Kirchentag vom 8. bis 12.6. in Westberlin durch. Die Pfaffenschaft wählt die Losungen ihrer Kirchentage entsprechend den aktuellen Absichten der Bourgeoisie. Die Pfaffen sind zutiefst reaktionär. 1951 z.B., kurz nach der Gründung der DDR und der BRD, hieß die Losung: „Wir sind doch Brüder". Das war in der Zeit, in der das westliche imperialistische Lager plante, die DDR mittels Überfall unter die Herrschaft der Imperialisten zu bringen. 1961, kurz nach dem Mauerbau, hieß die Losung dann: „Wir sind bei Euch". Letztes Jahr in Frankfurt, also bereits in der weltweiten Krise des Imperialismus, hieß die Losung dann: „In Ängsten – und siehe wir leben". Heute, wo es klar ist, daß der Kapitalismus sich in einer Überproduktionskrise befindet, aus der er ohne Krieg nicht mehr herauskommen wird, ist dann die Losung bezeichnenderweise entsprechend: „Einer trage des anderen Last".

Dies ist ideologische Vorbereitung auf den Krieg. Die Massen sollen die Lasten tragen. Dies ist die abscheuliche Rolle, die die Kirche ausführt, die Massen sollen sich an das Elend gewöhnen, sie sollen den im-

an das Elend gewöhnen, sie sollen den im-perialistischen Krieg dulden und Opfer auf sich nehmen.

Helmut Simon, hauptberuflich als Unterdrücker von der Bourgeoisie angestellt als Mitglied des Bundesverfassungsgerichts, ist Präsident dieses Kirchentags. Er führt die Absicht mit dieser reaktionären Losung so aus: „Zum anderen und vor allem aber muß unter der Losung dieses Kirchentages deutlich werden, daß wir nicht etwa nur fordern, sondern daß die hier versammelte Christenheit bereit ist, den Preis für zukunftsgerichtete Maßnahmen zu tragen. In diesem Sinne sollten die Verantwortlichen nicht nur mit uns rechnen müssen, sondern auch auf uns rechnen dürfen. Wenn von diesem Kirchentag Signale ausgehen, dann jedenfalls die Ermutigung, uns Bürger in Pflicht zu nehmen und uns auch Verzichte zuzumuten". Aus diesen Worten spricht schon jener Geist, der dann die Arbeiter und Volksmassen auffordern wird, mit Gott fürs Vaterland ins Feld zu ziehen. Die Pfaffen sind sich nicht zu schade, mit dieser reaktionären Propaganda sich insbesondere an die Jugend zu wenden. Über 25 000 der Kirchentagsteilnehmer waren Jugendliche aus allen Teilen der BRD. Das Geld für die Fahrt haben sie von der Stadt und Gemeinderäten bekommen. Die Bourgeoisie will die Jugend gewinnen.

Der KBW, Bezirksverband Westberlin ist unter der Losung: „Es rettet uns kein höheres Wesen. Nieder mit Imperialismus und Reaktion. Es lebe der Sozialismus!" gegen den Kirchentag am Sonntag auf einer Kundgebung vor der Gedächtniskirche aufgetreten. Mit Beiträgen und Liedern aus der Geschichte der Klassenkämpfe wurde die Rolle der Kirche, die stets an der Seite der Ausbeuter und Unterdrücker steht, enthüllt. Das ging an mit Liedern aus den Bauernkriegen gegen die pfäffische Reaktion bis heute, wo in Liedern der bewaffneten Befreiungskämpfe der Völker gegen Imperialismus und christliche Reaktion propagiert wurden. In einer Aktion wurde für die Gewehre für die Jugend Zimbabwes gesammelt.

Die Pfaffen konnten dem ideologischen Angriff nicht standhalten. Die Polizei wurde herbeigerufen (mehrere Mannschaftswagen) und die Kundgebung des KBW wurde mit Schlagstockeinsatz überfallen. Dabei wurden auch alle Büchertische der Kirche mit abgeräumt. Weil die Losung: „Einer trage des anderen Last" kein Platz unter den Massen greifen konnte, war der Erfolg des Polizeiüberfalls lediglich der, daß die Pfaffen sich verzogen und die Kundgebung des KBW erfolgreich zu Ende geführt werden konnte. Das war gut, weil es dazu beiträgt, daß die Kirche ihre „Last" alleine tragen soll, die Volksmassen sich aber zusammenschließen für das Ziel der proletarischen Revolution und gegen den imperialistischen Krieg. – (Bezirksleitung Westberlin)

SEL Westberlin: 80 % der Akkordarbeiter in die Lohngruppen 1 und 2 gedrückt

Westberlin. Bei Standard Elektric Lorenz (SEL) in Westberlin-Tempelhof, einem Elektrobetrieb mit etwa 3 000 Beschäftigten, ist es den Kapitalisten gelungen, einen großen Teil der Arbeiter – etwa 80 % aller Akkordarbeiter – in die unteren Lohngruppen 1 und 2 abzudrücken. Meist sind es Frauen, die zu diesen Hungerlöhnen arbeiten müssen.

Ein Beispiel: Eine Justiererin, Einzelakkord, in der Lohngruppe 2, bekommt 6,71 DM. Die Justiererin macht einen Akkord, wie er vom Zeitnehmer gestoppt wurde, das heißt, sie macht 100 %. Das sind nach allen Abzügen etwa 800 DM. Sie muß wesentlich höhere Prozente machen, wenn sie mit ihrem Lohn hinkommen will. So ist sie gezwungen, 140 %, teilweise noch mehr zu machen. Mit 140 % hat sie einen Stundenlohn von 9,38 DM.

Wir arbeiten bei SEL im Einzelakkord. Der bewirkt, daß jede Arbeiterin einen anderen Stundenlohn hat. Die Stundenlöhne klaffen bis über 2 DM auseinander. Diese Spaltung wird von den Kapitalisten bewußt genutzt, um die Ausbeutung weiter zu verschärfen. Dabei helfen ihnen die Sozialdemokraten. Bei jeder Kürzung der Vorgabezeiten kommen die Sozialdemokraten aus dem Betriebsrat an und erklären, die Arbeiter wären ja selber schuld.

Richter vom SEL-Vorstand Westberlin forderte auf der letzten Betriebsversammlung „mehr Leistung" und „die Ersetzung von Arbeitsunwilligen durch Arbeitswillige". Die SEL-Kapitalisten lassen sich dauernd neue Methoden zur Lohndrückerei einfallen. In der Doppelrelaisjustage sollen die Zeiten ab Anfang Juli um 90 Minuten für 100 Stück gekürzt werden. In der Signalrelaisjustage haben sie um 10 % gekürzt, und es sind seit einiger Zeit ständig Stopper in der Abteilung. Durch die Überprüfung jedes Handgriffs sollen die Zeiten noch weiter gedrückt werden.

Samstags sollen öfter Überstunden gemacht werden. Dadurch sollen die „Fehlzeiten" gesenkt werden. An viele Arbeiter wurden Briefe verschickt, in denen die Tage und Stunden aufgelistet waren, die man „nicht zur Arbeit erschienen" war, und es wurde im Wiederholungsfall die Entlassung angedroht. Eine griechische Arbeiterin hatte 80 Tage gefehlt. Sie war krank geworden, weil Lötdämpfe, die nicht richtig über eine Absauganlage abgesaugt werden, bei ihr eine schwere Bronchitis hervorgerufen hatten.

Eine andere Arbeiterin aus der Doppelrelaisjustage hatte während der Arbeitszeit einen Termin beim Arzt und dafür auch eine Bescheinigung. Der Meister wollte sie nicht gehen lassen. Erst durch den Druck der ganzen Abteilung auf den Meister konnte sie gehen.

Der Betriebsrat Eller erklärte auf der letzten Betriebsversammlung, daß er der Schichtarbeit in der Halle zustimmen würde, wenn dadurch die Arbeitsplätze gesichert würden. Arbeitsplätze gesichert? Wie ist es denn tatsächlich? Die SEL-Kapitalisten haben einen Auftrag von der Post bekommen. Den haben sie den Deutschen Telefon-Werken (DeTeWe) weggeschnappt, weil sie in der Ausbeutung der Arbeiter weiter sind. Bei DeTeWe lagen die Zeiten in der Doppelrelaisjustage für 100 Stück bei 700 Minuten, bei SEL zur gleichen Zeit bei 480 Minuten. Anfang des Jahres haben die DeTeWe-Kapitalisten die Zeiten auf 500 Minuten gekürzt. Die SEL-Kapitalisten haben sofort die Zeiten auf 390 Minuten für 100 Stück herabgesetzt. Den Umsatz haben sie mit 7,7 % weniger Arbeitern um 6 % gesteigert.

Für uns Arbeiter bedeutet die Steigerung der Profite der Kapitalisten Ruinierung unserer Arbeitskraft. Jede zehnte Frau bei SEL ist ständig krank. In der Halle, in der nur Akkord gearbeitet wird, sollen es sogar 30 % sein. Wir wissen von einer Arbeiterin, die nach einer schweren Krankheit eine leichtere Arbeit zugewiesen erhalten wollte. Als sie nach langer Zeit endlich eine andere Arbeit bekam, ist sie gestorben.

Solange dieses Ausbeutersystem nicht gestürzt ist, muß sich die Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Ruinierung ihrer Gesundheit zusammenschließen und der schrankenlosen Ausbeutung und dem schrankenlosen Verschleiß ihrer Arbeitskraft Schranken setzen. Dazu muß sie sich von der Fessel der Sozialdemokraten befreien.

Auf der Betriebsversammlung Mitte dieser Woche enthüllte eine Arbeiterin die Entlassungsdrohungen durch die Briefe an die Arbeiter und rief dazu auf, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern gemeinsam den Kampf zu organisieren. Eine andere zeigte auf, daß der Kampf organisiert werden muß für mehr Lohn und für die Beseitigung des Akkordsystems. In der Vorbereitung des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages der IGM und gegen die Maßnahmen der Kapitalisten, muß der Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich gefordert werden. Beide Arbeiterinnen bekamen Beifall für ihre Beiträge. – (Stadtteilzelle Lichterfelde, Westberlin)

Lohnbericht wurde in der Abteilung ausgehängt

In der Diskussion über die Lohnabrechnung für April hatte ein Arbeiter gesagt: „Von den 6 % hast du schon jetzt gar nichts mehr." Der Arbeiter ist verheiratet, hat zwei Kinder und verfährt Conti-Schicht. Urlaub hat er in den vergangenen zwei Jahren auf „Balkonia" gemacht. Der Arbeiter hatte gemeint, daß die Preis- und Gebührenerhöhungen die 6 % schon wieder aufgefressen hätten.

Wir haben die Lohnabrechnung eines anderen Arbeiters – ledig und Normalschicht – von Januar 1976 bis April 1977 untersucht. Es hat sich herausgestellt, daß beim Nettolohn überhaupt nichts bleibt, was weggefressen werden könnte. Der Nettolohn schwankt aufgrund der unterschiedlichen Verteilung der Stunden und der Schichten auf den Monat zwischen 1 121 DM im Februar, 1 288 DM im Juli 76, 1 148 DM im Februar 77 und 1 293 DM im März 77.

Der durchschnittliche Netto-Monatslohn nach dem Lohnraubabschluß in der Stahlindustrie liegt nicht höher als der vor diesem Abschluß. Es kommt hinzu, daß der Arbeiter seit dem Abschluß „nur" drei Tage kurzarbeiten mußte, im Unterschied zu vor dem Abschluß, wo er anderthalb Wochen kurzarbeiten mußte. Hätte er, wie viele Arbeiter gerade im Warmbereich, in der Zeit nach dem Abschluß ebenfalls anderthalb Wochen oder gar mehr kurzarbeiten müssen, sein durchschnittlicher Netto-Montaslohn würde heute noch niedriger sein als vor dem Abschluß.

Wollte der Arbeiter heiraten, also eine Wohnung einrichten und Frau und Kinder ernähren, es wäre dies nur möglich, wenn er Überstunden kloppen und Conti-Schicht verfahren würde. Auch dann würde es nicht reichen, wie das Beispiel des am Anfang zitierten Arbeiters beweist. Das ist die Lage der Stahlarbeiter. Das war schon im Mai deutlich geworden, worüber wir in der KVZ berichtet hatten. Damals haben das einige Kranelektriker in Frage gestellt und haben gemeint, die meisten Arbeiter kämen noch lang. Dort ist jetzt der Bericht aus der KVZ ausgehängt worden und erneut über die Lage diskutiert worden. In dieser Debatte haben verschiedene Arbeiter die Forderung der Druckarbeiter nach DM 30,- mehr und den Streik der Druckarbeiter bei den „Bremer Nachrichten" und dem „Weser-Kurier" sowie die Forderung nach Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich unterstützt. – (Klöckner-Zelle, Bremen)

„Der Dr. Eilers schickt dich erst nach Hause, wenn du mit dem Kopf unterm Arm zu ihm kommst!"

Braunschweig. Die Betriebsärzte werden den Arbeitern seitens der Kapitalisten als immer für deren Gesundheit sorgend angepriesen. Fast in jedem größerem Standort hat Siemens eine „Betriebsärztliche Dienststelle", insgesamt 80. Alle Betriebsärzte werden von den Kapitalisten als „leitende Angestellte" eingestuft und entsprechend außer Tarif nicht unter 4 000 DM im Monat brutto bezahlt. Sie sind direkt dem jeweiligen technischen Betriebsleiter unterstellt, und die Kapitalisten tun alles, um sie auch der geringsten Kontrolle durch die Betriebsräte zu entziehen. Tatsächlich sind sie auch dazu da, die Fleischbeschauung bei den Neueinstellungen durchzuführen und ansonsten zu verhindern, daß die Arbeiter sich nach Betriebsunfällen oder sonstigen Erkrankungen arbeitsunfähig schreiben lassen.

So ist von Dr. Eilers, Betriebsarzt im Braunschweiger Siemens-Werk bekannt, daß er im letzten Oktober eine Arbeiterin, die sich am Lötkolben Verbrennungen dritten Grades zugezogen hatte, zu sich schicken ließ: Sie solle sich doch nicht so anstellen. Sie könne doch mit der anderen Hand noch arbeiten. Sie solle sich ja nicht einbilden, daß das mit der Ausnutzung der sozialen Einrichtungen immer so weiter gehen würde. Ob sie eigentlich wüßte, daß ein meldepflichtiger Unfall die Firma viel Geld kosten würde usw. Die Arbeiterin ließ sich nicht davon nicht einschüchtern, beschwerte sich beim Betriebsrat und blieb weiter zu Hause. Solche Fälle kommen häufig vor. Bei den Arbeitern kursiert das Stichwort: „Der Dr. Eilers schickt Dich erst nach Hause, wenn Du mit dem Kopf unterm Arm zu ihm kommst."

Von einer Einstellungsuntersuchung berichtet uns eine Arbeiterin folgendes: „Eine Woche vor dem Einstelltermin wurde ich zur Einstellungsuntersuchung bestellt. Zuerst mußte ich einen Fragebogen beantworten, wo sie nach allen möglichen Krankheiten von mir und auch von meiner Familie gefragt haben, unter anderem auch nach Geisteskrankheiten. Dann war da auch die Frage, ob ich schwanger sei. ‚So weit ich weiß, nein', habe ich geantwortet, da hat mich die Schwester hier misch angelächelt. Später wußte ich dann, warum. Dann Gewicht und Körpergröße messen.

Mit einem Gerät haben sie dann den Handschweiß gemessen. Das wollen sie wissen, weil ich mit hohem Handschweiß keine Montierarbeiten machen kann, da oxydieren sonst die Teile, haben sie gesagt. Ich habe immer nachgefragt, und sie haben etwas widerwillig geantwortet. Weiter dann mit Blutdruck wegen der Arbeiten im Stehen. Dann Farbtest. Kreise mit nur leicht unterschiedlichen Farbnuancen mußte ich auseinandersortieren. Fürs Kabelformen muß man schnell die verschiedenen Drahtfarben differenzieren können, sonst ist man für diese Arbeiten ungeeignet. Später haben sie mich dann nochmals extra zum Augenarzt geschickt, wo speziell die Sehschärfe überprüft wurde. Mich hat gewundert, daß sie sich nicht auch noch meine Zähne angeschaut haben, das haben sie doch früher immer mit den Sklaven so gemacht.

Zum Schluß wollten sie noch Urin und Blut haben. Mir war erst nicht klar, wofür. Jetzt habe ich von Kolleginnen gehört, daß sie daran bei den Frauen vor allem überprüfen, ob die tatsächlich nicht schwanger sind. Und dann vorher die scheinheilige Frage auf dem Fragebogen. Ich weiß jetzt, warum die Schwester bei meiner Antwort so gelächelt hat. Die Kolleginnen haben mir jetzt erzählt, daß sie Arbeiterinnen, die selbst noch nicht wußten, daß sie schwanger waren und wo es dann im Test festgestellt wurde, nachher auch nicht eingestellt haben. Und wenn sie erst Anfang des zweiten Monats waren. – Sie wollten auf jeden Fall nur Arbeitskräfte einstellen, die kerngesund sind, die den Akkord durchhalten, die sie nach der Anlernzeit auch richtig ausnutzen können und die nicht bald wieder kündigen, weil sie Mutter geworden sind. Deshalb wird man bei der Einstelluntersuchung so richtig bespitzelt."

Wir konnten mit der Arbeiterin sehr schnell Einigkeit darüber erzielen, daß das Betriebsgesundheitswesen unter die Kontrolle des Betriebsrates muß, damit es wirklich zum Nutzen der Arbeiter und nicht als Mittel der Schikane und Bespitzelung eingesetzt werden kann. – (Zelle Siemens Braunschweig)

Angriffspläne der Kaufhauskonzerne

Nur um 1,7 % ist in Niedersachsen der Umsatz der Waren- und Kaufhäuser im letzten Jahr gestiegen, real also gesunken. Das Statistische Landesamt sinniert über „neue Verkaufsgewohnheiten". So kann man die Verelendung der arbeitenden Massen auch nennen. Weniger kann vom Lohn gekauft werden und Schlechteres, Billigartikel in Selbstbedienungswarenhäusern und Großmärkten.

Den Kaufhauskapitalisten geht es nicht einfach um Umsatz. Es geht ihnen um Profit, möglichst Extraprofit. Den einzuheimsen wird schwieriger bei sinkendem Umsatz. Nur wenn der Konkurrent vernichtet wird, ist Monopolprofit möglich. Heftige Verschärfung der Konkurrenz ist daher die Folge der sinkenden Umsätze. Drei Blöcke im wesentlichen stehen sich gegenüber: die Großbanken, die Kaufhof und Karstadt beherrschen, Horten, das – wenn auch mit Beteiligung der Großbanken – vom britischen Tabakkonzern BAT kontrolliert wird, und der Hertie-Konzern.

Entscheidend für maximalen Profit ist die Ausbeutung der in den Warenhäusern beschäftigten Lohnabhängigen. Keine Gemeinheit lassen die Kaufhauskonzerne sich entgehen, um dabei den Vogel abzuschießen. Allenthalben wird an den übertariflich an einen Teil der Belegschaften gezahlten Prämien gestrichen. Bei dem Hungerlohn, der nach Tarif gezahlt wird, sind die Lohnabhängigen auf die Prämien angewiesen. Bei Hertie Bremen zum Beispiel marschierte in der letzten Woche eine ganze Arbeiterkolonne aus dem Lager geschlossen zum Betriebsrat, um eine angedrohte Prämienkürzung zurückzuschlagen. Dies gelang.

Meister waren die Handelskapitalisten schon immer in der schleichenden Ausdehnung des Arbeitstages. Bei Karstadt in Braunschweig wird an Wochentagen statt um 9.00 Uhr um 8.55 Uhr geöffnet, um 18.35 Uhr und nicht um 18.30 Uhr werden die Kunden aufgefordert, die Einkäufe zu beenden. Um 18.50 Uhr kommt man dann erst aus den Verkaufsräumen raus.

Mit solchen Frechheiten wird der Angriff auf den Ladenschluß vorbereitet. „Dem leistungsfähigen mittelständischen Facheinzelhandel" würde eine „Liberalisierung" des Ladenschlusses „neue Möglichkeiten des gesicherten Fortbestandes" erschließen, schreibt die „Wirtschaftswoche" (10.6.). In Wahrheit soll der Schichtarbeit bis tief in die Nacht mit den großen Kaufhäusern und Supermärkten ein weiteres Feld „erschlossen" werden.

Noch in diesem Jahr soll dieser Anschlag, der im Kern alle Arbeiterschutzgesetze treffen soll, parlamentarisch in Szene gesetzt werden. Die niedersächsische CDU/FDP-Koalition hat vereinbart, „noch in diesem Jahr mit einem Initiativantrag das Ladenschlußgesetz zu knacken". (Wirtschaftswoche)

Verschärfte Ausbeutung der Lohnabhängigen im Handel ist das Rezept der Kaufhauskonzerne gegen die „Flächen, die dem Umsatz davongelaufen" sind. „Insbesondere bei den Personal- und bei den Restkosten sehe man noch Möglichkeiten, durch Rationalisierung und neue Organisationsformen die Produktivität zu steigern," meint der Kaufhof-Vorstand. Er macht sich über „Möglichkeiten" her: Der Umsatz pro Verkaufskraft stieg immerhin bis Ende April (seit Jahresbeginn) um 2,2 %. (Handelsblatt, 3.6.)

Immerhin! Die Belegschaften schließen sich gegen die Kapitalisten zusammen. Streiks wie in der Tarifauseinandersetzung dieses Jahres in Niedersachsen hatte es seit Jahren nicht gegeben im Handel. In vielen kleineren Aktionen wie der bei Hertie Bremen im Lager entwickelt sich Widerstand. Die Lohnabhängigen im Handel müssen ihre Kräfte zusammenfassen, um die Konkurrenz der Kapitalisten zu nutzen. *Diese* Tarife können nicht das Jahr über halten. Man muß neue Lohnkämpfe schon jetzt vorbereiten und gegen die Zersplitterung des Tarifwesens angehen. Und der Ladenschluß? Eher schon werden der Ministerpräsident Albrecht und seine feine „verbraucherfreundliche" Landesregierung „geknackt". – (N.-Red.)

Sozialdemokratische Gleichberechtigung – Fälscher am Werk

DGB-Bundesfrauenkonferenz und Tagung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

„Frauen – gleichberechtigte Arbeitnehmer, keine industrielle Reservearmee" und „Recht auf Arbeit – Frauen in die Politik" unter diesen Leitlinien haben die Sozialdemokraten in der ersten Juni-Woche den 9. Bundesfrauenkongreß des DGB in Saarbrücken und den Kongreß der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen durchgeführt.

Gegen die Frauenarbeitslosigkeit solle das Recht auf Arbeit, das doch ein Grundrecht sei, durchgesetzt werden, war die Hauptforderung. Die Losung: Dazu müsse die „Diskriminierung" der Frau als die wahre Ursache der hohen Arbeitslosigkeit unter den Arbeiterinnen beseitigt und die „Gleichberechtigung" hergestellt werden.

Diskriminierung heißt auf Deutsch „unterschiedliche Behandlung". „Unterschiedliche Behandlungen" bei der Ausbeutung von Arbeitern und Arbeiterinnen wollen die Sozialdemokraten aufheben und verstehen darunter, daß Schutzrechte, die das Proletariat für die Arbeiterinnen erkämpft hat wie z.B. das, wenn auch eingeschränkte, Verbot der Nachtarbeit, abgeschafft werden und daß die Löhne der Arbeiter auf das Niveau der bestehenden Leichtlohngruppen, in die die Arbeiterinnen meistens eingestuft sind, gedrückt werden. Dann herrsche Gleichberechtigung, meinen die Sozialdemokraten.

Die stellvertretende Vorsitzende des DGB Maria Weber, die als CDU-Sozialausschüßlerin der sozialdemokratischen Demagogie in nichts nachstehen will, hat es auf dem DGB-Kongreß dann auch so angegeben: ‚Hinter allem (gemeint ist die „Diskriminierung") steht das Leitbild der Doppelrolle, das der Frau Haushalt und Familie zuweist und den Beruf als zusätzliches Betätigungsfeld anhängt. Wenn wir dieses Leitbild beibehalten, ändert sich nichts. Der Mann bleibt der Ernährer ..."

Wie erstrebenswert sind doch Verhältnisse, wo die Frau als Miternährer mitarbeiten muß, weil sonst die Familie verhungert. Der Lohn des Arbeiters muß natürlich vorher entsprechend gedrückt werden, damit solche „Gleichberechtigung" hergestellt werden kann. Ist es auch so, daß die Zahl der lohnabhängigen Frauen trotz der hohen Arbeitslosigkeit absolut steigt, zuviel „Diskriminierung" existiert noch, weil die Zahl nicht schnell genug steigt. Gegen diese „Diskriminierung" will der DGB-Vorstand die Arbeiterinnen zusammenschließen.

Der SPD-„Vorwärts" führt das weiter aus:„Zwar verabschiedete auch diese Konferenz Anträge zum leidigen Dauerthema ‚Lohngleichheit'. Aber erst vor wenigen Wochen unterschrieben die Gewerkschaften Holz und Kunststoff und Textil-Bekleidung (54 Prozent der Mitarbeiter sind Frauen) einen Tarifvertrag ..., in desssen Protokollnotizen es unverblümt heißt: ‚Die Tarifvertragspartner sind sich darüber einig, daß für männliche Arbeitnehmer über 18 Jahre Arbeitsverträge auf der Basis der Lohngruppen 4 bis 6 abgeschlossen werden.' Man war sich also einig darüber, daß männliche Arbeitnehmer gleich in die obersten Lohngruppen gehören – nur weil sie Männer sind." („Vorwärts", 9.6.77)

Einig ist sich der Sozialdemokratische Anhang der Kapitalisten auf alle Fälle darüber, daß die unteren Lohngruppen auf keinen Fall abgeschafft gehören, sondern die Arbeiter in die unteren Lonhgruppen eingestuft werden müssen. Endlich Gleichberechtigung.

Solche Art „Kampf gegen Diskriminierung" läßt sich ausgezeichnet mit der Zersetzung der Arbeiterbewegung verbinden. Forderungen, unter denen sich die *Klasse* zusammenschließt, werden aufgegriffen, gedreht und gewendet, sozialdemokratisch verbogen, solange, bis sie es hinkriegen, mit Forderungen, die der Verschärfung der Ausbeutung *Schranken* setzen sollen, die *Ausweitung* der Ausbeutung zu verlangen.

„Verkürzung der Arbeitszeit wird in den Gewerkschaften immer stärker diskutiert. Auch die stellvertretende Vorsitzende machte diesen Vorschlag. Sie wurde noch um einiges konkreter und schlug den Sechsstudentag vor. Damit könnte ihrer Ansicht nach eine zusätzliche Schichtarbeit ermöglicht werden. Betriebe, die heute drei Schichten fahren, könnten eine vierte Schicht einrichten und damit neue Arbeitsplätze schaffen." („Welt der Arbeit", 10.6.77)

Ausweitung der Schichtarbeit, die Arbeiterinnen tagsüber in Schicht und die Arbeiter nachts, so ist der Tag zu gleichen Teilen zwischen Mann und Frau aufgeteilt, eine weitere „unterschiedliche Behandlung" aufgehoben.

Kurzarbeit soll unter dem Gesichtspunkt sozialdemokratischer Gleichberechtigung erstrebenswert erscheinen: „Die Gewerkschafterinnen verlangen auch ...Verkürzung der täglichen Arbeitszeit – einmal um die vorhandene Arbeit besser zu verteilen, zum andern, um die Männer zu ermuntern, ihren Anteil an den täglichen Pflichten in Haushalt und Familie zu übernehmen." („Vorwärts", 9.6.77) Statt für die Vergesellschaftung der Hausarbeit im Sozialismus soll die Arbeiterin kämpfen für die Beibehaltung des privaten Charakters der notwendigen Hausarbeit, diese aber dann gleichmäßig verteilt auf zwei Personen. Um die sozialdemokratische Art von Gleichberechtigung, die ja nichts ist als das Niederreißen aller Schranken bei der Ausbeutung der Frauen, durchsetzen zu können, um sie in der Verpackung „Befreiung der Frau" zu verkaufen, hat die Regierungssozialdemokratie Unterstützung aus der Gewerkschaftssozialdemokratie angefordert. Sie hat sie bekommen: Leute vom Schlage der Anke Fuchs, die, nachdem sie in der IG Metall alles darangesetzt hat, den Kampf und Beschlußfassung für die ersatzlose Streichung des § 218 zu verhindern, jetzt auf der Seite Ehrenbergs für die Gleichstellung von Mann und Frau in der Rentenversicherung ficht: Warum sollte der Rentendurchschnitt sich nicht auf das Niveau der Witwenrenten drücken lassen?

Ganz zufrieden sind die Sozialdemokraten mit dem Verlauf der beiden Konferenzen nicht. Es ist ihnen zu viel diskutiert worden über richtig und falsch, anstatt daß dem DGB-Vorstand ein Freibrief über Erstellung eines Maßnahmekatalogs zur Verwirklichung der „Diskriminierungs-Bekämpfung" ausgehändigt wurde. Das hatten sie aber angestrebt. Auch die Ausrichtungs-Rede von Bundeskanzler Schmidt, in der er deutlich machen wollte, wofür Frauen eintreten sollen und wofür nicht wie: „Energiepolitik ist kein Frauenthema", stieß auf Ablehnung der SPD-Arbeitsgemeinschaftsfrauen.

Die Hoffnungen, die Arbeiterinnen von der Arbeiterklasse abspalten und vom Klassenkampf weg auf einen Kampf für „gleiche Ausbeutung" führen zu können, haben keine großen Erfolgsaussichten.

So mußte Annemarie Renger letzte Woche in der bürgerlichen Presse mitteilen lassen: „Annemarie Renger sucht weiter nach diskriminierter Frau ...Frau Renger bedauerte, daß es ihr bisher nicht gelungen sei, den Fall einer am Arbeitsplatz gegenüber ihren männlichen Kollegen diskriminierten Frau vor Gericht zu bringen." („Süddeutsche Zeitung", 2.6.77) – (Z-Red.)

Die „ Rechte" der ausländischen Arbeiter

„Minister finden Ausländer-Studie ‚ungeheuerlich' ", berichtet die „Frankfurter Rundschau" über den sozialdemokratischen Arbeits- und Sozialminister Farthmann von Nordrhein-Westfalen. Eine in seinem Auftrag über die ausländischen Arbeiter in Duisburg angefertigte Studie „hat als wichtigste Erkenntnis für die Politik erbracht, daß das Ausländerproblem in der Bundesrepublik durch den 1973 verfügten Stopp zur Anwerbung neuer Ausländer ‚in gar keiner Weise gelöst' worden ist ..." (3.6.) Die Zahl der ausländischen Arbeiter sollte drastisch vermindert werden.

Nach Angaben der Studie arbeiten in der BRD rund 1,5 Millionen Ausländer, mit ihren Familienangehörigen etwa 3 Millionen. 75 % als sogenannte „Gastarbeiter" aus Ländern Südeuropas oder der Dritten Welt. Das sind rund 7,5 % der Erwerbstätigen und 5 % der Wohnbevölkerung. Seit 1973 sei die Zahl zwar um rund 700 000 zurückgegangen, „gleichzeitig sind jedoch in erheblichem Umfang Familienangehörige in die Bundesrepublik eingereist. 1965/66 habe es nur 35 000 ausländische Kinder an den Schulen gegeben, 1977/78 besuchen 450 000 Ausländerkinder deutsche Schulen." (Handelsblatt, 2.6.77) Angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit versucht die Bourgeoisie die deutschen und ausländischen Arbeiter chauvinistisch gegeneinander aufzuhetzen. Sie behauptet, die ausländischen Arbeiter würden ihre ganze „Sippe" in die BRD nachholen und sich „vermehren wie die Kaninchen". Tatsächlich geht es ihr dabei um die Spaltung der Arbeiterklasse und um freie Hand gegenüber den ausländischen Arbeitern.

Die folgende Altersgruppenaufteilung, angefertigt nach offiziellen Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden (nach Evangelischer Pressedienst Dokumentation 12.4.77) beweist, daß der Anteil der Ausländerjugendlichen zwischen 6 und 21 Jahren unter dem Gesamtdurchschnitt liegt und ältere Ausländer kaum in der BRD leben.

Für die BRD-Imperialisten sind die ausländischen Arbeiter nichts als ein „mobiles Arbeitskräftepotential". Sie wollen es mühelos und ohne rechtliche Schranken bei Bedarf importieren und ebenso schnell wieder abschieben können. 1962 waren knapp 280 000 ausländische Arbeiter in der BRD, 1966 1,3 Millionen und 1973 fast 2,6 Millionen. In diesem Jahr begannen die BRD-Kapitalisten wieder systematisch mit der Abschiebung. Den Hebel liefert die entrechtete Lage der ausländischen Arbeiter. Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis müssen vor der Einreise vom Bundesamt für Arbeit erteilt werden, sie sind meist an einen bestimmten Ausbeuter oder eine Branche gebunden und zeitlich auf ein Jahr befristet. Auflehnung gegen die Überausbeutung durch den Kapitalisten, darauf die Kündigung, führen zum Verlust der Arbeitserlaubnis und können die Ausweisung zur Folge haben. Jede Verlängerung kann mit dem Hinweis auf die „Marktlage" abgelehnt werden. Die bisher „privilegierten" Fälle, die sich 5 Jahre lang durch „Wohlverhalten" ausgewiesen haben und eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten konnten, sollen in Zukunft „gewisse Bedingungen" erfüllen, z.B. Sprachkenntnisse, „angemessene Wohnverhältnisse", Integration in der BRD usw., alles Bedingungen, die von den BRD-Imperialisten verhindert werden und jederzeitige Ausweisung ermöglichen.

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Wohnbevölkerung am 31121974 Anzahl	Prozent	Ausländer am 3091975 Anzahl	Prozent
unter 6	4 393 528	7,1	396 042	10,3
6 – 15	9 090 265	14,7	413 000	10,7
15 – 21	5 313 495	8,6	289 495	7,5
21 – 45	20 776 920	33,5	2 274 566	59,1
45 – 55	7 610 778	12,3	306 935	8,0
55 – 65	5 940 194	9,6	96 348	2,5
65 und mehr	8 866 295	14,3	69 230	1,8
	61 991 475		3 845 616	

Keine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis bedeutet für ausländische Arbeiter auch keine Verlängerung der Arbeitserlaubnis und daß sie „auf dem Arbeitsmarkt in der BRD nicht mehr verfügbar sind" und damit haben sie auch keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld, für das sie jahrelang Beiträge zahlten. Sie fallen nun in die Zuständigkeit der Sozialfürsorge, aber auf Sozialbeihilfe angewiesene Ausländer können ohne Umschweife abgeschoben werden.

Eine besonders verrottete Methode der Vertreibung ist das Zusammenspiel von Grundstücksspekulanten und staatlichen Behörden. In Sanierungsgebieten kaufen die Kapitalisten Grundstücke, lassen die Wohnungen verkommen, kündigen den Altmietern und vermieten zu Wucherpreisen an ausländische Arbeiter. Ohne jede Wartung verfallen die Wohnungen rasch. Zum Zeitpunkt des „Sanierungseingriffs" beantragen dann die Grundstücksspekulanten den Abbruch. Lehnen die ausländischen Arbeiter sich gegen die Kündigung auf, fordert der bürgerliche Staat von ihnen den Nachweis „familiengerechter Wohnungen". Dem entsprechen die verrotteten Häuser der Spekulanten natürlich nicht. Nun droht die Ausweisung.

Ganz besonderer Unterdrückung sind die Jugendlichen ausgesetzt. Bis 16 Jahren benötigen sie keine Aufenthaltserlaubnis, später wird ihnen keine erteilt und sie werden gezwungen, in das Land ihrer Eltern auszuwandern. Haben sie in der BRD eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und müssen sie zum Militärdienst in ihr „Heimatland", so haben sie kein Recht mehr auf Rückkehr, auch wenn ihre Eltern und Geschwister in der BRD leben. Ausgebildet werden sie planmäßig zu Hilfsarbeitern. Wie die Studie zeigt, besuchen von den rund 2 400 in Duisburg gemeldeten Ausländerjugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren 42,7 % keine Schule und haben auch keine Arbeitserlaubnis, 3/4 der berufsschulpflichtigen können keine Berufsschule besuchen.

Im Februar dieses Jahres hat die Bund-Länder-Kommission eine „umfassende Konzeption für Ausländerbeschäftigung" vorgelegt, in der bereits gedroht wird: „Die Rückkehrbereitschaft und Rückkehrfähigkeit der in der BRD lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien sollte verstärkt werden." – (Z-Red.)



Gegen die Fahrpreiserhöhungen durch den Göttinger Stadtrat zum 1.6.77 werden seit einer Woche Aktionen durchgeführt. Seit Mittwoch hat der KBW Blockaden der Stadtbusse organisiert. Seit Freitag hat die Stadt ein totales Demonstrations- und Kundgebungsverbot verhängt und vier Hundertschaften aufmarschieren lassen, um den Kampf zu ersticken. Gegen die Polizeihundertschaften und wütende Knüppeleinsätze konnte Freitag und Samstag erfolgreich das Demonstrationsrecht behauptet werden. Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen geht weiter.

Hannover. Über „Probleme des Schwangerschaftsabbruchs" hat der Oberarzt Dr. Boerner an der Medizinischen Hochschule Hannover eine Vorlesung gehalten. Eine Wandzeitung mit dem Titel „Wir werden den § 218 nicht anwenden" war er „nicht bereit zu lesen" und zog in den Nachbarhörsaal, um die künftigen Ärzte auf die Anwendung des § 218 abzurichten. Dort verkündete dieser feine Herr, er würde, wenn Frauen nach illegalen Abtreibungen mit Komplikationen zu ihm kommen, gleich die Kripo benachrichtigen. Helle Empörung unter den Studenten. An der Klinik des Dr. Boerner, der behauptet, die Frauen vor Engelmacherinnen schützen zu wollen, wird bis in die 20. Woche mit Prostaglandin abgetrieben, einem Medikament, das zum Zusammenziehen der Gebärmutter führt. Bis zu 24 Stunden dauert diese Roßkur oft. Pfiffe und Zwischenrufe hat es gehagelt während der Vorlesung. Die Masse der Medizinstudenten unterstützt den Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218.

Hannover. Nach zwölfjähriger Debatte hat der Niedersächsische Landtag am Donnerstag die „Gebietsreform" mit den Stimmen der Koalitionsparteien verabschiedet. Die SPD, auf deren Entwurf das jetzt verabschiedete Gesetz beruht, stimmte dagegen, ebenso einzelne CDU-Abgeordnete.

„Augen zu und durch!" hatte die „Hannoversche Allgemeine" den Abgeordneten empfohlen. Weil einmal mit der Neugliederung und Zentralisierung der Staatsgewalt angefangen worden sei, könne man jetzt nicht mittendrin aufhören. Wehmütig hat sich der Leitartikler erinnert an die 60er Jahre, „die sich im Rückblick zusehends vergolden". Damals war die Straffung des Staatsapparats durch Zusammenlegung von Gemeinden, Kreisen und Regierungsbezirken projektiert worden. Viele hätten damals geglaubt, „Schulen, Krankenhäuser und Verwaltungen würden automatisch besser, wenn man sie nur vergrößere". Die Ideologie, je größer die Unterdrückungsorgane des bürgerlichen Staates desto besser, ist zersetzt worden, nicht von „Zweifeln" des Redakteurs, sondern von „Widerstand gegen staatliches Handeln", wie er selbst schließlich zugeben muß. In der Bewegung gegen die Kreisreform hat sich der Widerstand der Volksmassen gegen die Verödung ganzer Regionen durch die kapitalistische Entwicklung des Landes geäußert, wenn auch noch meist unter bürgerlicher Führung. Das letzte ändert sich. Denn nicht der örtliche Kapitalist, der mit dem Kreisdirektor auf Du steht und bleiben will, macht „den Städtebauern, Straßenbauern und Industrieplanern die Hölle heiß".

Die Volksmassen, die Arbeiter und Bauern machen der Bourgeoisie das „Leben schwer". Dagegen soll auch die Gebietsreform helfen. „Augen zu" – das glauben wir gern – aber: „ ....und durch"?

Die Strichliste wird geführt

„Dank Spenden und Mitgliederbeiträgen von 400 DM und mehr im Monat verfügt der KBW, der mit modernsten technischen Kommunikationsmitteln ausgerüstet ist, über erhebliche finanzielle Mittel", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zum Verfassungsschutzbericht von Ernst Albrecht.

Der bürgerliche Staatsapparat ist sich in seiner Untersuchungsarbeit sicher. Diese Informationen zusammenzutragen, wird dem Verfassungsschutz schwergefallen sein, denn „umfangreiche organisatorische Reformen haben zu einer weiteren Straffung des KBW geführt" (Verfassungsschutzbericht).

Technische und politische Rätsel werden die Leute vom Verfassungsschutz lösen müssen. Es wird sie viel Personal, viel Geld und Kopfzerbrechen kosten.

Besonders in Niedersachsen sei der KBW und seien terroristische Kräfte stark und müßten in Niedersachsen besonders bekämpft werden, ist die Meinung von FDP-Innenminister Groß.

Ist der KBW denn eine niedersächische Erscheinung? Was passiert, wenn der KBW in Niedersachsen besonders bekämpft wird? Soll dies die neue Taktik vom Duo Albrecht/Groß sein?

Obwohl jetzt nach dem Verfassungsschutzbericht „die Beteiligung des KBW" in Grohnde „nicht so stark (ist), wie vor dem 19.3.77 erwartet werden mußte. Insbesondere hat der KBW nicht die führende Rolle gespielt."

Es wird klar, dem Duo geht es um mehr als um Grohnde: Der KBW „ist kompromißlos auf das Ziel der ‚proletarischen Revolution' (vergl. Progamm des KBW) eingeschworen", schreiben sie im Verfassungsschutzbericht.

„Die Aktivitäten dieser ‚Partei', die plant, sich in Kommunistische Partei Westdeutschlands (KPW) umzubenennen..." können aber nur die neusten Vorstellungen von Ernst Albrecht selber sein, dies kann die Sonderabteilung schwerlich erforscht haben.

Das Duo Albrecht/Groß plant das Verbot, dazu wird Material gesammelt und angehäuft.

Aber nicht nur Ernst Albrecht macht seine Strichliste nach den Interessen seiner Klasse. Die Arbeiterklasse macht auch ihre Strichliste nach ihrem Interesse.

Westberlin. Mit dem Urlaubsgeld haben die Sozialdemokraten in der Lohnrunde mächtig rumgefuchtelt. Jetzt, wo es an die Auszahlung geht, wird der Beschiß deutlich. Nur der bekommt das Urlaubsgeld, der vom 1.7.76 bis zum 1.7.77 im Öffentlichen Dienst ist. Wer später angefangen hat, geht leer aus. Als wenn er vorher nicht gearbeitet hätte. Als wenn er keinen Urlaub bräuchte. So funktioniert Spaltung. Vor allem viele Auszubildende haben erst nach dem Stichtag angefangen. Einer Lehrlingsgruppe bei der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG), die erst im Herbst 76 angefangen hat, ist zugesagt worden, daß sie das Urlaubsgeld bekommt. Die werden aber sicherlich sehr wachsam sein müssen, damit sie nicht doch über das Ohr gehauen werden.

Die Krankenpflegeschüler in den Unterkursen erhalten, jedenfalls unserer Kenntnis nach, das Geld nicht. Für Angestellte gab es bis zum 1.1.75 noch die Möglichkeit, sich ein Monatsgehalt im voraus für den Urlaub auszahlen zu lassen. Das hat der Dienstherr gestrichen. Die Lohnempfänger hatten nach § 41 Absatz 1 Satz 2 des Bundesmanteltarifgesetzes bis 1977 das Recht, sich den Lohn der Sommermonate als Sonderabschlag auszahlen zu lassen. Das mußte aber auch drei Monate im voraus angemeldet werden. Dieser Paragraph ist, wie der Dienstherr kühl bemerkt, „neugefaßt" worden. Für die Arbeiter und Angestellten soll das Geld erst Mitte Juli ausgezahlt werden. Wer früher in Urlaub fährt, soll's nicht früher erhalten. Man muß den Lohn- und Vergütungsstellen auf die Pelle rücken und eine einheitliche und frühzeitige Auszahlung des Urlaubsgeldes für alle fordern.

In „weiser" Voraussicht hat sich der Dienstherr einfallen lassen, wie er diejenigen, die diese Forderungen in den Lohnbüros durchsetzen wollen, von den Verwaltungsangestellten abspalten kann: Die Auszahlung der 150 DM ist im LED (Landesamt für Elektronische Datenverarbeitung) für Mitte Juli im Programm. Der Dienstherr setzt darauf, daß wir uns untereinander in die Haare bekommen, denn wenn die Ausrechnung des Urlaubsgeldes für die Auszahlung im Juni manuell gemacht werden müßte, wüßten die Vergütungsangestellten nicht, wo ihnen vor Mehrarbeit der Kopf stünde. Das ist aber Unsinn! Technisch gibt es keine Probleme. Die hochbezahlten Funktionäre des LED können ohne Schwierigkeiten das EDV-Programm ändern. Man wird sie dazu nötigen müssen. Für niemanden reicht das Geld. Man wird sich gut zusammentun können, wir werden uns nicht spalten lassen!

„Niedersachsen will Erziehungsgeld zahlen." Diese Meldung machte in der vergangenen Woche Schlagzeilen. „Erziehungsgeld", was ist das? Erwerbstätige Mütter können nach der Geburt ihres Kindes monatlich 350 DM bekommen, vorausgesetzt, sie räumen für dieses Jahr den Arbeitsplatz. Danach aber sollen sie an ihn zurückkehren können.

Mit dem sogenannten Erziehungsgeld soll, wenn man dem Sozialministerium Glauben schenken sollte, zweierlei erreicht werden. Erstens: Die Mutter soll sich ganz ihrem neugeborenen Kind widmen können, gerade die ersten Monate sind im Leben eines Kindes von entscheidender Bedeutung. Zweitens: Der von der jungen Mutter geräumte Arbeitsplatz wird einer arbeitslosen Frau gegeben. Nun, Herr Minister Schnipkoweit, wer soll das bezahlen?

„Sie müssen davon ausgehen, daß wir z.Zt. pro Jahr 18,5 Mrd. DM aufwenden für Arbeitslosenunterstützung und ähnliche Dinge, und die entsprechenden Steuerausfälle danebenstehen, so daß wir tatsächlich 18,5 Mrd. DM Verlust haben!" (Nordschau, 7.6.)

Dieser „Verlust" schmerzt die Bourgeoisie. Das Mittel des Erziehungsgeldes bietet vielfältige Möglichkeiten, die Kassen der Volksmassen weiter zu schröpfen, die Ausbeutung und Ausplünderung immens zu steigern. Die 350 DM geben die Höhe an, auf die die Bourgeoisie den Sozialhilfesatz drücken will, mit Kind. Begleitet sein soll das neue Gesetz von „flankierenden Maßnahmen", zum Beispiel Abbau von Kinderkrippenplätzen, damit den Frauen nichts anderes übrigbleibt, als dieses Angebot anzunehmen. Die arbeitslose Frau, die an ihre Stelle rücken soll, kann gleich eine Lohngruppe tiefer eingestuft werden und wenn die junge Mutter nach einem Jahr wiederkommt, dann muß sie sich schon damit abfinden, daß sie kein Recht hat, auf ihrer alten tariflichen Einstufung zu bestehen.

Dies sind nur einige Beispiele. Schon heute haben die Kapitalisten den Lohn soweit gedrückt, daß große Teile der Arbeiterklasse ihren Lebensunterhalt nicht aus dem Lohn bestreiten kann. Sie müssen um Wohngeld, Feuerungsgeld, Hilfe zum Lebensunterhalt, Erziehungsbeihilfe usw. betteln gehen. Dieser Rahmen soll ausgedehnt werden, weil jede Vergabe mit besonderer Schikane verknüpft ist und auch gestrichen werden kann, wie wir das von der Arbeitslosenversicherung kennen. Die Arbeiterklasse führt Kämpfe für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag, sie kämpft für Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige, weil sie diese Abhängigkeit abschütteln muß, um Voraussetzungen zu schaffen für den Sturz der Ausbeuterherrschaft. Dieser Plan eines Erziehungsgeldes ist nicht neu, die Bundesregierung hat ihn selbst schon erwogen. Sie kann ihn aber nicht gegenüber den Volksmassen durchsetzen, deshalb wird die Pionierarbeit der niedersächsischen Regierung erforderlich, um Zeit zu gewinnen. Das wird ihr nichts nützen.

Die Hamburger Lehrer setzen die Streikurabstimmung gegen die Schulbehörde durch

Hamburg. Freitag war der erste Tag der Urabstimmung der Hamburger Lehrer, um einen Warnstreik gegen die Besoldungsverschlechterungen durchzuführen, die der Bundestag noch im Juni beschließen will. Seit Tagen erklären der Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Lehrerverband, sowie führende Politiker der SPD und CDU in Hamburg den Warnstreik für rechtswidrig, und der Schulsenator hatte die Durchführung der Urabstimmung in der Schule verboten (Hamburger Abendblatt, 26.5.77). Doch die Urabstimmung wurde in den Schulen durchgeführt. Die Schulbehörde hatte zurückgesteckt. Die Urabstimmung dürfte lediglich nicht „in schulöffentlich zugänglichen Räumen und Fluren" durchgeführt werden, und dort dürften auch keine Plakate aufgehängt werden.

Für die Bourgeoisie ist es höchst gefährlich, wenn Schüler, die gegenwärtig den landesweiten Schulstreik vorbereiten, um die Schulunterdrückung durch den Schulgesetzentwurf zu bekämpfen, und dabei das Recht auf Schulstreik erkämpfen, von ihren Lehrern lernen können, daß man nur durch Streik seine Interessen gegen den bürgerlichen Staat durchsetzen kann.

Auf einer GEW-Versammlung an der Rudolf-Roß-Schule, wo über den Streik beraten wurde, wurde auch eine Ablehnung des neuen Rechtschreiberlasses beschlossen, der die Lehrer verpflichtet, in allen Fächern die Rechtschreibung zu bewerten.

Auf die Taktik der Sozialdemokraten in der GEW, den Termin des Warnstreiks und der Aktionswoche hinter den Beschluß des Bundestags zu verschieben, um dem Kampf seinen Sinn und Zweck zu nehmen, wurde von sechs Schulkreiskonferenzen sowie zahlreichen Betriebsgruppen mit Beschlüssen geantwortet, daß unbedingt am festgelegten Terminplan festzuhalten ist. Es wurde der Vorschlag gemacht, auf die GEW-Protestversammlung am Montag mit Frister mit den Transparenten vom 1.Mai zu kommen, wo die Lehrer sich am Kampftag der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung beteiligt haben. Die GEW-Versammlungen waren noch nie so gut besucht wie jetzt. Es werden viele Gewerkschaftsbeitritte gemeldet. So sind allein an der Gesamtschule Steilshoop acht Mitglieder neu gewonnen worden, weil sie den Kampf mit in der GEW organisieren wollen.

Diese Entwicklung ist für die Bourgeoisie gefährlich. Hat sie doch das Beamtenrecht geschaffen als Zwangskorsett für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Wenn nun die Lehrer das Beamtenrecht brechen, den Streik organisieren, so wird das die übrigen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, die seit dem letzten Lohnraubabschluß überlegen, daß der Kampf gegen die Arbeitshetze und um den Lohn nur mit Streik erfolgreich geführt werden kann, ermutigen, ebenfalls den Streik vorzubereiten. Dann aber kommt der Plan der Bourgeoisie ins Wanken, durch Drücken der Löhne im Öffentlichen Dienst das gesamte Lohnniveau zu drücken, und gleichzeitig wird der Staatsapparat zersetzt. Durch Kampf gegen den Dienstherrn ist die Lage im Öffentlichen Dienst gekennzeichnet.

Wenn die Lehrer die Aktionswoche und den Warnstreik nutzen, um den Lohnraub und die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat durch Tarife und Steuern zu bekämpfen und den Kampf gegen die Schulunterdrükkung zu führen, so ist ihnen die Unterstützung aller Lohnabhängigen sicher. Dann können auch Disziplinierungsmaßnahmen erfolgreich zurückgeschlagen werden, die vom Staat eingesetzt werden, wenn Lehrer, wie an der Julius-Leber-Schule, per öffentlicher Unterschriftensammlung im Lehrerzimmer eine Versammlung für Montag zwecks gemeinsamer Durchführung der Urabstimmung vorbereiten. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Im Kampf gegen die Rationalisierung muß die Forderung nach dem Siebenstundentag die Grundlage werden.

Bremen. Die Personalversammlung des Fernmeldeamts 1 am 6.6. war gekennzeichnet von dem Willen der Beschäftigten, gegen die kapitalistische Rationalisierung zu kämpfen. Waren es 1975 noch 600 Mio. DM Reingewinn, die aus den Knochen der Arbeiter, Angestellten und Beamten herausgepreßt wurden, so verbuchte der Dienstherr 1976 1,17 Milliarden. Dies bei abgebautem Personalstand. Der Dienstherr hat Blut geleckt. Gegenwärtig wird geplant, die Baubezirke zusammenzulegen, bzw. zu vergrößern. Die dafür benötigte Anzahl von Beschäftigten liegt um 150 unter der jetzigen im Oberpostdirektionsbezirk Bremen und um 330 unter der vorgesehenen. Grundlage für diese neuen Zahlen bildet eine neue Bemessung, die durch das Bundespostministerium durchgeführt wurde und als Erhebungsbogen 442.1 durch die Gewerkschaftspresse geistert.

Die Beschäftigten im Oberpostdirektionsbezirk haben im 1. Halbjahr 1975 ca. 5 000 Teilnehmereinrichtungen fertiggestellt. Im 2. Halbjahr 1976 waren es 10 000 bei weniger Beschäftigten. Die Teilnehmerdienste Rechnungsstelle, Anmeldestelle, aber vor allem die Baubezirke kommen mit der Arbeit nicht nach. Diese Lage drückte sich auf der Personalversammlung aus. Mit großer Mehrheit wurde auf der Personalversammlung am 6.6. eine Resolution gegen die Rationalisierungen insbesondere in den Baubezirken angenommen. Ein Arbeiter zur Lage: „Wenn man dort nicht gearbeitet hat, kann man sich kaum vorstellen, was da los ist. Reine Akkordschinderei."

In der letzten Woche hatten in Oldenburg und Bremen Protestkundgebungen stattgefunden mit jeweils mehreren hundert Teilnehmern. Klärung und Zusammenfassung auf den Forderungen nach dem Siebenstundentag, nach Einstellung von neuen Kräften war notwendig. Dies gelang aber nur teilweise auf dieser Personalversammlung. So versuchten die Sozialdemokraten mit allen Tricks, die Vereinheitlichung des Unwillens und des Protests unter den Beschäftigten auf richtigen Forderungen zu verhindern.

Klar wurden die Fronten z.B. an einem Antrag für den Siebenstundentag, 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Kaum war der Antrag gestellt, sprang ein junger Reformist auf und erklärte: „Die Forderungen sind ja ganz richtig, auch die Begründung trifft zu". Er würde sich aber dagegen aussprechen, weil die Kollegen mit diesem Antrag erschlagen würden. Hofmann, Mitglied des Bezirkspersonalrates, Sozialdemokrat, sprang ihm sofort bei. Gegen den Inhalt wäre nichts zu sagen, aber er hätte auch den Eindruck, man würde erschlagen.

Gleich hinterher ein Ingenieur: Man sollte doch den Antrag umformulieren auf Forderung nach acht Stunden, um von dem KBW-Geruch der Forderung nach sieben Stunden los zu kommen.

Der Bezirksvorsitzende Kurt von Haaren, frisch aus dem Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) nach Bremen geschickt: „Maria Weber im DGB-Frauenausschuß fordert den Sechsstundentag". Ansonsten sei ja die 35-Stunden-Woche im Gesellschafts- und Berufspolitischen Programm verankert. Er würde vorschlagen, beide Anträge zu verquicken und die Formulierung dem Personalrat zu überlassen.

Bei der Abstimmung bekam dann der Antrag die Stimmen der Arbeiter vom technischen Baubezirk, alle anderen stimmten dagegen. Der „Kompromißantrag" des Gewerkschaftsvorsitzenden wurde dann mit einer Gegenstimme angenommen.

Auch eine Resolution gegen eine geplante Anhörung und für gewerkschaftliche und politische Freiheiten wurde nach heftiger Debatte mehrheitlich abgelehnt.

Das zeigt, daß der Kampf um die politische Klarheit hartnäckig weitergeführt werden muß, weil man sonst nicht siegen kann, denn die Versammlungen in den einzelnen Bereichen des Amtes waren gekennzeichnet vom Willen der Beschäftigten zu kämpfen. So wurde auf der Versammlung der Dienststellen Anmeldestelle, Buchungsstelle, Rechnungsstelle ein Schreiben aufgesetzt, das sofortige und unbedingte Einstellungen in diesen Dienststellen fordert. Die anwesende Vertreterin im Hauptpersonalrat in Bonn wurde verpflichtet, dieses Schreiben in den nächsten Tagen persönlich einem Vertreter des Bundespostministeriums zu überreichen und für die Durchsetzung zu sorgen. – (Zelle Post, Bremen)

„Rentensanierung" und „Kostendämpfung" durch Sterbefabriken

Westberlin. Frau T. kommt mit Blasenentzündung ins Krankenhaus. Sie hat Krebs. Ihre Arbeitskraft kann sie nicht mehr verkaufen. Sie gilt den Krankenkassen und Sozialversicherungsträgern nur noch als Kostenfaktor. Sie braucht Pflege. Die Tochter, die durch den niedrigen Lohn ihres Mannes zur Mitarbeit gezwungen ist, kann die Pflege nicht weiter übernehmen. Ihre eigene Gesundheit ist bereits ruiniert. Für die Bourgeoisie stellt sich das so: Dieser Pflegefall muß beseitigt werden. 167,30 DM kostet ein Bett im Wenckebach-Krankenhaus pro Tag. Der Arzt erzählt der Tochter, daß es eine Möglichkeit zur Unterbringung der Mutter in einem Chronisch-Krankenhaus gibt, wo man nicht lange warten müsse und die Pflege gut sei, das *Bürgerhaus*. Er verschweigt, daß es deshalb im *Bürgerhaus* immer Betten gibt, weil dort alle Krebspatienten auf einer Station zusammengefaßt sind; in Sechs- bis Achtbettzimmern wird Sterben organisiert.

In der „Fortschreibung des Krankenhausbedarfplans für das Land Berlin bis zum Jahre 1990" heißt es, daß alte Menschen, die infolge fehlender häuslicher Pflege im Krankenhaus sind, „*in der in notwendiger Weise ‚sterilen' Atmosphäre des Krankenhauses oft nicht optimal versorgt*" sind, also solle ihren „*individuellen, über die medizinischen Belange hinausgehenden Bedürfnissen*" Rechnung getragen werden, gleichzeitig ein „*Entlastungseffekt für das teure Akutkrankenhaus*" erreicht werden. So versucht die Bourgeoisie zu vertuschen, was sie vorhat. Nach dem Bettenbedarfsplan soll der Anteil der Personen im Rentenalter an der Gesamtbevölkerung von derzeit 22 auf 16,4 % sinken.

Im Wenckebach-Krankenhaus (583 Betten) bescheinigen die Ärzte dreißig bis vierzig Patienten im Monat, daß sie Pflegefälle sind und reif für's Siechenheim. Durchschnittlich fünfzig solcher Gutachten treffen jeden Tag aus allen Berliner Krankenhäusern beim zentralen Bettennachweis ein, der die Verteilung von Hospitalbetten regeln soll. Im Wenckebach-Krankenhaus sterben jeden Monat durchschnittlich acht Patienten bevor sie noch verlegt werden. Bourgeoisärzte sprechen vom „*Verlegungsschock*". Die Patienten, die den Krankenhausaufenthalt überstehen, landen im Siechenheim. Das soll möglichst schnell vor sich gehen. Die Ärzte schreiben teilweise auf der Inneren Station, in der hauptsächlich alte Menschen landen, nach zwei Tagen ein Gutachten, das über das weitere Schicksal des Patienten entscheidet. Dort, wo gerade ein Platz frei wird, sollen die alten Arbeiter hingesteckt werden. Ob die Angehörigen nun in Kreuzberg wohnen und das Heim in Zehlendorf ist, ist den Bourgeois egal.

Den Widerstand der alten Arbeiter und ihrer Familien zu brechen, dient die Sozialgesetzgebung. Ist ein Rentner erst einmal zum Pflegefall gestempelt, können die Krankenkassen sämtliche Gelder nach § 23 der Satzung der AOK einstreichen. Der Anspruch auf Krankenhilfe ruht nach § 216 der Reichsversicherungsordnung. Will eine Arbeiterfamilie dem Abtransport des Großvaters ins Siechenheim nicht zustimmen, hätte sie die Kosten von 167,30 mal 30, also 5 019 DM im Monat zu zahlen.

Von der Krankenversicherung ausgeschlossen, bleibt nur das Sozialamt. Es übernimmt die Kosten, zieht alle Renten und Beihilfen ein. Die Wohnung muß aufgelöst werden, kann die Miete nicht bezahlt werden. Geht das nicht reibungslos, läßt der bürgerliche Staat die alten Arbeiter wegen „Desorientierung" entmündigen. All das wenige Eigentum landet auf der Müllkippe. Was bleibt ist ein Eisenbett, ein Spind und ein Taschengeld von 74 DM bis 131 DM monatlich.

Nachdem sie ein Leben lang den Reichtum für die Kapitalisten produziert haben, werden die alten Arbeiter in Sterbefabriken abgeschoben. Und damit diesem Schicksal auch keiner entgeht, hat im Amtsblatt 37 vom 2.7.76 gestanden: Der Urlaub für Patienten in Krankenanstalten für chronisch Kranke (Hospitäler) ist auf vier Tage begrenzt an Ostern, Pfingsten oder Weihnachten.

Auf dem Schlachtfeld Industrie ausgeblutet, werden die alten Arbeiter in Siechenheimen lebendig begraben. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen bei Bezahlung durch die Kapitalisten muß erkämpft werden. – (GUV Westberlin)

Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz – die Bourgeoisie geht an die Endlösung des Rentenberges"

Der durchschnittliche Beitragssatz der Krankenversicherung betrage z.Zt. 11,3 Prozent, behauptet Ehrenberg. Er lügt. Am 1.1.77 haben 60 Prozent der Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung *mehr* als 11,3 Prozent gezahlt. Um den Jahresbeitrag allein für die Krankenversicherung aufzubringen, muß ein Arbeiter durchschnittlich länger als einen Monat arbeiten.

Im ersten Halbjahr 1976 stiegen die Beiträge der Pflichtversicherten gegenüber dem Vorjahr um 41,6 %, die „Aufwendungen" für die Versicherten dagegen um 8 %, für die Rentner sogar nur um 6 %. Dafür kletterten die Krankenhaustagessätze um so höher – ein Bett kostet 1977 pro Tag mindestens 140 bis 150 DM (1961: 19 DM); kletterten die Arzthonorare und erst recht die Arzneimittelpreise: der Packungsabsatz ging 1976 um 2 % zurück, was die Kapitalisten nicht hinderte, ihren Umsatz um 6 % zu steigern. Ergebnis: Bei steigenden Beiträgen wachsende Streichungen an den Leistungen der Krankenkassen.

Die Auswirkungen der verschlechterten Gesundheitsversorgung beginnen sich abzuzeichnen, um so mehr, als die verschärfte Schweißabpressung, die die Kapitalisten in der Krise durchsetzen, die steigende Arbeitsintensität, die wachsende Arbeitszeit, die immer mangelhaftere Ernährung unmittelbar auf die Gesundheit der Arbeiterbevölkerung schlagen. Im Dezember 1976 beträgt der Krankenstand der Pflichtmitglieder der AOK 6,1 % gegenüber 5,3 % im Dezember 1975, bei den Betriebskrankenkassen sind es 7,4 % gegenüber 6,8 %. Dabei wächst die Zeit, in der der Lohnabhängige durchschnittlich krank ist, von 18,1 Tagen je „Fall" 1973 auf 18,7 Tage 1975.

Die Bourgeois sind also unfähig, die Gesundheit der Lohnabhängigen, die die kapitalistische Produktion ruiniert, auch nur einigermaßen wieder herzurichten. Immer mehr Arbeiter gehen „frühzeitig" in Rente, 1975 waren es zwei- bis dreimal soviel wie 1973.

„Was für ein Rentnerberg", stöhnen die Bourgeois. „Welche Kosten", jammern sie. Sie haben die Versicherungen der Arbeiterklasse an sich gerissen, um sich an ihren Versicherungsgeldern zu bereichern. Jede ausgezahlte Rente, jede Ausgabe für die Rentner drückt ihnen aufs Gemüt. 1976 haben sie den Rentnern zehntausendfach an notwendiger Krankenhausbehandlung gekürzt, die stationären Behandlungen von Rentnern gingen gegenüber 1975 um 6,5 % zurück. In Darmstadt erhielten die Ärzte ein Rundschreiben, in dem sie aufgefordert wurden, für Rentner bei ärztlicher Behandlung nicht mehr als 100 Mark auszugeben. Was die Krankenversicherung an den Rentnern „spart", zahlt sich für die Kapitalisten durch „Entlastung" der Rentenversicherung zigfach aus. Während die *Neuzugänge* in die Rentenversicherungen noch rasch wachsen, steigt die Zahl z.B. der in der Krankenversicherung versicherten Rentner bis zum Frühjahr 1977 immer langsamer. Inzwischen dürfte sie rückläufig sein – die Bourgeoisie hat begonnen, den „Rentnerberg" zu beseitigen. (Z-Red.)

Vier Nichtversetzungen zurückgeschlagen

Bremen. Vor ca. drei Wochen verkündet der Klassenlehrer der Hauptschulklasse H 8 b des Schulzentrums „Im Ellener Feld", daß dieses Jahr wohl etwa fünf sitzenbleiben sollen. Zuerst brach große Bestürzung aus, die Betroffenen heulen sich erst mal aus, bis wir in den Pausen und in etlichen kleinen Debatten geklärt haben, daß das nicht viel hilft. Also haben wir am nächsten Tag kurzerhand einen Elternabend einberufen, wo man diese Punkte verhandelte: Zensierung, Versetzung, Berufswahl.

1. Juni Elternabend: Man hat schnell herausgearbeitet, daß eine glänzende Zukunft niemanden erwarteten wird. Also beschließen die Eltern und Schüler, daß alle versetzt werden müssen. Zuerst glaubt man, das hilft alles gar nicht. Aber als wir am 3. Juni hingehen und Schulleiter Morgenstern drohten, daß wir uns Aktionen vorbehalten, kommen am nächsten Tag die Fachlehrer an und meinen, es würden alle versetzt. Begründet hat man dies mit § 5 irgendeiner Verordnung. Es ist ja auch peinlich, seine eigene Niederlage zugeben zu müssen. Auf einer Vollversammlung am 6. Juni hat man noch mal das Notensystem verhandelt, und als einer ruft: „Nieder mit dem Notensystem!", schreit auf einmal alles mit, was da ist (400 Schüler). Die Basisgruppe bringt ein Flugblatt zum Notensystem heraus und hält viele Reden über Megaphon. Als neulich rauskam, daß doch einer sitzenbleibt, ist die Klasse zielstrebig daran gegangen, mit Hilfe der Basisgruppe zu mobilisieren, um durchzusetzen, daß der Schüler versetzt wird. Das forderten auch andere Klassen.

Ende Mai beschließt die Klasse R 9k, eine Realschulklasse des gleichen Schulzentrums, einen Elternabend einzuberufen. Sie schreiben dazu einen Brief an die Eltern. Sie wollen die Eltern für folgende Dinge gewinnen: Protest gegen die Handhabung der Mappenbenotung (dort müssen die Schüler den gesamten Unterrichtsstoff dokumentieren) als Druckmittel. Sie verlangen die Einhaltung der Eindrittelregelung (keine Bewertung von Klassenarbeiten mit mehr als ein Drittel Fünfen und Sechsen und die Abschaffung der Sondergenehmigungen für solche schlechten Arbeiten. Außerdem wollen sie keine Zensur in Chemie, da die Unterrichtszeit aufgrund von Ausfällen zu kurz war.

1. Juni: Klassendebatte. Es wird ein Beschluß gefaßt: Keiner darf sitzenbleiben. Eine Wandzeitung wird ausgehängt, auf der an zwei Beispielen die Willkürlichkeit dieser Aussieberei enthüllt wird.

2. Juni: Klassenelternabend mit Schülern und Fachlehrern. Die Fachlehrer verteidigen ihre Noten und schieben die Schuld für die vielen Fünfen und Sechsen den Schülern in die Schuhe. Sieben Schüler haben mehr als eine Fünf. Im letzten Jahr waren drei Schüler sitzengeblieben. Schüler anderer Klassen wollen teilnehmen, mit der Begründung, daß das Zensurenproblem kein klasseninternes sei. Die Elternvertreter sind zunächst einverstanden. Die Fachlehrer drohen jedoch, die Sache platzen zu lassen, wenn die klassenfremden Schüler nicht den Raum verlassen. Dem geben die Eltern nach. Die Fachlehrer trumpfen auf, die schlechten Zensuren lägen an der Arbeitshaltung, Faulheit und Undiszipliniertheit der Schüler. Unter den Eltern stiften diese Angriffe Verwirrung. Sie greifen den Klassenlehrer an, er wäre zu nachsichtig mit den Schülern. Der Klassenlehrer weist auf die Lage auf dem Arbeitsmarkt hin und wirft die Frage auf, für wen und für was die Schüler eigentlich diszipliniert sein sollen. Daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt beschissen ist, darüber gibt es schnell Einheit. Was angesichts dessen zu tun ist, darüber gibt es noch keine Einheit, weswegen auch kein Beschluß von den Eltern gefaßt wird. Auch die Schüler sind noch gespalten.

7. Juni: Versetzungskonferenz. Beschluß: Fünf Schüler sollen sitzenbleiben. Das wird begründet im wesentlichen mit der neuen Versetzungsordnung, die eine Verschärfung ist. Man bleibt sitzen, wenn man eine Fünf und eine Sechs hat, oder wenn man drei Fünfen hat. Wenn man weniger Fünfen und eine Sechs hat, kann man sie durch Zweien und Dreien in anderen Fächern mit der gleichen Wochenstundenzahl ausgleichen.

10. Juni: Die Schüler der H 8 d und der R 9 k sowie viele Schüler anderer Klassen solidarisieren sich und gehen in der großen Pause daran, dem Schulleiter die Bude einzurennen. Der jedoch, in Panik schweißgebadet, schließt sich ein und muß sich die Rede und die Parolen der etwa 60 Schüler anhören. Die Schüler bollern wie die Wahnsinnigen an die Tür des Schulleiters und schreien, er soll rauskommen und Stellung beziehen. Man fordert: Alle aus der Klasse H 8 b und R 9 k müssen versetzt werden; werden sie nicht versetzt, werden wir weitere und umfangreichere Aktionen starten.

Wir hängen Wandzeitungen auf, die man debattiert. Wir drohen den CDU-Schülern, sie wegzujagen, notfalls mit Gewalt, falls sie es wagen, die Wandzeitungen abzureißen. Dies findet breite Unterstützung. Zum Schluß schlagen wir vor, sich am Mittwoch, dem Tag der Zeugnisausgabe, am Schulhof zu versammeln und die Zeugnisse zu untersuchen. Montag werden die Schüler noch mal eine Delegation zu Morgenstern schicken.

Gibt Schulleiter Morgenstern nicht nach, werden wir ihm nochmals die Bude einrennen. Die Basisgruppe unterstützt die Resolution des KJB, Aktionen in der Innenstadt durchzuführen und ein Kampffest zu starten. – (KJB Osterholz Tenever Bremen)



Delmenhorst. Schüler der Hauptschule des Schulzentrums West sind nach der Zeugnisvergabe vor das Haus des verhaßten Lehrers Schlesinger gezogen. Schlesinger hatte dafür gesorft, daß sieben von 24 Schülern der Klasse 9 d keinen Hauptschulabschluß bekamen. Auch die Polizei, die mit vier Fahrzeugen zum Schutz des Lehrers angerückt kam, konnte die Schüler nicht einschüchtern. Die Schüler fordern: „Schlesinger muß weg! Hauptschulabschluß für alle!"

Hannover. Elf von 21 Berufsschülern der Klasse EIN 02 c (Elektroinstallateure) der gewerblichen Berufsschule IV haben sich gegen Fünfen und Sechsen, gegen das Notensystem, gegen Sitzenbleiben und für Einheitsschule unter Volkskontrolle ausgesprochen. Vorausgegangen war die Diskussion um die Zeugnisnoten, die von Lehrer Hirschel der Klasse zur „Besprechung" vorgelegt werden sollten. Aus Protest gegen das Notensystem hatte ein Schüler unter eine Klassenarbeit in Meßtechnik geschrieben: „Diese Arbeit macht einen kaputt. Außerdem hat dieser Kram (gemeint ist der Test, d.Red.) keinen Nutzen. Alte Lehrerweisheit". Weiter: „Warum wird gefragt, das hat doch keinen Nutzen. Wer braucht schon den Innenaufbau von Meßgeräten, wenn er später doch nur am Fließband steht oder im Akkord arbeitet. Deshalb sehe ich in der Arbeit (Klassenarbeit, d. Red.) keinen einzigen Nutzen".

Der Kommentar des Lehrers: „Ich sehe im Moment in einer Lehre auch keinen Nutzen für dich".

Während der Stunde wurden die Kommentare des Lehrers und des Schülers vorgelesen. Sofort gab es eine heftige Auseinandersetzung. Wieder wurde Lehrer Hirschlers Standpunkt deutlich: „Meine Zensurenregelung ist gerecht". „Das geht mich nichts an"! „Das ist schließlich Euer Zeugnis!", das war der Tenor seiner Aussagen zu den Fünfen und Sechsen. „Ihr bekommt die Fünfen und Sechsen"! Nach der Auseinandersetzung stimmten die Schüler ab. Elf waren gegen Fünfen und Sechsen, neun waren der Meinung, es sei jedermans eigene Schuld, wenn er schlechte Noten habe, einer enthielt sich der Stimme.

In dem Betrieb des Schülers aus der EIN 02C wurden die Forderungen der elf Schüler diskutiert. Der Meister setzte fort, was der Lehrer vertreten hatte: „Meine Ausbildung ist in Ordnung!", und „Du störst den Betriebsfrieden!", waren seine Reaktionen auf die Antwort von fünf Gesellen, die ebenfalls gegen Fünfen und Sechsen Stellung bezogen. – (nach Bezirksbeilage Hannover).

Wolfsburg. In der letzten Woche stießen die Schüler der Integrierten Gesamtschule (IGS) am Tag der Entlassungsfeier den Jahrgangsleiter in den Brunnen. Der Hausmeister und ein weiterer Lehrer mußten auch daran glauben. Die umstehenden Schüler waren begeistert. Froh waren sie, die Schule hinter sich zu haben, und dieses zeigten sie auch deutlich. Sie waren den Druck los, den sie gerade in der Zeit davor zu spüren bekommen hatten und gegen den sie sich durch das Malen von Parolen auf dem Schulgelände und in dem Stadtteil, wo die Schule liegt, gewehrt hatten. Mit den Parolen „Messerschmidt – der Punktegeier" (an der IGS gibt es Punkte und keine Noten) und „Tappenbeck – der Pseudokünstler" wurden einzelne Lehrer angegriffen. Besagten Messerschmidt versuchten die Schüler auch am Tag der Abschlußfeier in den Brunnen zu befördern. Sie jagten ihn vom Schulgelände, doch er schaffte es, ihnen zu entfliehen. Die Rebellion der Schüler gegen die Schulunterdrückung ist groß und die Schüler sind findig mit ihren Aktionen.

Nach den Osterferien hatten Schüler den Eingang zur Schule zugemauert.

Heidelberg. Beim Umzug der diesjährigen Abiturienten des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums durch die Heidelberger Gymnasien wurden im Kurfürst-Friedrich-Gymnasium einige Klassenbücher mitgenommen. In Klassenbüchern wird der Verlauf des Unterichts und Einträge festgehalten, Notenbücher sind die Grundlage des Lehrers für die Notengebung. Mit der Unterdrückung und Gängelung durch Noten und Einträgean der Schule ist für die Abiturienten jetzt Schluß, dagegen wandte sich ihre spontane Rebellion. Schüler der Klasse haben die Abiturienten auch gleich angehauen, daß das Notenbuch ja nicht wieder auftaucht. Aber unter dem Druck, es schade doch nur den Schülern, wenn keine Noten gegeben werden können, wurden das Notenbuch und einige Klassen bücher wieder zurückgegeben. Es ist richtig, die Grundlage, die Schüler mit Noten in Gute und Schlechte aufzuspalten, dem Lehrer aus der Hand zu nehmen. Dazu ist es auch richtig, Notenbücher wegzunehmen und zu vernichten. Es ist aber notwendig, daß die Schüler sich dazu die Klarheit verschaffen und gemeinsam beraten, wie sie es durchsetzen können, daß in ihrer Klasse keiner eine 5 oder 6 bekommt, so daß keiner sitzenbleiben kann.

Agrarpreise – die kleinen Bauern werden systematisch niederkonkurriert

Zwischen dem 22. und 25. Juni finden in Hannover unter der Schirmherrschaft des Bauernverbandes der „Deutsche Bauerntag", der „Landfrauentag" und der „Landjugendtag" statt. Als Themen für die Mitgliederversammlung des Bauernverbandes sind vorgesehen: „Mitsprache und Mitwirkung der landwirtschaftlichen Erzeuger beim Absatz ihrer Produkte", „Der Milchmarkt und die Sicherung der Erzeugereinkommen", Probleme und Chancen des ländlichen Raumes". Außerdem werden Stellungnahmen zum Umweltschutz erwartet.

Man kann sich gut vorstellen, was die Creme der Bourgeoispolitiker im Agrarbereich, z.B. Gundelach (EG--Agrarkommissar und Vizepräsident der EG-Kommission), Ertl, Heeremann und Konsorten auf der Kundgebung am 24.6. herauslassen werden. Die „Probleme des ländlichen Raumes" stellen sie von jeher so dar, daß es in der Landwirtschaft noch zu viele, vor allem kleine Bauern gebe und daß man diese schlechte Struktur verbessern müsse. Im Klartext: Die kleinen Bauern müssen weg, die großen Bauern müssen wachsen.

Die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion, die auf den Privateigentum an Produktionsmitteln beruht und gnadenlose Konkurrenz voraussetzt, führen beständig zur Ruinierung der kleinen Bauern und ihrer Pressung in die Lohnsklaverei. Dazu zwei Beispiele (aus einem Dorf in Niedersachsen):

Ein Bauer mit 15 ha Land, davon 10 ha gepachtet. 8 ha Acker, 7 ha Grünland, 18 Kühe, 15 bis 20 Kopf Jungvieh, alleinstehend, ohne Lohnarbeiter. Und ein anderer Bauer mit 190 ha Acker, davon ein Drittel Zukkerrüben, zwei Drittel Getreide, zwei Lohnarbeiter.

Der kleine Bauer liefert die Milch seiner Kühe an die Molkerei und erhält durchschnittlich ca. 56 Pfennig pro Liter. Auf den Preis hat er keinerlei Einfluß. Ansonsten hat er kleine Partien Getreide zu verkaufen (ca. 250 bis 300 Doppelzentner) und etwa 1 600 Doppelzentner Zuckerrüben. Er bekommt für seine Produkte das, was ihm Genossenschaften bzw. Landhändler und Zuckerfabrik geben. Die Produktionsmittel (Saatgut, Düngemittel, Maschinen usw.), die er einkauft, sind jeweils bescheidene Mengen, da ist nichts an Preisvorteilen herauszuholen. Wöchentliche Arbeitszeit: ca. 90 bis 100 Stunden, geschätzter Jahresverdienst: 15 000 bis 20 000 DM.

Im Gegensatz dazu der Großbauer: Kauft er Düngemittel oder Maschinen, dann sind das Zehntausende oder Hundertausende DM pro Jahr, da sind leicht günstige Konditionen herauszuholen. Verkauft er seine Getreideernte, dann sind das etwa 4 000 bis 5 000 Doppelzentner, oder bei den Zuckerrüben 20 000 Doppelzentner. Es kommen ganz erhebliche Summen heraus, die er als Konkurrenzvorteil gegenüber allen kleineren Bauern hat, ganz abgesehen von den Vorteilen, die er z.B. durch rationelleren Maschineneinsatz erringt. Diese Vorteile in barer Münze will er sogleich in Kapital verwandeln und kauft bzw. pachtet, wenn möglich, jede „freiwerdende" Fläche – auch zu überhöhten Preisen – auf. Er kennt alle Schliche und „er geht über Leichen", wie die Bauern im Dorf bestätigen. Seine wöchentliche Arbeitszeit ist ca. 10 Stunden, dazu eine gewisse Zeit zum Antreiben seiner Lohnarbeiter. Geschätzter Jahresprofit: 100 000 bis 150 000 DM.

Hieraus kann man sehen, daß der Großbauer in der Konkurrenz deutlich überlegen ist und ein objektives Interessse am Ruin der kleinen Bauern hat. Spielend, im Vergleich zu den Kleinbauern, wird er mit Preiserhöhungen für Industrieprodukte und den dahinter weit zurückbleibenden landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen fertig. Die gesteigerte Ausbeutung der Landarbeiter hilft ihm auch bei diesen Preisen zu einem ständig wachsenden Einkommen.

Während den kleinen Bauern durch die EG-Agrarpreispolitik systematisch die Luft abgedreht wird, können die Handelskapitalisten und die Kapitalisten der Nahrungsmittelindustrie ihre Profite erhöhen. Von 1968/69 stiegen die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise bis 1975/76 um 34 %. Im gleichen Zeitraum stiegen die Nahrungsmittelpreise aber um 43 %. (s. Tabelle). Es drückt sich darin der Zwang zur Steigerung der Produktivität wie der Zwang zum Wachstum der landwirtschaftlichen Betriebe aus, denn diese Schere klafft von Jahr zu Jahr weiter auf. Während beim Bauern mit der kleinlichsten Qualitätskontrolle nur die allerbeste Ware abgenommen wird – die minderwertigen Produkte müssen praktisch verschenkt oder vernichtet werden – verpanschen die Nahrungsmittelkonzerne diese Qualitätsprodukte höchst profitabel zu einem „billigen" Verschnitt, den sie immer teurer an die lohnabhängigen Massen verkaufen.

Nahrungsmittelpreise in DM/kg

	1965/66	1975/76
helles Mischbrot	1,14	2,10
Rindfleisch zum Braten oder Schmoren	9,86	14,59
1 l Vollmilch verpackt	0,68	0,09

Marktpreise für Agrarprodukte
(Erzeugerpreise in DM/100 kg)

	1966/67	1975/76
Weizen	46,95	47,98
Rinder	246,10	337,20
Milch, 3,7 % Fett (pro Liter)	0,40	0,53

In der Vergangenheit haben die Bauern in der BRD große Kämpfe gegen die Nahrungsmittelkonzerne und den bürgerlichen Staat geführt. So haben 1974 Bauern in Baden-Württemberg durch Ablieferungsboykott sich einen ausreichenden Braugerstenpreis erkämpft, und so sind durch große Demonstrationen der Bauern in den Jahren 1972 und 1973 die Bourgeoispolitiker unter starken Druck gesetzt worden.

Es ist völlig unvermeidlich, daß es zu Auseinandersetzungen zwischen Bauern und dem bürgerlichen Staat kommt. Diese Auseinandersetzungen müssen sich richten gegen die Ausplünderung durch Steuern und Gebühren, gegen die staatliche Agrarpolitik, die darauf angelegt ist, die kleinen Bauern zu legen und die Großen zu mästen.

In Bezug auf den bevorstehenden Übergang ins Proletariat und im Kampf gegen die wachsende Verelendung wie auch im Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt haben die Arbeiter und Bauern gleiche Interessen. Sie müssen sich zusammenschließen zum Sturz der Ausbeuterherrschaft und zur Errichtung des Sozialismus. Deshalb kann auch auf dem Bauerntag ein Kampf um die Forderungen der Arbeiterklasse geführt werden. (Zelle Uelzen/N-Red.)

Maßnahmen zum Bauernlegen

Mit Beunruhigung beobachtet die Finanzbourgeoisie, daß der „agrarstrukturelle Wandel", wie sie das Bauernlegen nennt, in den letzten Jahren nicht recht vorangeht: Nur 1,7 % weniger Betriebe im letzten Jahr gegenüber einer jährlichen Abnehmerrate von 3,2 % in den Jahren zuvor. Mit einem Bündel von Maßnahmen will die Bundesregierung das zielstrebig ändern. Um 6 % sollen die landwirtschaftlichen Einkünfte fallen, kündigt sie an.

So wird den milcherzeugenden Bauern vom 16. September an eine sogenannte Erzeugerabgabe von 1,5 % vom Preis abgezogen, was für die Klein- und Mittelbauern zusammen mit Verlusten aus der DM-Aufwertung dazu führt, daß sie den gleichen Milchpreis wie ein Jahr zuvor gezahlt bekommen. Während die Preise für Futtermittel, Maschinen usw. für die Bauern gestiegen sind. Für zehntausende von Kleinbauern ist die Milchproduktion eine entscheidende Stütze ihrer Existenz, die ihnen auch bei geringem Umfang der Produktion und Einsatz von Maschinerie ein relativ höheres Einkommen verschafft als z.B. Mast oder Ackerbau. 1975 wurden nur 7,6 % aller Milchkühe in Betrieben über 50 ha gehalten, 44 % dagegen in Betrieben mit 20 ha bis 50 ha Fläche und 48,4 ha in Kleinbetrieben unter 20 ha.

Mit staatlichen Prämien für die Einstellung der Futtermittelproduktion sollen die Klein- und Mittelbauern gelockt werden, die Produktion umzustellen und z.B. mit den Prämien einen Teil ihrer Kredite ans Finanzkapital abzutragen. Etliche werden im Würgegriff der Handels- und Nahrungsmittelkonzerne und Banken gar nicht anders können. Damit wird ihr Ruin beschleunigt: die regelmäßigen Einnahmen durch die Milchproduktion fehlen, die Umstellung auf Mast z.B. erfordert wesentlich größere Kapazitäten für ein gleiches Einkommen, und die Rindfleischpreise z.B. schwanken erheblich.

Bauern gegen Landwirtschaftskammern

Emlichheim. Gegen die Zwangseintreibung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer Weser-Ems durch Zwangsversteigerung ihres Viehs haben am Freitag vor Pfingsten einige Bauern mit Traktoren und Transparenten in Emlichheim demonstriert. Die Bauern weigern sich, die Beiträge zu zahlen, weil sie mit einem von der Landwirtschaftskammer durchgeführten Flurbereinigungsverfahren nicht einverstanden sind. Die Landwirtschaftskammern sind Zwangskörperschaften für alle Bauern, in denen die großen Bauern das Regiment führen und die der Kontrolle des Staates unterliegen.

Die Landwirtschaftskammer fand bei der Zwangsversteigerung keine Bieter, weil die demonstrierenden Bauern die Solidarität der anderen Bauern hatten. (nach: Land und Garten Nr.22/77)

Bremen. An der Universität Bremen streiken die Soziologie- und Lehrerstudenten gegen die geplante Verschärfung der Lehrerprüfungsordnung. Am Montag letzter Woche hatte Hochschulsenator Franke gegenüber den Studenten dreist erklärt, er gäbe keinerlei Spielraum und die Prüfungsordnung werde in den Ferien Anfang Juli verabschiedet. Dafür bekam er einige Eierwürfe ab. Am nächsten Tag wurde von den Soziologie- und Lehrerstudenten mit Unterstützung anderer Fachbereiche dann das Gebäude Geisteswissenschaften II besetzt und bis Freitag gehalten.

Die Sozialdemokraten und Revisionisten traten von Anfang an gegen die Besetzung auf und setzten ihre Fraktionen unter den Beschäftigten der Universität und im Lehrkörper in Bewegung, um die Beschäftigten von den Studenten abzuspalten. Am Freitag gelang es ihnen dann, unter den von der Besetzung betroffenen Beschäftigten einen Beschluß dagegen zu erwirken. Sie drohten damit, daß die liegengebliebene Arbeit in Zwangsüberstunden abgearbeitet werden müsse. Auch die Opportunisten unterstützten die Spaltung, indem sie erklärten, daß unter dem „durch die Besetzung verschärften" politischen Druck diese nicht länger durchzuhalten sei. Zwar wurde am Freitag die Besetzung gegen 317 Stimmen abgebrochen, aber gleichzeitig wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Streik fortzusetzen. Ebenso haben die Sozialpädagogikstudenten beschlossen, in der nächsten Woche in den Streik zu treten.

Flensburg. Am 9.6. beschloß die Vollversammlung der Pädagogischen Hochschule Flensburg, den seit 1.6. andauernden Streik gegen die Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung (GHPO) und Lehrerlaufbahnordnung (LLVO) abzubrechen. Gleichzeitig wurde beschlossen, am Mittwoch, den 15.6., um 13 Uhr eine erneute Vollversammlung, auf der über die Weiterführung des Streiks beraten werden soll, zu machen. Hintergrund hierfür ist, daß an der Kieler Pädagogischen Hochschule an diesem Tag eine Urabstimmung über einen Streik ausläuft und an der Universität Kiel zur gleichen Zeit eine Vollversammlung über sofortige Aufnahme eines Vorlesungsboykotts stattfindet.

Der landesweite Streik ist das richtige Mittel, um den Kultusminister zu zwingen. Den Flensburger Streikenden machte der Kultusminister schon zwei Angebote: Eine Übergangsregelung bei der Lehrerlaufbahnverordnung und keine zusätzlichen Klausuren bei der Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung.

Lüneburg. Das vom Chefarzt Dr. Fricke gegen neun von elf Göttinger Medizinstudenten, die am Lehrkrankenhaus Lüneburg das Praktische Jahr absolvieren, ausgesprochene Hausverbot (siehe KVZ Nr. 22, Ausgabe Nord) konnte nicht durchgesetzt werden. Die Studenten hatten noch am gleichen Tag das Personal auf ihren Stationen informiert. Eine Reihe von Beschäftigten war sehr empört über diese Maßnahme. Gleich am nächsten Tag erschienen die Studenten wie gewohnt an ihren Arbeitsplätzen. Der Chefarzt hat daraufhin keinen Versuch gemacht, das Hausverbot durchzusetzen. In Göttingen wurden in mehreren Kursen Resolutionen gegen das Hausverbot gefaßt.

Jetzt droht die Krankenhausleitung den Studenten weiter. Der Stadtdezernent Müller sagte: „... Sie müssen aber insgesamt ihre Gesamthaltung ändern und nicht überlaut hier im Krankenhaus ewig ihre Forderungen vertreten ..."

Köln (letzte Meldung). Am Samstag, dem 11.6., fand die Fachtagung Medizin der VDS in Köln statt. Auf dieser Konferenz wurde der Antrag des Sekretariats der Fachtagung zur Vorbereitung und Festlegung der Urabstimmung für erneuten Eintritt in den Streik im Wintersemester mit 16 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Urabstimmung für erneuten Streik wurde auf der letzten Fachtagung beschlossen, falls bis zum Wintersemester die Forderungen gegen das Praktische Jahr nicht erfüllt sind. Gegenüber den vorgeschlagenen Maßnahmen gegen das PJ und zur Vorbereitung des erneuten Eintritts in den Streik erklärten die Opportunisten, gegenwärtig sei sowieso nichts drin, und ob es im Winter ginge, müsse sich erst noch herausstellen. Schließlich waren sie gezwungen, den dann mit 19:16 beschlossenen Antrag zu stellen, der die Fachschaften auffordert, „die Notwendigkeit eines erneuten Streiks im WS ... zu verankern und Beschlüsse auf VVs dazu herbeizuführen, die über Inhalt, Form und Dauer des PJ-Streiks Festlegungen treffen. Die Forderungen zum PJ müssen unverändert bestehen bleiben".

Die Opportunisten unter Führung der Kölner und Frankfurter Fachschaftsvertreter haben die Hoffnung, damit das Hintertürchen gefunden zu haben, um von dem Beschluß zur Urabstimmung für erneuten Streik im Wintersemester herunterzukommen und die Medizinstudenten dafür auch noch verantwortlich machen zu können. Mit diesem Interesse wurde auch der Vertreter der Kölner Fachschaft gegen den bisherigen Sekretär und Vertreter der Kieler Fachschaft, C. Carstens, zum „Kommissarischen Sekretär" der Fachtagung gewählt. In den Ausschuß der Fachtagung wurden die Fachschaften Aachen, Frankfurt, Heidelberg, Kiel und Köln gewählt. Für das Wochenende 25./26. Juni hat die Fachtagung die Mitglieder der Streikkomitees, der PJ-Arbeitsgruppen usw. zu einem Kongreß zur Auswertung des Streiks eingeladen.

Die Bourgeoisie rüstet auf die Auseinandersetzungen – Die krampfhaften Ausweichbewegungen der Opportunisten reißen Flanken auf

„Im Fall neuerlicher, längerer Vorlesungsboykotte an niedersächsischen Hochschulen soll den Studenten, ob sie in den betreffenden Universitäten daran teilnehmen oder nicht, die Anerkennung des ganzen Semesters versagt werden, womit auch die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz entfiele."

Diese Ankündigung des Ministerpräsidenten Albrecht von Niedersachsen (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni) ist die bisher weitestgehende Drohung seitens der Bourgeoispolitiker gegenüber den um ihre Rechte kämpfenden Studenten an den Hochschulen. Gegenwärtig geht es den Bourgeois darum, mit diesen Drohungen die notwendigen Beschlüsse der Studenten zur Durchsetzung ihrer Interessen zu verhindern. Gleichzeitig entfalten die Bourgeoispolitiker gegenwärtig eine fieberhafte Konferenz- und Planungstätigkeit, um an den entscheidenden Punkten den Druck auf die Studentenmassen zu verschärfen:

Schärferen Konkurrenzdruck bei der Zulassung zum Studium hat die Kultusministerkonferenz beschlossen durch Einsatz von

„Tests für die ‚harten' Numerus-Clausus-Fächer Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin, Pharmazie und Psychologie". (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Juni)

Gleichzeitig erpreßt die Bourgeoisie mit Hilfe der Überführung des „Arbeitsmarktes für Akademiker". Stingl

„betonte, daß künftig für Hochschulabsolventen der Konkurrenzkampf im Arbeitsleben härter werde. Leider habe man seinerzeit versäumt, darauf hinzuweisen, daß mit der akademischen Ausbildung nicht automatisch ein Arbeitsplatz mitgeliefert werde." (Handelsblatt vom 8. Juni)

Die Träume von Bourgeoispolitikern über die richtige Förderung der Studenten aus besitzendem und vermögendem Elternhaus und das notwendige Maß der Unterdrückung und Schröpfung der Studentenmassen aus den besitzlosen Klassen wird von der rheinland-pfälzischen Kultusministerin H. Laurien erörtert. Nach dem von Professoren wie von Weizsäcker und W. Engels und von der hessischen CDU unterstützten

„Modell sollen die Kosten der Hochschulfinanzierung durch studienfachspezifische Gebühren gedeckt werden, die von den Studenten zu zahlen sind und eine Marktorientierung der Hochschulgestaltung bewirken sollen. Die Gebühren liegen etwa zwischen 30 000 und 250 000 Mark ... Der Student nimmt ein entsprechendes Darlehen auf und zahlt es von einem bestimmten Einkommen an in Raten zurück." (Die Welt, 8. Juni)

Die Kultusministerin von Rheinland-Pfalz stellt folgendes Programm auf:

„Ich glaube ... Gebühren, nicht kostendeckend, ... können erhoben werden, um das Kostenbewußtsein der Studenten wieder zu wecken (200 bis 300 Mark je Semester) und den Nulltarif abzulösen. Der individuelle Bedarf des Studenten sollte – im Unterschied zum heutigen BAFöG-System – ganz auf Darlehensbasis und Begabungsstipendien umgestellt werden. Sparsame Lebensführung, zukunftsorientierte Planung, bewußtere Studienentscheidung ließen sich daraus gewinnen. Studienergebnisse und Studiendauer könnten die Rückzahlung mindern und so die Studienmotivation verstärken." (Die Welt vom 8. Juni)

Diese Stellungnahmen der Bourgeoispolitiker bereiten direkt die für Herbst unter den Stichworten

„Verringerung des staatlichen Finanzaufwandes", „Umstellung auf Darlehen" und „mehr Leistungsorientierung"

angekündigte Novellierung des Ausbildungsförderungsgesetzes vor. Sicher ist bei dem, was jetzt über die Absichten unter der Schlagzeile

„170 Mark für jeden"

bekannt wurde, daß noch weniger zu noch unerträglicheren Bedingungen gezahlt werden soll, als sie das BAFöG schon diktiert:

„Wenn Vorschläge einer Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung politisch realisierbar sein sollten, dann könnte künftig jeder Student unabhängig vom Einkommen der Eltern 170 Mark monatlich erhalten, sofern sein Studium eine bestimmte Höchstdauer (Regelstudienzeit) nicht überschreitet. Zur Finanzierung dieses Sockelbetrages fielen das bisher unabhängig von Studiendauer und Leistung gewährte Kindergeld und der Steuerfreibetrag für Eltern von Studierenden weg ... Strittig ist in der Arbeitsgruppe geblieben, was über die 170 Mark hinaus zur individuellen finanziellen Förderung der Studierenden getan werden soll ... Ein Kompromiß läge darin, auf die Einführung von Gebühren zu verzichten und den Zuschußsockel von 170 Mark mit einer Förderung zu ergänzen, die teils als Zuschuß, teils als Darlehen gewährt werden könnte." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juni)

Unterdrückung der Studentenvertretungen und der Vertretungsrechte

„Ein Gespenst geht um in der Bundesrepublik: die Angst vor einer neuen Studentenbewegung. (...) Die Unionsparteien haben immer wieder gesagt, das Schicksal der Freiheit entscheide sich nicht zuletzt auf den Universitäten. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich auch für die Parteien eine vordringliche staatspolitische Aufgabe." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Juni)

„Die Studentenschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Beitragszwang für die Studierenden möchte die hessische CDU durch eine vorgezogene Novelle abschaffen. Aus den sich häufenden gesetzeswidrigen Handlungen ... müßten unverzüglich gesetzliche Konsequenzen gezogen werden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juni)

„Dem AStA der Universität Göttingen drohen jetzt die Suspendierung und die Wahrnehmung seiner Geschäfte durch einen Staatskommissar. Vorbereitungen für derartige rechtsaufsichtliche Maßnahmen, die Rektor Beug im Benehmen mit dem niedersächsischen Wissenschaftsministerium zu veranlassen hätte, sind von den Beteiligten nunmehr getroffen worden ..." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juni)

„Der Göttinger AStA praktiziert auch nichts anderes als die Mehrheit der Studentenausschüsse an den anderen Hochschulen: er nimmt widerrechtlich ein allgemeinpolitisches Mandat wahr." (Kommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 10. Juni)

Die Ausweichbewegungen der Opportunisten reißen Flanken auf

In der Zeitschrift des Sozialistischen Büro „links" nimmt die SB-Hochschulgruppe Göttingen Stellung:

„In Göttingen stellt sich die Frage, ob man aus taktischen Gründen eine Selbstzensur vornimmt und sich von dem Artikel distanziert ... Hier gilt es, eine breite Gegenöffentlichkeit herzustellen. Eine Möglichkeit könnte dazu die ‚Initiativgruppe Göttingen für das Russel-Tribunal' bieten ... Die ersten Ansätze zu einer Antirepressionsarbeit sind schon in einigen Veranstaltungen gemacht worden." (links, Juni 77)

Der KB Nord hält an der heißen Liebe zu dieser Perspektive linker Sozialdemokraten fest. Der von ihm geführte Göttinger AStA ruft auf:

„Aktuell heißt dies, Solidarität mit allen von der Hetz- und Kriminalisierungskampagne Betroffenen zu üben. Solidarität mit dem Göttinger AStA! Für die gesetzliche Verankerung der VS! Wir schlagen vor, am 15.6. eine landesweite Demonstration mit anschließenden Teach-in-Veranstaltungen etc. (kurz: einen Aktions- und Diskussionstag) in Göttingen durchzuführen."

Die Interessen der Studentenmassen, um deren Unterdrückung durch die Reaktion oder Durchsetzung gegen die Reaktion die Auseinandersetzung geführt wird, werden von diesen Leuten unter den Tisch gekehrt, die „Repression" für allmächtig erklärt:

„Was das Koalitionsrecht – also das Recht z.B. auf Bildung gewerkschaftlicher Vereinigungen – angeht, so haben es die Studenten bereits, brauchen es also nicht erst zu erkämpfen. Das Streik*recht* andererseits gibt es in diesem Land auch für die Werktätigen nicht, außer sie *nehmen* es sich ... Das ‚Streikrecht', so wie es der KBW für die Studenten proklamiert, wäre ein Sonderrecht gegenüber den Werktätigen, die auch kein solches ‚Streikrecht' haben ..." (Arbeiterkampf vom 31. Mai)

Damit sagen sich die Opportunisten offen und unumwunden los von dem Kampf um die elementaren Rechte der Studenten gegen die Reaktion und zur Durchsetzung ihrer Interessen. In ihrer Furcht, für die Bourgeoisie

„unannehmbare"

Forderungen zu unterstützen, werden sie morgen sicher bald mit der Losung antreten:

„Rettet das BAFöG!",

so wie sie heute in Göttingen über den Aufbau eines

„USTA e.V." „diskutieren wollen"

– einem Gebilde in Richtung der

„freiwilligen studentischen Vereinigung",

die die Bourgeoisie anstelle der gegenwärtigen Allgemeinen Studentenvertretungen setzen will.

Leute, die gegenüber dem notwendigen Zusammenschluß zur Erzwingung eines hinreichenden Ausbildungsentgelts, der vertraglichen Vereinbarung darüber und über die Ausbildungsbedingungen und für die Anerkennung des Streikrechts auftreten:

„es ist bereits erreicht oder unerreichbar",

öffnen der Bourgeoisie die Flanken der Studentenbewegung. Solche Leute pflegen sich auch gern über

„Streik"

reden hören, während sie sich gleichzeitig weigern, die a.o. VDS-Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung darüber durchzuführen bzw. ihre erneute Einberufung zu unterstützen. – (Z-Red.)

Unterdrückungsmaßnahmen der Medizinprofessoren – Festhalten der Studenten an ihren Forderungen

Westberlin. Nach dem Streikabbruch soll die Einheit der Medizinstudenten mit allen Mitteln zerschlagen werden. Diese Leitlinie, beschlossen auf einer Sondersitzung der Medizinprofessoren im Schöneberger Rathaus, versuchen diese gegenwärtig durchzusetzen mit Einführung von Klausuren, Heraufsetzung der zu erreichenden Prozentzahlen entsprechend den Streiktagen, Heraussiebung von Studenten, die sich am Streik beteiligt haben, Verweigerung von Scheinen. Nach der Vollversammlung, bei der nur 70 Studenten anwesend waren, wurde erstmals ein Professor, der Klausuren schreiben lassen will, gestellt und ihm ein Ultimatum gesetzt. Aus dem geschlossenen Kreis der Studenten haben ihn dann die Opportunisten entweichen lassen.

Köln. Der Dekan an der medizinischen Fakultät versucht zu erpressen: Er hat das „Angebot" unterbreitet, wenn die Forderungen nach Ausbildungs- und Tarifvertrag fallengelassen würden, dann ließe sich auch über die bisher noch offene Frage der Sicherstellung der notwendigen Plätze im PJ reden. Die Vollversammlung der PJ-Studenten hat Aktionen gegen die Nichtauszahlung des Geldes für die Essensmarken beschlossen. In der Inneren ist beschlossen worden, die Testatbücher, die sich als Schikane- und Kontrollbücher herausgestellt haben, einzusammeln und zurückzugeben. In der Biochemie hat der Professor Stoffel, der im Streik vergeblich versucht hatte, Wandzeitungen zu unterdrücken, in einer Klausur nach dem Streik 72,5 % der Studenten durchfallen lassen. Unter anderem für die Heraufsetzung der Gesamtpunktzahl für den Schein wird eine Unterschriftensammlung durchgeführt.

Aachen. Die Vollversammlung mit 70 Teilnehmern am Mittwoch vergangener Woche hat der Fachtagung empfohlen, sofort erneute Vorbereitungen für bundesweiten Streik zu treffen. 26 der 28 PJ-Studenten und 16 Assistenzärzte am Lehrkrankenhaus Würselen haben mit ihrer Unterschrift gegen die Entlassung eines Assistenzarztes protestiert, der die Forderungen der VDS-Fachtagung Medizin unterstützt.

Marburg. Auf der Vollversammlung am Montag vergangener Woche mit 150 – 180 Studenten haben die DKP-Studenten erklärt, wie sie sich vom Kampf gegen das PJ abzusetzen gedenken: Die Aktionen im Wintersemester müßten dem „Streik gegen das HRG", über den es bisher nichts außer Absichtserklärungen der Sozialdemokraten und Revisionisten gibt, untergeordnet werden, verlangten sie. Das Festhalten an den Forderungen und am Beschluß der letzten Fachtagung, bei ihrer Nichterfüllung den erneuten Streik im Wintersemester vorzubereiten, bezeichneten sie als „ständisch". In der Abstimmung konnten sich die DKP-Studenten mit diesem spalterischen Vorgehen durchsetzen, nachdem sie behaupteten, beide Auffassungen seien nicht alternativ, sondern ihre „weitergehend".

Frankfurt. Im 2. klinischen Semester, in dem die Professoren die Scheinverweigerung angedroht hatten, wurde durchgesetzt, daß alle den Schein erhalten. Die PJ-Studenten haben verhindert, daß die Streikzeit als „Fehlzeit" gerechnet wird. Den Studenten des 2. vorklinischen Semesters wird gedroht, die Streikzeit als Fehlzeit zu rechnen. Unterdessen haben die Opportunisten in der Fachschaft ohne Absprache mit der VDS-Fachtagung eine Sonderaktion gegenüber dem Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit unternommen. Der vierseitige Brief, den sie an diesen Ausschuß verfaßt haben, ist ein widerliches Dokument des Anschmierens und der Buckelei. Vor lauter „Entschuldigungen" für den Streik, Befürchtungen von „Mißverständnissen" usw. stellen sie schließlich wie der Marburger Bund die Verhältnisse auf den Kopf und erklären, die „Misere" im PJ käme daher, „daß 6 Jahre lang ... nichts unternommen wurde, die Intentionen der Ausbildungsordnung politisch in die Tat umzusetzen", verlangen – wie es der Marburger Bund mit dem Praktikantenstatus tut – „eine einjährige praktische Ausbildung in einer Krankenanstalt unter Aufsicht einer Hochschule" und reden davon, daß dem PJ seine „Bewährungsprobe" noch bevorstünde.



Am 10.6. kamen Delegationen der Medizinstudenten nach Bonn anläßlich des Westdeutschen Medizinischen Fakultätentages (WMFT). In diesem Gremium hatten sich die Dekane und führende Professorenversammelt, um zu beraten, wie sie die starke Bewegung der Medizinstudenten für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr unterdrücken könnenDie Medizinstudenten führten kurze Kundgebungen in der Stadt durch, verteilten Flugblätter und demonstrierten zum Hotel Königshof (Bild), um die Forderung nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag und ihren Willen, den Streik im Wintersemester wieder aufzunehmen, zu bekräftigen.

Heidelberg. Am Dienstag vergangener Woche wurde der Professor Bachmann in seiner Vorlesung gestellt. Dabei stellte sich heraus, daß unter seiner Mitwirkung bereits zwei Ordnungsverfahren aufgrund des Streiks eingeleitet sind und drei weitere Verfahren mindestens in Vorbereitung sind. Bachmann versuchte sich herauszuwinden und rannte schließlich aus seiner Vorlesung.

Mannheim. Unter den Studenten am Klinikum ist auf mehreren Versammlungen über die Notwendigkeit des erneuten Streiks im Wintersemester beraten worden. Um die Auseinandersetzungen mit den Fehlern des Streiks in diesem Semester voranzubringen, ist ein Info geplant. Die PJ-Studenten organisieren sich. Sie wählen Sprecher für die einzelnen Fächer und Krankenhäuser.

Erlangen. Maßregelungen oder Prüfungsverschärfungen nach dem Streik konnten verhindert werden. Eine angedrohte Verschärfung im Biologiepraktikum wurde stillschweigend zurückgenommen. Die Vollversammlung hat den Streik am 24. Mai mit dem Beschluß beendet, daß, „wenn nötig, der Streik wieder aufgenommen" wird.

Freiburg. Die reaktionären Professoren am Medizinischen Fachbereich und das Rektorat drohen weiter mit der Verweigerung der Scheine. Im 6. klinischen Semester wird diskutiert, ob man am nächsten Kurstag geschlossen zum Kursleiter des Ökologiekurses zieht, um die Forderungen durchzusetzen, daß jeder seinen Schein bekommt. Die Professoren sind gespalten, und ihre Front zeigt Zersetzung. So gibt es vom Kursleiter „Spezielle Pathologie" die Zusage, daß jeder seinen Schein bekommt. Das soll für alle Semester durchgesetzt werden. Der erneute Streik im Wintersemester wird vorbereitet.

„Ihre Pflichten als Unteroffizier“

Ihre Pflichten als Unteroffizier

Im Vertrauen auf Ihren Charakter, Ihr Wissen und Können
sind Sie
zum Unteroffizier ernannt worden

•

Das Unteroffizierskorps des deutschen Heeres hat eine
große Tradition
Diese Tradition verpflichtet

•

Das Ansehen des Unteroffiziers
hängt nicht vom Dienstgrad oder von Abzeichen ab
Das Maß seiner Autorität ergibt sich aus
Persönlichkeit
Vorbild
Können

•

Sie haben die Aufgabe, andere Soldaten zu führen,
auszubilden und zu erziehen

•

Wer führen und ausbilden will, muß
mehr können und wissen als seine Untergebenen
Bedenken Sie dabei
Persönliches Beispiel ist besser als wohlgesetzte Worte

•

Jeder Befehl
muß von Verantwortung getragen sein
Wer aber Gehorsam verlangt, muß selber gehorchen können

Das nebenstehende Faksimile stammt aus einer vierseitigen Ermahnung. In Urkundenform, mit Wappen der Division versehen, wird sie dem frisch gewordenen Unteroffizier ausgehändigt. Dem „Herrn Unteroffizier“ wird von Armeeführung und Offizieren mitgeteilt, was sie von ihm erwarten. Zunächst bekommt er erklärt, welche Ehre sie ihm angetan haben:

„Im Vertrauen auf Ihren Charakter, Ihr Wissen und Können sind Sie zum Unteroffizier ernannt worden.“

Offensichtlich ist der Drang nach dieser Ehre gering. 35 000 Zeitsoldaten fehlen der Bourgeoisie in ihrer Armee, vor allem unter den Unteroffizieren. Erst in der letzten Woche wurde deshalb im Bundestag beschlossen, das Arbeitsplatzschutzgesetz auf Z-2-Soldaten auszudehnen (siehe KVZ 23, Seite 11). Leber strebt an, auch wieder in den ersten sechs Monaten an die Zeitsoldaten Besoldung statt wie bisher Wehrsold zu zahlen. Die Bourgeoisie hat dies nötig. Denn wer ihr als Zeitsoldat dient, tut dies meist nur unter dem stummen Zwang der drohenden 15 Monate Wehrsold bei fälligen Ratenzahlungen, nicht versorgter Familie u.ä. Die Bourgeoisie hat ein *Unteroffiziersproblem*. Die verschiedenen Seiten dieses Problems spiegeln sich in der Ermahnung wieder.

„Das Unteroffizierskorps des deutschen Heeres hat eine große Tradition. Diese Tradition verpflichtet.“

Die Tradition, die die Offiziere meinen, pflegen sie zum Beispiel monatlich in der Zeitschrift „Wehrausbildung in Wort und Bild“, der „Zeitschrift für den Unteroffizier“. Liebevoll berichten dort Weltkrieg-II-Offiziere unter der Überschrift „Unterführer entscheiden ein Gefecht“ über Heldentaten von Unteroffizieren im 1. und 2. Weltkrieg. *Die* Tradition, heldenhaft für die imperialistischen Ziele der Finanzbourgeoisie ins Feld zu gehen, „verpflichtet“ den Unteroffizier nach Ansicht der Generale. Dazu hat er

„andere Soldaten zu führen, auszubilden und zu erziehen“.

Das aber geht nicht ohne Druck auf den Unteroffizier:

„Wer aber Gehorsam verlangt, muß selbst gehorchen können“,

wird ihm mitgeteilt. Schließlich können sich die Offiziere nicht darauf verlassen, daß der folgende Leitsatz begeistert in die Tat umgesetzt wird:

„Verantwortung ist Mitverantwortung für das Ganze. Warten Sie nicht nur auf Befehle und Aufträge. Mitarbeiten heißt, im Rahmen seiner Aufgabe handeln.“

Die Aufgabe lautet: Unterstützung der Offiziere bei der Unterdrückung und Knetung der Mannschaften, der „Formung“ zu Soldaten, wie der imperialistische Staatsapparat sie braucht. Gleich erkennt der Unteroffizier, worin seine „Mitarbeit“ bestehen soll. Er soll Druck machen, soll die Mannschaften schikanieren, soll terrorisieren.

„Immer und überall ist straffe Disziplin zu fordern. Weichheit ist falsch. Achten sie jedoch bei aller gebotenen Härte im Untergebenen stets den Menschen.“

Das Problem für die Offiziere besteht darin, daß die Unteroffiziere im „Untergebenen“ in der Regel nicht nur „den Menschen achten“, sondern sich mit den „Untergebenen“ in der einen oder anderen Form zusammenschließen. Das liegt an gemeinsamen Interessen. Auch sie stammen aus der Arbeiterklasse und den anderen besitzlosen Klassen. Dieser Zusammenschluß aber macht die Unteroffiziere stumpf als Werkzeug der Bourgeoisie bei der Soldatenunterdrükkung. Also:

„Halten Sie menschlichen Kontakt, aber biedern Sie sich nicht an. Schuldenmachen bei Untergebenen und Trinkgelage mit ihnen zerstören Ihre Autorität für immer.“

Gegenseitige Unterstützung (im Offiziershirn nur als „Schuldenmachen“ zu begreifen) und Sich-Besprechen von Mannschaften und Unteroffizieren (im selben Hirn „Trinkgelage“) sollen nicht stattfinden. Stattdessen:

„Halten Sie mit den Unteroffizieren Ihrer Einheit gute Kameradschaft.“

Wobei die Warnung vor dem Trinkgelage fehlt, was nicht daran liegt, daß sie hier nicht vorkommen. Sondern daran, daß die Autorität – sprich: die Brauchbarkeit als zähnefletschender Kettenhund der Offiziere – nicht leidet.

Nachdem der Unteroffizier belehrt wurde, „Ordnung“ in seinen „wirtschaftlichen Verhältnissen“ zu halten und sich die „rechte Frau“ zu suchen, „die zu Ihrem Stand und ihrer Aufgabe“ paßt, heißt es am Ende:

„Gehen Sie pflichttreu und bescheiden Ihren Weg. Charakter und Leistung allein bestimmen Ihren Werdegang.“

Recht haben die Offiziere hier. Wer den genügend gebrochenen Rücken hat, wer ausreichend „geleistet“ hat in der Schikane, wird befördert oder sogar Offiziersanwärter bzw. Reserveoffiziersanwärter, Das aber werden die wenigsten Unteroffiziere. – (Z-Red.)

Osnabrück. „Wir, die Mitglieder der Jugendgruppe der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen Osnabrück, fordern die sofortige Rücknahme des gegen den Gefreiten Storksberger verhängten Disziplinararrest von sieben Tagen. Wir unterstützen es, daß der Gefreite Stoksberger in der Öffentlichkeit gegen das Sold- und Schindersystem in der Bundeswehr und für Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten eingetreten ist.

Wir unterstützen die Forderungen der Soldaten, weil wir die elende und rechtlose Lage der Soldaten in der imperialistischen Armee kennen. Wir wissen um die Kasernenunterdrückung. Die Soldaten leben von einem Hungersold und sind der täglichen Schinderei durch die Offiziere unterworfen. Wir wissen, was die Kapitalistenklasse damit bezweckt. Sie braucht eine Söldnerarmee, um ihr Privateigentum an den Produktionsmitteln und ihre Ausbeuterherrschaft zu verteidigen. Dazu will sie Kadavergehorsam erzwingen in der Armee, im Bundesgrenzschutz und in der Polizei. Wir wissen um den Kampf der Soldaten gegen Kasernenunterdrückung, Hungersold und Schinderei mit Befehl und Gehorsam. Wir wissen, daß diese Kämpfe der Soldaten unsere Unterstützung verdienen. Deshalb sind wir am 1. Mai an der Seite von Soldaten für die Forderung nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht eingetreten; deshalb haben wir den Soldaten- und Reservistentag begrüßt und haben einige daran teilgenommen.“

Diese Erklärung wurde mit neun Unterschriften an den Kompaniechef der 5./PzGrenBtl 332 der Pommernkaserne in Fürstenau geschickt.

Lübeck. Am Freitag nahm ich eine Unterschriftenliste mit in die Kaserne, auf der aufgerufen wird, die auf dem Soldaten- und Reservistentag verabschiedete Resolution zu unterstützen. Obwohl am Freitag nur 18 bis 20 Soldaten in der Kompanie Dienst hatten, gelang es, neun Unterschriften zu sammeln. Zwei Soldaten ließen sich Unterschriftenlisten mitgeben, um diese in ihren Kompanien rumgehen zu lassen. Obwohl das Offizierspack in diesen Tagen immer wieder darauf hingewiesen hat, daß so etwas verboten unt strafbar ist, schließen sich immer mehr Soldaten unter den Forderungen nach Lohnfortzahlung, Befehlsverweigerung durch einfache Willensbekundung und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten zusammen.

Hamburg. In der 2./PzGrenBtl 72 hatten wir am 9.6. politischen Unterricht bei unserem Kompaniechef, Oberleutnant Wilckens, genannt „Honka“. Zwei Soldaten mußten ein Referat halten über die Commonwealth-Konferenz und Idi Amin. Das Referat bestand nur aus Zeitungsausschnitten aus der „Welt“, in denen Idi Amin als Massenmörder und Menschenfresser verleumdet wird. Oberleutnant Honka forderte uns nach dem Referat auf zu überlegen, wie man solch einen Tyrannen am besten umbringen könnte. Er begann dann selbst damit, Vorschläge dafür zu machen. Ihn zu erschießen, wäre schwierig, weil immer so viele Leute um ihn herum wären. Ein militärisches Eingreifen wäre auch nicht günstig, aber das, was die Israelis gemacht hätten, wäre schon sehr gut gewesen. Nach dem Unterricht ist vielen Soldaten klargeworden, daß sie auf den imperialistischen krieg ideologisch vorbereitet werden sollen und daß „Honka“ ein Kriegshetzer ist.

Braunschweig. Der „Tag der offenen Tür“ in der Husarenkaserne wurde zu einem Tag der geschlossenen Tür: Die Enthüllung der Zustände in der Armee mit Wandtafeln, das Eintreten für die Forderungen der Soldaten nach Lohnfortzahlung und die Enthüllung des Widerstandes der Soldaten war den Oberen zuviel. Mit einem brutalen Polizeieinsatz, bei dem ein Genosse eine schwere Augenverletzung erlitt, sollte die Agitation unterbunden werden, Verhaftungen wurden vorgenommen und für alle unter 30 Jahren der Besuch der Kaserne verboten. Trotzdem ging die Agitation weiter.

Auf dem Gelände der Husarenkaserne: „Ein Spieß wollte uns vom Platz schmeißen. Wir griffen ihn an als einen, der die Soldaten täglich schikaniert. Auf die Frage, was er dafür kriege, keine Antwort. Die Soldaten grinsten und freuten sich. Wie er zur Lohnfortzahlung stehe – keine Antwort. Gruppen von Soldaten standen herum, als Genossen festgenommen werden sollten. Einige nahmen die Militärzeitung der Soldaten- und Reservistenkomitees. Keiner der Soldaten beteiligte sich daran, uns festzunehmen.“ Später bei einer Kundgebung vor der Kaserne:

Diskussion durch den Zaun mit einem Soldaten: „Es ist gut, daß die Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten außerhalb der Kaserne für die Forderungen der Soldaten eintreten, allein die Soldaten können das nicht durchsetzen.“ Samstag auf einer Polizeiwache:

Mitglieder des Soldaten- und Reservistenkomitees und des KBW verteilten in den Polizeiwachen Flugblätter und die Militärzeitung. Fast alle nahmen. Ein Polizist ausdrücklich gegen die Anweisung: „Ich will das für mich persönlich haben und lesen.“

Bürgerliche Mobilisierung für Krieg und Reaktion durchkreuzt

Itzehoe. Am Sonntag, den 5. Juni, machten der bürgerliche Reservistenverband und die Bundeswehrführung mobil: 5 000 Gäste werden zum Reservistentag in Nordoe erwartet“, wurde in der „Norddeutschen Rundschau“ verbreitet. Die Bourgeoisie wollte ihre Kader innerhalb des Millionenheeres von Reservisten zusammenfassen und ausrichten. Gleichzeitig wurden die Angehörigen der zwangsweise in der Kaserne gehaltenen Soldaten in einem „persönlichen Brief“ eingeladen, um sich „ein Bild über die Unterbringung und die persönliche Ausstattung ihres Soldaten zu machen“.

Das Soldaten- und Reservistenkomitee Holstein hatte auf seiner Gründungsversammlung eine Woche zuvor dem bürgerlichen Reservistenverband den Kampf angesagt und mobilisierte zu diesem Reservistentag.

140 Menschen hatten sich vor dem Kaserneneingang der Freiherr-von-Fritsch-Kaserne eingefunden und bereiteten den anreisenden Reaktionären einen gebührlichen Empfang: Durch ein Spalier von Transparenten mit den Forderungen „Allgemeine Volksbewaffnung! Wahl der Offiziere!“ und Sprechchören wie: „Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Es lebe der Sozialismus!“ mußten sie sich, aus ganz Schleswig-Holstein und Hamburg kommend, in die Kaserne schleichen. Einem Oberstleutnant wurde kommandiert: „Links, links, links, zwo, drei, vier!“ Die Imperialistenseelen kochten. In der Kaserne bekamen sie gleich den nächsten Stich: Auf der Eröffnungskundgebung, zu der kein Geringerer als der Polizeiminister Titzck erschienen war, versammelte sich auf einer Ecke des Sportplatzes ein jämmerlicher Haufen von 500 Menschen. Die Soldaten der Kaserne hielten sich abseits.

Den ganzen Tag über sind 1 500 Menschen in die Kaserne gegangen. Und das, obwohl die Herren Offiziere den Reservistentag schnell noch um einen „Tag der offenen Tür“ erweitert hatten, weil ihnen schon schwante, daß ihre Übung den Bach runter geht.

Wut kam auf. Provokationen wurden angezettelt. Das Tranparent „Nieder mit dem Sold- und Schindersystem!“ brachte einen Oberleutnant zur Weißglut: „Nehmen Sie das Ding von meinem Zaun!“ – Gelächter – Polizeioffiziere mußten her – Polizeimannschaften raus aus den Bussen. Mit den Polizisten, etwa 80 an der Zahl, waren wir gerade in heftigen Debatten verwickelt: „Gegen Kernkraftweke bin ich auch.“ „Es gibt bei uns keinen, der für „Fahrpreiserhöhungen ist“. „Aber die Ordnung muß doch eingehalten werden“. „Auf Arbeiter schießen? Nein! Da ist für mich Feierabend!“ Und aus diesen Diskussionen heraus sollten sie gegen die Versammelten vorgehen. Es wurde nichts.

Bei einem weiteren Einsatz, auf dem ein anderer Oberleutnant bestand, weil er Leute Parolen sprühen gesehen haben will, gab es ein kurzes Handgemenge. Die Parolen: „Raus aus der NATO!“, „Lohnfortzahlung in der Armee!“ standen bei unserem Abzug dennoch an den Eingangsmauern.



Junge Kader der Volksarmee von Zimbabwe trainieren für den Befreiungskampf.

Soldaten sammeln für Gewehre für die Jugend Zimbabwes

Vor einer Woche haben wir in unserer Kaserne, der Röttiger-Kaserne in Hamburg-Fischbek, mit einer Sammlung für Gewehre für die Jugend Zimbabwes angefangen. In der „Frankfurter Rundschau“ hatte vorher ein Artikel über den CDU-Wehrexperten Wörner gestanden, in dem dieser die Absichten der westdeutschen Imperialisten offenlegte und einen militärischen Einsatz der NATO unter westdeutscher Beteiligung im südlichen Afrika forderte.

Mit einer Kopie dieses Artikels sind wir in die Kantine gegangen und haben mit den Soldaten darüber diskutiert. Die Empörung der Soldaten daß sie gegen die Völker der 3. Welt eingesetzt werden sollen, war sehr groß, und viele erklärten spontan, daß sie sich niemals dafür einsetzen lassen würden.

35 DM sind allein an diesem Abend für Gewehre für die Jugend Zimbabwes gesammelt worden, wobei ein Zeitsoldat (4 Jahre) allein 20 DM gespendet hat. Bei vielen war es so, daß sie nichts über die ZANU und ihre Ziele wußten und daher sagten, daß sie erst mehr Informationen darüber haben wollen, bevor sie spenden. Wir haben dann am nächsten Tag fünf Broschüren über Zimbabwe verkauft und über 40 Flugblätter verteilt. Wir werden die Sammlung fortsetzen. – (A., SRK Hamburg)

Zwei Welten in der Armee: Mannschaften – Offiziere

Munster. Vom 14.5. bis 27.5. war unser Bataillon, das Panzerartilleriebataillon 315, in Munster Lager, Biwakraum „M“. Die 4. Batterie fuhr schon eine Woche vorher, um ungestört (ohne Kommandeur) für ihre Besichtigung zu üben.

Die Mannschaften mußten zwei bzw. drei Wochen in „Hundehütten“ (kleinen aus zwei Zeltbahnen zusammengeknüpften Zelten) hausen, während die Offiziere in großen Gefechtszelten schliefen mit Bett, Holz- oder Teppichboden und elektrischem Licht. Das ist sowieso immer so eine Sache mit den Zelten der Offiziere: Der Kommandeur z.B. bekommt jedesmal ein nagelneues Zelt. Das muß immer an einer ganz besonderen Stelle aufgebaut werden. Man muß es dann beim Aufbauen immer über der Erde halten, damit die weiße Zeltinnenhaut auch ja nicht einen Flecken bekommt. Dann darf keine Falte im Zelt sein, es muß hundertprozentig aufgebaut sein, so daß es schon mal vorkommt, daß man mehrere Anläufe braucht. Sodann kommt ein roter Teppich ins Zelt, ein Bett und, wenn es kalt wird, ein Ofen. Daneben wird dann ein großes Waschzelt aufgebaut, was allein für 10 Soldaten zum Schlafen genügen würde. Dann wird neben das Ganze das Ordonnanzzelt und der Ordonnanzwagen aufgebaut, denn natürlich wird gutes Geschirr aus dem Offizierskasino mitgenommen. Wenn dann der Kommandeur ins fertige Nest kommt, wird er meistens mit einem gepflegtem Essen empfangen.

Während der drei Wochen durften die Soldaten der 4. Batterie sechs Mal duschen fahren, ansonsten konnten sie sich mit einer Schüssel voll Wasser begnügen. Duschen, das sah so aus, daß man in das völlig verschmutzte Lager Trauen fuhr, wo man fast dreckiger wieder raus kam, als man hinfuhr. Die Offiziere sind teilweise jeden Tag duschen gefahren, natürlich in exklusivere Gefilde. Vom Kommandeur sagt man, er sei in den San.-Bereich der Kaserne nach Munster gefahren, und die gesamte Dusche mußte vorher gereinigt werden.

Das Essen im Biwak war besonders in der ersten Woche ziemlich beschissen. Die Kaltverpflegung für den ganzen Tag bestand meist nur aus ein paar Scheiben Wurst und etwas Butter, einmal wurde auch verschimmelter Käse angeboten. Jeden Tag gab es Suppe, die teilweise ungenießbar war. Und wenn es einmal etwas besser schmeckte, bekamen die letzten oft schon nichts mehr. Die meisten Soldaten mußten täglich bis zu 5 DM für zusätzliches Essen ausgeben, um überhaupt satt zu werden.

Diese Zustände wurden dem Batteriechef vorgetragen, der daraufhin den Kommandeur auf die Verpflegung angesprochen hat. Ergebnis: Am nächsten Tag inspizierte der Kommandeur mit einem anderen Offizier die Mülltonnen der 4. Batterie und fand mehrere Scheiben Brot. Für den Kommandeur war das der Beweis, daß man nicht zu wenig, sondern zu viel zu essen hatte.

Die Offiziere hingegen aßen immer im eigens aufgebauten Kasinozelt am gedeckten Tisch mit Bedienung. Sonntags gab es eine große Torte, in der Mitte mit Sahne das Bataillonszeichen draufgemalt.

Und die besondere Attraktion, der langersehnte Wunsch des Kommandeurs, ging dieses Mal in Erfüllung: Morgens bei Sonnenaufgang an einem schönen Ort im Wald auf einer Lichtung einen Strammen Max zu essen. Man mußte extra das Wetteramt anrufen, um sich zu erkundigen, wann die Sonne aufging – und um Punkt 4.37 Uhr wurde dem Kommandeur und seinen Offizieren der Stramme Max serviert.

Diese paar Geschichten sind nur wenige, es ließe sich noch viel berichten über die zwei Welten in der Armee. Eines ist aber sicher: Lange werden das die Soldaten und die Volksmassen nicht mehr dulden, diese Zeiten werden schneller vorbei sein, als so mancher Offizier es sich wünschen mag. – (Gefr. xy, Wildeshausen)

Jubel der BRD-Imperialisten über den Wahlsieg Ecevits in der Türkei

Der Wahlsieg der Republikanischen Volkspartei unter Bülent Ecevit drückt in erster Linie den Wunsch breiter Massen des Volkes aus, ein Ende der faschistischen Unterdrückung und der immer weitergehenden Abhängigkeit des Landes vom Imperialismus zu erreichen. Ecevit hat dies demagogisch versprochen. Es ist ihm gelungen, den dringenden Wunsch nach einer tiefgreifenden Änderung der Lage, der sich in den letzten beiden Jahren vor allem in zahllosen selbständigen Streiks der Arbeiter und großen Demonstrationen der Jugend und der Studenten gegen die politische Reaktion Ausdruck verschafft hat, noch einmal auf die Mühlen des parlamentarischen Schwindels zu lenken und die große Massenbewegung auf dem Land und in den Städten der Türkei ideologisch zu fesseln. Daher auch die überschwngliche Freude der Imperialisten (man sehe sich die bürgerliche Presse bei uns an) über seinen Sieg.

Nichts von seinen Versprechen wird Ecevit einlösen. Demokratie und Unabhängigkeit in einem vom Imperialismus vollständig in Abhängigkeit und Rückständigkeit gehaltenen Land wie der Türkei setzt vor allem die Durchführung einer umfassenden Agrarreform voraus, die den halbfeudalen Großgrundbesitz entschädigungslos enteignet und das Land denen gibt, die es bearbeiten, den Bauern und Landarbeitern. 60 % der Bewohner der Türkei leben noch in Dörfern. Ein Drittel der Bauern besitzt kein Land, sondern befindet sich als Pächter oder Landarbeiter in vollständiger Abhängigkeit von den Grundherren. Den Großteil des fruchtbaren Bodens besitzt eine Minderheit von 5 % Grundbesitzern und Großbauern. Die Produktivkräfte werden durch dieses halbfeudale System gefesselt. Die Türkei als Agrarland muß Lebensmittel importieren. Die Kinder der armen und landlosen Bauern sind gezwungen, ins Ausland zu gehen und ihre Arbeitskraft an die imperialistischen Monopole zu verkaufen. Nur über die Deviseneinnahmen aus diesem neuen Sklavenhandel kann die



Landbesetzung türkischer Bauern und Landarbeiter in der Osttürkei.

Kompradorenbourgeoisie der Türkei den völligen Zusammenbruch ihrer Zahlungsbilanz verhindern.

An der Frage der Landreform kann man Fortschritt und Reaktion zuverlässig messen. Ecevit hat zwar öfters demagogisch von „Landreform" gesprochen, aber das tat auch Demirel, der direkt die Großgrundbesitzer und Kompradoren politisch vertritt. Diese Sorte „Landreform" besteht im Ankauf schlechten Bodens durch den Staat und seinem Weiterverkauf an die Bauern, die aber das Geld nicht haben, um ihn zu kaufen, oder sich dafür hoch verschulden müssen und in Zinsknechtschaft geraten, die nur eine neue Leibeigenschaft bedeutet.

Brandt-Freund Ecevit vertritt die Teile der Bourgeoisie, die besonders eng mit dem westeuropäischen, an erster Stelle dem westdeutschen Kapital verbunden sind. Die Türkei bildet in den Expansionsplänen des BRD-Imperialismus ein Schlüsselglied. Die BRD-Imperialisten ringen mit dem US-Imperialismus und dem Sozialimperialismus um die Vorherrschaft über die Türkei und haben dabei (auch das zeigt die Wahl Ecevits) unter den türkischen Bourgeois starke Verbündete. Bei den Auslandsinvestitionen in der Türkei steht die BRD an erster Stelle und versucht jetzt, aus den in die Heimat zurückgekehrten oder aus der BRD abgeschobenen türkischen Arbeitern sich eine eigene, in ihren Fabriken herangezogene Arbeiterarmee zu schaffen. Aber in der Türkei hält der BRD-Imperialismus durch regelmäßige Militärlieferungen im Rahmen der NATO auch eine militärische Position, die nicht zu unterschätzen ist. Als die türkische Regierung wegen der Einmischung der US-Regierung bezüglich Zyperns und des vom US-Kongreß ausgesprochenen Waffenlieferungsstopps einen Teil der US- und NATO-Stützpunkte in der Türkei schloß, reiste der westdeutsche Verteidigungsminister Leber mit halboffiziellem Auftrag der NATO hin und sagte verstärkt westdeutsche Militärlieferungen zu, insbesondere die Ausrüstung der türkischen Armee mit dem Leopard.

Der Jubel der westdeutschen Bourgeois über den Wahlsieg Ecevits drückt die Hoffnung auf *erweiterte* Möglichkeiten der Ausbeutung und Unterdrückung der türkischen Arbeiter und Bauern aus. Für die Arbeiter und Bauern der Türkei selbst wird die Enttäuschung ihrer Erwartungen, die sie auf den „linken" Ecevit und seine Partei gesetzt haben, eine bittere Lehre bedeuten, die sie rascher auf den Weg der demokratischen Revolution und Agrarrevolution führen wird. – (Z-Red.)

Unterwerfungsverhandlungen mit Griechenland, Portugal, Spanien über Beitritt zur EG

„Die Europäische Gemeinschaft muß jetzt Flagge zeigen – drei Bewerber aus dem Süden erwarten von Brüssels Ministern eine klare Antwort." Das waren die aufmunternden Worte des „Handelsblatts" an die Konferenz der EG-Außenminister Ende Mai über die Beitrittsverhandlungen mit Griechenland, Portugal und Spanien. Als sei es der sehnlichste Wunsch der Arbeiterklasse und der Völker dieser Länder, sich den Imperialisten und ihrem Imperialistenbündnis an die Brust zu werfen und sich den Zugriff des Imperialismus über die Arbeiter, Bauern und Volksmassen noch fester sichern zu lassen; so als hätten die EG-Imperialisten ihre liebe Not und Last in der Fürsorge für die jungen Demokratien Griechenlands, Spaniens und Portugals und müßten nun aber spätestens jetzt auch mal an die Sicherung ihrer eigenen Interessen gehen und deshalb Flagge zeigen, wo Neuaufnahmen in die EG bevorstehen. So stellt die Bourgeoispresse die Sache dar.

Tatsache ist: Vor etwa eineinhalb Jahren hat Griechenland die Aufnahme in die EG beantragt, und die Verhandlungen laufen seit über einem Jahr. Mit Portugal ist jetzt das Beitrittsverfahren durch Beschluß des EG-Ministerrats vom 5. April eingeleitet worden. Mit dem offiziellen spanischen Beitrittsantrag wird für den Herbst dieses Jahres gerechnet. X. Lolotas, Direktor der griechischen Nationalbank: „Griechenland soll als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen werden. Die Anwesenheit Griechenlands in der Gemeinschaft ist unerläßlich sowohl für unser Land als auch für Europa, das auf diese Weise ein Bollwerk der europäischen Ideale im östlichen Mittelmeer werden könnte." (Handelsblatt vom 25.5.76) Gegen die europäischen Ideale der imperialistischen Expansion, Ausbeutung und Unterdrückung am östlichen, westlichen Mittelmeer und am Atlantik, in Griechenland, Spanien, Portugal richtet sich der Kampf der Arbeiter, Bauern und unterdrückten Volksmassen.

Der Kampf der Volksmassen gegen den Imperialismus und die faschistische Diktatur hat große Fortschritte gemacht und große Massen in den Kampf einbezogen. In Portugal hat die revolutionäre Volksbewegung das Caetano-Regime gestürzt und den Kampf um die Befreiung vom Imperialismus geführt, bis es der Konterrevolution gelang, die Herrschaft der Bourgeoisie vorübergehend zu festigen.

Das ist gut verständlich, daß der Präsident der griechischen Nationalbank wie sicherlich auch sein spanischer und portugiesischer Kumpan die Ideale des imperialistischen Abendlandes beschwören.

Konkurrenz der EG-Imperialisten in der Beitrittsfrage

Tatsache ist vor allem, daß der EG-Beitritt dieser Länder von den Imperialisten, allen voran den westdeutschen Imperialisten, betrieben wird. Deshalb ruft das „Handelsblatt" zur Fahne und deshalb haben die EG-Außenminister – auf jeden Fall die der BRD und Großbritanniens – die Fahne auch nach ihrer Konferenz Ende Mai hochgehalten und sind für die Fortführung und weitere Aufnahme der Beitrittsverhandlungen eingetreten. Die französischen und italienischen Imperialisten leisten hinhaltenden Widerstand. Sie fürchten eine weitere Stärkung des BRD-Imperialismus innerhalb der EG aufgrund seiner führenden Rolle in der Ausbeutung Griechenlands, Portugals und Spaniens.

Sie befürchten eine Schwächung ihrer Exporte von Wein, Zitrusfrüchten, Pflanzenölen durch Griechenland und später Portugal und Spanien, weil diese Länder aufgrund der noch niedrigeren Löhne und verschärften Ausbeutung in der Landwirtschaft zu billigeren Preisen liefern werden. Deshalb fordern Frankreich und Italien für sich Sondervereinbarungen vor der Aufnahme Griechenlands und Spaniens. Sie wollen garantierte Erzeugerpreise entsprechend der Agrarmarktordnung für Milch und Getreide. Die BRD-Imperialisten und Großbritannien sind dagegen und für rasche Aufnahme der südeuropäischen Länder. Gegenüber den italienischen und französischen Imperialisten halten es die westdeutschen und britischen Imperialisten wie Carter mit den Menschenrechten gegenüber der Sowjetunion: „Bonn und London ... zeigen sich aber gegenüber den französisch-italienischen Forderungen gelassen. Notfalls müßten die Regierungen Frankreichs und Italiens vor der Öffentlichkeit begründen, warum sie den Beitritt demokratischer südeuropäischer Länder zur Gemeinschaft ablehnen." (Frankfurter Rundschau vom 6.5.77) Und das wird ihnen schwerfallen, meinen die BRD-Imperialisten und die britischen Imperialisten, wo doch das ganze Projekt der weiteren Ausbeutung und Unterdrükkung der Völker im südlichen Europa durch den Imperialismus unter der Flagge der demokratisch-abendländischen Ideale des imperialistischen Bollwerks zwecks Hege junger Demokratien läuft.



Frankreich. Die Arbeiter von Roth in Straßburg schlagen den Angriff der CRS, der „Republikanischen Schutztruppe", einer Bürgerkriegspolizei der französischen Bourgeoisie, zurück. Am folgenden Tag haben die Arbeiter auf einer Demonstration ihre Forderungen bekräftigt, die u.a. die Anerkennung ihrer Gewerkschaft CFDT durch die Kapitalisten umfaßt (vgl. auch die Meldung über die Kampfaktionen der französischen Arbeiterklasse auf Seite 1). Jahrelang hatten die Kapitalisten, die Brüder Roth, ein steinreiches Geschmeiß von Blutsaugern, die Arbeiter unterdrückt und jeden gefeuert, der versucht hatte, die Gewerkschaft im Betrieb aufzubauen. Vor zwei oder drei Jahren gelang der Durchbruch. Heute sind 800 von 1 200 Arbeitern und Angestellten in der Gewerkschaft organisiert. Der Streik wird zu 100 Prozent befolgt und ist von den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten gut organisiert. – Eine andere wichtige Parole auf der Demonstration war: „Französische Arbeiter, ausländische Arbeiter, ein Kapitalist, ein Kampf!" (Nach: Quotidien du peuple, 6.6.77)

Der Zweck der Beitrittsverhandlungen: Sicherung der Ausbeutung

„Warum also Erweiterung", fragt Antony Crosland, Präsident des EG-Rates. „Einfach deshalb, weil die politischen Vorteile der Erweiterung so groß sind, daß alle praktischen Schwierigkeiten dahinter zurücktreten. Ich meine damit nicht nur das Mehr an Stärke, das die neuen Mitgliedstaaten in das gemeinsame Europa einbringen. Durch Unterstützung der jungen Demokratien in der kritischen Phase ihrer Entwicklung werden wir sie gegen ihre inneren und äußeren Feinde schützen." Nach dieser freundlichen Drohung fährt er blumig fort: „Wenigstens in einem Teil der Welt werden wir sagen können, daß die Demokratie in voller Blüte steht und nicht dahinwelkt. Wenigstens in einem Teil der Welt wird der Totalitarismus – gleichgültig ob von links oder von rechts – einen entscheidenden Rückschlag erlitten haben." Und dann wieder sachlich: „Die Erweiterung ist eine Investition in die demokratische Zukunft Europas; auf lange Zeit werden sich die Kosten durch die Vorteile mehr als bezahlt machen." (Europa-Archiv Nr. 3/1977) Damit ist das imperialistische Programm der Beitrittsverhandlungen einigermaßen klar umrissen.

Die „praktischen Schwierigkeiten" liegen im wesentlichen in den Beitritts- und Unterwerfungsverhandlungen. Das kann sich hinziehen. Die Vorteile liegen dann bei den Zukunftsinvestitionen für die Imperialisten und den zukünftigen Profiten, und sie liegen in der Hoffnung, die Revolution in diesen Ländern zu zerschlagen. Bezüglich aller drei Länder sind die europäischen Imperialisten für eine Veränderung der offen faschistischen Diktaturen der Bourgeoisie in parlamentarisch verhüllte Formen dieser Diktatur eingetreten. Dies keineswegs einfach wegen der ideologischen Nachteile, die sich daraus ergeben könnten, daß die EG-Imperialisten sich dann im offensichtlichen Bündnis mit faschistischen Diktaturen befänden. Auch nicht allein, weil sie hoffen, in der Form der parlamentarischen Form der Diktatur der Bourgeoisie die Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe dämpfen zu können. Vor allem deshalb, weil notwendigerweise einschneidende wirtschaftliche und politische Maßnahmen zur Senkung der Löhne, Beschneidung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte, Ruinierung der Bauern notwendig sein werden, die den Widerstand der Massen hervorrufen und die eine offen faschistische Diktatur nicht durchstehen würde. Diese Maßnahmen sind jetzt notwendig, und sie werden in den Beitrittsverhandlungen gefordert.

Die Beitrittsbedingungen

In ihrer Stellungnahme vom 29. Januar 1976 hat die EG-Kommission vor einem schnellen Vorgehen gewarnt. Verächtlich stellt ein gewisser Dr. Morawitz aus dem Ministerium für Wirtschaft der Bundesregierung, die bekanntlich für rasche Überwindung der Schwierigkeiten und schnelles Herankommen an die Vorteile ist, dazu fest: „Sie – die Kommission – schlug vor, der Aufnahme Griechenlands eine Vor-Beitrittsperiode vorzuschalten, während der das künftige Mitglied auf westeuropäisches Niveau ‚hochgepäppelt' werden sollte." (Europa-Archiv)

Die BRD ist gegen „Hochpäppeln" und für sofortige Aufnahme mit einer Übergangszeit von fünf Jahren innerhalb der EG. Das hat sich inzwischen durchgesetzt. Im Falle Griechenlands führen die Imperialisten, allen voran die westdeutschen Imperialisten, vor, wie die Ausbeutung der Länder im südlichen Europa durchgeführt werden soll.

„Keine besonderen Aufnahmebedingungen" sollen gestellt werden außer denen, die auch für die Aufnahmeverhandlungen 1971 gegolten haben. Dabei hat es sich damals aber außer im Falle von Irland um entwickelte kapitalistische Länder gehandelt. Mit den Beitrittsverhandlungen mit Griechenland, Portugal und Spanien unternehmen die EG-Imperialisten also erstmals den Schritt, über die EG ihre Vorherrschaft unmittelbar in den vom Imperialismus unterdrückten Ländern zu sichern.

Zu den Bedingungen gehört, daß Griechenland das geltende Recht insgesamt übernehmen muß mit der Freiheit des Handels- und Kapitalverkehrs, der Freizügigkeit des Arbeitsmarktes.

„Hier wird der Beitritt die griechische Wirtschaft zwingen, sich dem harten Wettbewerb zu stellen. Das wird nicht ohne Opfer gehen. Ein entsprechender Ausgleich auf dem Gemeinschaftsmarkt für griechische Produkte ist im gewerblichen Bereich nicht zu erwarten, da die Gemeinschaft hier alle handelsschaffenden Maßnahmen bereits im Zuge der Assoziation durchgeführt hat." (Morawitz, a.a.O.)

„Kurzfristig werden nur ausländische Direktinvestitionen die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft insgesamt verbessern helfen können. Deshalb sollte man sich in Athen mehr mit dem Gedanken befreunden, daß ausländisches Kapital stärker – und zwar nicht in Form von Minderheitsbeteiligungen – in griechischen Unternehmen Einlaß finden muß." (a.a.O.)

Es ist klar, wer davon profitieren wird. Die BRD hat aus Griechenland für 1,7 Milliarden DM Waren eingeführt und für 2,7 Milliarden ausgeführt. Griechenland hat also ein Defizit von etwa 1 Milliarde gegenüber der BRD. Das wird gegenwärtig zum Teil durch Rücküberweisung von griechischen Arbeitern in der BRD ausgeglichen in Höhe von 700 Millionen. Der Handel Griechenlands ist im wesentlichen von der BRD bestimmt. 1975 gingen 48 % der Exporte in die EG in die BRD und 41 % des gesamten EG-Importes bezieht Griechenland aus der BRD.

Praktisch würde die Übernahme aller Regelungen der EG für Griechenland in der Frage der Zollschranken bedeuten: Wäre Griechenland bereits heute EG-Mitglied, „so wäre es gezwungen, für weitere rund 20 % seiner gewerblichen Einfuhren den Zollschutz abzubauen. Als Gegenleistung erhielte Griechenland Präferenzen (Vorzugsbedingungen) in Drittländer für rund 7 % seiner Ausfuhr. Mit einer Übernahme der Verpflichtungen der EG würden also vier Fünftel der griechischen gewerblichen Einfuhr zollfrei oder zollbegünstigt nach Griechenland gelangen." (Morawitz, Seite 254)

Dagegen hat Griechenland versucht, Sonderregelungen zu erhalten. Dies werden die Imperialisten aber auf Dauer, d.h. länger als die fünfjährige Übergangsfrist, nicht zulassen. Denn eine zweite Aufnahmebedingung ist, daß keine Ausnahmebedingungen von EG-Recht auf Dauer gewährt werden.

Die Imperialisten stehen unter dem Zwangsgesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Ziel der Kapitalisten ist es daher, Kapital zu exportieren und Arbeiter auszubeuten in Ländern, wo der Stand der Anhäufung von Kapital noch niedrig ist und billige Arbeitskraft reichlich.

In Griechenland, Portugal und Spanien arbeitet ein großer Teil des Volkes als Bauern und Landarbeiter. Ziel des Imperialismus ist es daher, die Ruinierung der kleinen Bauern zu beschleunigen, damit die industrielle Reservearmee zu erhöhen und Druck auf den Preis der Ware Arbeitskraft auszuüben, die Konzentration des Bodens in wenigen Händen voranzutreiben, um damit die Produktivkraft der Landwirtschaft zu erhöhen, um den Profit der Kapitalisten und Großgrundbesitzer zu steigern. Gleichzeitig müssen aber immer mehr Lebensmittel importiert werden, durch den EG-Agrarmarkt werden sie teurer als bisher. Damit nimmt die Verelendung der Massen weiter zu. Genau zu diesem Zweck hat die griechische Bourgeoisie bereits entsprechende Maßnahmen eingeleitet, um die Voraussetzung für die verschärfte Ausbeutung der Massen zu schaffen: Es wurde in Griechenland eine „Bank für nationalen Boden" geschaffen, „die sich mit dem Aufkauf von kultivierten Flächen aus überaltertem Besitz oder von Dritten befaßt". (Handelsblatt vom 25.5.76) Über die Kreditvergabe durch die Banken wird die Verschuldung der Bauern vorangetrieben. Über die dermaßen „verkaufswillig" gewordenen Bauern heißt es: „Aufgabe ist die schrittweise Entschädigung der verkaufswilligen Bauern, damit sie ihren Besitz an die Bank für nationalen Boden übertragen." (Handelsblatt vom 25.5.76) Der so bei der Bank konzentrierte Boden wird dann an die Großgrundbesitzer vergeben. Denn: der Boden muß an die Bank zurückgegeben werden, sobald jemand die landwirtschaftliche Tätigkeit aufgibt.

Über die Banken ist wiederum das westdeutsche Finanzkapital auch unmittelbar an der Ausplünderung der Bauern und der Ausbeutung der griechischen Arbeiter beteiligt. Bereits 1963 gründete die Nationalbank mit Beteiligung der Deutschen Bank die Nationale Investmentbank in Griechenland.

Die weiteren Bedingungen, die die Imperialisten zum Eintritt in die EG neben der Übernahme aller EG-Bestimmungen und der Ablehnung aller Sonderregelungen auf Dauer stellen, sind:

– Bereits während der Verhandlungen über den Beitritt müssen die betreffenden Länder beispielsweise auf internationalen Handelskonferenzen mit den EG-Ländern stimmen, denn eine dritte Bedingung ist, daß durch die Verhandlungen die EG sich ungestört weiterentwickeln kann.

– „Alle Beitrittsprobleme müssen durch Verhandlungen vor Unterzeichnung des Beitrittsvertrages geregelt werden." Das ist im Falle Griechenlands beispielsweise die Regelung der Zypern-Frage. Das heißt also, daß die Imperialisten bereits im Zustand der Verhandlungen umfassende Erpressungsmittel in Händen haben. – (Z-Red.)

Mozambique: Arbeiter und Bauern festigen ihre Macht, verteidigen das Land und bauen eine unabhängige Wirtschaft auf

Das Volk von Mozambique feiert Ende Juni den zweiten Jahrestag der Befreiung des Landes von Kolonialismus und Imperialismus und die Siege, die es seither unter Führung der FRELIMO in der nationalen Verteidigung und im Aufbau eines unabhängigen und selbständigen Mozambique errungen hat. Die Imperialisten wollen die Errungenschaften der Revolution unter Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauernmassen zerstören und das Land wieder in ihre Abhängigkeit bringen, um so auch das revolutionäre Hinterland des Befreiungskampfes der Völker des südlichen Afrika zu vernichten. Jüngstes Beispiel ist der Überfall des rhodesischen Kolonialregimes auf die Stadt Mapai, die vor genau einem Jahr bereits einmal angegriffen und weitgehend dem Erdboden gleich gemacht wurde. Die Angriffe zielen vor allem auf die Zerstörung der Verkehrsverbindungen zwischen dem Norden und dem Süden des Landes, um den Wirtschaftsaufbau zu sabotieren. Fast täglich, erklärte Samora Machel, der Präsident der Volksrepublik, überfallen die Söldner Smiths Mozambique; die meisten Eisenbahnlinien, Straßen und Brücken wurden von ihnen zerstört, so daß zum Beispiel ein Teil der Ernte der Baumwolle und Kaju-Nüsse nicht zu den Häfen transportiert werden konnte und am Ort verfaulte.

Die Presse der Imperialisten in der BRD gibt diesen Angriffen Flankenschutz, indem sie den Massen in der BRD weiszumachen versucht, gestützt auf die eigene Kraft seien die Arbeiter und Bauern Mozambiques und ihre FRELIMO-Regierung nicht in der Lage, das Land zu regieren und aufzubauen. Damit soll noch im nachhinein die portugiesische Kolonialherrschaft als zivilisatorische Leistung gepriesen und zukünftige Einmischung und noch brutalere Angriffe propagandistisch vorbereitet werden. So schreibt der „Blick durch die Wirtschaft" z.B.:

„Blick durch die Wirtschaft" z.B.:

Die Volksbefreiungsarmee ist eine Produktivkraft. „Eine Armee, die kämpft ohne zu produzieren, ist zum Untergang verurteilt ... Die Volksarmee lebt nicht von den Mitteln des Volkes, sondern von ihren eigenen Produkten." (Samora Machel)

„Das ostafrikanische Land ist in einer katastrophalen Wirtschaftslage, die nur mit Hilfe der Unterstützung durch die Vereinten Nationen sowie durch die Zurverfügungstellung von technischem Know-how und Investitionen aus dem Westen überbrückt werden kann." In ihren Lügen werden die Erzfeinde des Volkes von Mozambique als seine Retter hingestellt: „Samora Machel setzt große Hoffnungen auf die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Bundesrepublik", „... legt größten Wert auf enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem benachbarten Südafrika. Ohne diese Kooperation wäre die Wirtschaft des Landes bereits zusammengebrochen." (7.4.77) Ähnlich wie gegen die Errungenschaften des kambodschanischen Volkes hetzt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung": „Mozambiques Städte drohen zugrunde zu gehen." (28.5.77)

Tatsächlich hat Portugal nach 500 Jahren Kolonialherrschaft das Land in einem unbeschreiblichen Zustand hinterlassen. Die Kolonialwirtschaft war auf Plünderung ausgerichtet, obwohl das Land fruchtbar ist, mußten Lebensmittel importiert werden, die afrikanischen Bauern mußten auf den Plantagen der imperialistischen Konzerne und Grundbesitzer Baumwolle, Kaschu-Nüsse, Sisal, Tee für den Export produzieren. Eine Verarbeitungsindustrie, ebenfalls auf den Export, also den Raub der Landesprodukte ausgerichtet, wurde erst in den letzten Jahren in geringem Umfang errichtet, in der Hoffnung, dadurch den Befreiungskampf aufhalten zu können. Schulbildung für die Afrikaner gab es so gut wie keine, die Analphabetenquote reichte an 90 %. Hunderttausende Mozambiquer waren gezwungen, ihre Arbeitskraft an die Goldbergwerke in Südafrika zu verkaufen.

Die Imperialisten versuchen auszunutzen, daß die junge Regierung der Diktatur des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse nur Schritt für Schritt sich aus dieser Lage befreien kann. Mit großer Entschlossenheit haben die Arbeiter und Bauern inzwischen den Aufbau eines unabhängigen Mozambique angepackt. In ihrer Verfassung bestimmen sie die Landwirtschaft als die Grundlage und die Industrie als den führenden Faktor der Entwicklung. 90 % der Bevölkerung leben auf dem Lande, allmählich werden die Hunderttausende Arbeitsloser und mit unproduktiven Dienstleistungen Beschäftigten in landwirtschaftliche Aufbaugebiete umgesiedelt. Ziel der ersten Phase ist es, bis 1980 die Selbstversorgung mit Lebensmitteln in ausreichendem Umfang sicherzustellen, als Grundlage für die Wahrung und Festigung der Unabhängigkeit. Heute werden in erster Linie wieder die traditionellen Nahrungsmittel des Landes, Mais, Hirse, Maniok angebaut. Mit Hilfe der Volksrepublik China wird ein neues Limpopo-Bewässerungsprojekt für den Reisanbau betrieben. Um diese Errungenschaften zu diffamieren, behaupten die Imperialisten, der damit verbundene Rückgang der kolonialen Produktion für den Weltmarkt wäre ein Zeichen für wirtschaftlichen Verfall.

Heute haben die Arbeiter und übrigen Werktätigen und Kader in den Städten kleine Gemüsegärten, um die Selbstversorgung zu unterstützen. Für die verfaulten Imperialistenhirne ist der Umstand, daß ihnen jetzt in den Städten Hühner anstelle aufgeputzer Prostituierter zwischen die Beine laufen, ein Zeichen des Niedergangs.

Eckpfeiler der Entwicklung des Landes sind die „Gemeinschaftsdörfer" (aldeias communais). Sie sind wichtigster Träger der Umgestaltung der ganzen Gesellschaft im ganzen Land auf der Basis der Revolutionierung der Produktionsverhältnisse und ständigen Verbesserung der Produktionsmethoden. Sie stützen sich auf die Erfahrung der Bauern in den befreiten Gebieten während des nationalen Befreiungskrieges. Unter Leitung der marxistisch-leninistischen Partei FRELIMO ermöglicht die kollektive Arbeit die rasche Überwindung rückständiger Ideen und Produktionsmethoden und ihre fortgesetzte Entwicklung. Samora Machel bezeichnete sie als „politische und wissenschaftliche Laboratorien, Laboratorien neuer Ideen – und nicht bloß Träger der Befreiung des Territoriums des Landes, sie sind Orte der Befreiung des Bewußtseins, der Befreiung aus rückständigen gesellschaftlichen Verhältnissen ...".

„In einem Gemeinschaftsdorf ist die Arbeit und Verwaltung des Landes kollektiv, und die Verteilung der Produktion erfolgt nach dem Größenverhältnis der verschiedenen Familien. Es ist offensichtlich, daß bei einer solchen Produktion jeder daran interessiert ist, die größtmöglichen Produktionsergebnisse zu erzielen", berichtet in einem Interview in Radio Maputo Jose Forjaz, Leiter der Forschungsabteilung des Ministeriums für Öffentliche Arbeiten und Wohnen. Die Bauern treffen unter Führung der FRELIMO-Einheiten die Entscheidungen, die die Zukunft der Dörfer betreffen.

„Was wir" (die FRELIMO-Kader) „versuchen, ist, den Bauern wissenschaftlich die Möglichkeiten und Mittel zur Entwicklung der Produktion in der jeweiligen Region zu erklären. Unsere Aufgabe ist es, zu sehen, daß das Gebiet, das die Bauern für die landwirtschaftliche Produktion, den Fischfang oder die Viehzucht ausgewählt haben, die notwendigen Voraussetzungen bietet." Durch Saatgut, mit



„In der Mitte des Marktes (von Maputo) sitzen Marktfrauen vor einer Schiefertafel und sprechen im Chor einem Lehrer nach, der mit dem Stock auf portugiesische Wörter zeigt. Neben den Frauen sitzt eine Gruppe von Männern und lernt Rechnen. Zur Abwechslung übernimmt nach einiger Zeit eine dicke Marktfrau das Kommando und den Zeigestock ...", berichtet verdutzt die „Frankfurter Rundschau" am 3. Juni. Unter Führung der Frelimo, die die Losung „Machen wir aus unserem Land eine Schule, wo alle lehren und lernen, ausgegeben hat, haben die Massen im ganzen Land den Kampf gegen das Analphabetentum aufgenommen, um in kürzester Zeit in der Lage zu sein, die Probleme mit wissenschaftlichen Methoden anzupacken und im Kampf gegen „Obskurantismus, Tribalismus, Regionalismus und Rassismus" große Fortschritte zu machen.

landwirtschaftlichem Gerät, zunächst, da die Schöpferkraft der Massen in großem Umfang und Handarbeit in Überfluß vorhanden ist, mit Hilfe einfacher Werkzeuge wie Hauen und

facher Werkzeuge wie Hauen und

Schaufeln, unterstützt sie dabei die Regierung. Aber auch Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen können bereits eingesetzt werden. So berichtet am 1.3.77 der „Blick durch die Wirtschaft" vom Kauf von 150 Traktoren und 300 landwirtschaftlichen Maschinen durch die Regierung der Volksrepublik Mozambique.

Der Zusammenschluß erfolgt auf freiwilliger Grundlage. „Der beste Beweis ist zu zeigen, daß nach einer Produktionsperiode kollektiv bessere Erträge erzielt wurden als individuell. Alles was klargestellt werden muß, ist der Zweck des Dorfes, und daß der kollektive Zusammenschluß ein besseres Leben ermöglicht. Danach können die Bauern sich ein eigenes Urteil fällen", berichtet Jose Forjaz. „Es gibt viele Fälle von Individuen, die zu Anfang sich wehrten und nach Monaten dann freiwillig sich dem Kollektiv anschlossen. Von Widerstand gegen die Kollektivdörfer im Land kann deshalb keine Rede sein, sondern nur von einem unterschiedlichen Grad von Bewußtheit über den Fortschritt, den die Dörfer darstellen. Niemand zwingt die Bauern ... Wir mobilisieren die Arbeiter und Bauern, damit sie sich auf dieser Idee zusammenschließen."

Ende 1976 gab es nach Angaben der Regierung der Volksrepublik Mozambique in jeder Provinz 5 Gemeinschaftsdörfer, also etwa 60 im ganzen Land. „Von Anfang an taten sich Gruppen von Menschen zusammen und gingen zur Provinzverwaltung, um sie von der Entscheidung zu unterrichten. Aber so ein Dorf ist nicht über Nacht aufgebaut, nicht in einem Jahr. Seine Basis ist die Umwälzung der Produktion." Es gibt Orte, wo die Bauern bereits vollständig kollektiv arbeiten, andere, die viele Hektar kollektiv und wenige individuell bebauen, und wieder andere, die erst wenig Land gemeinsam und den größeren Teil individuell bebauen. Das ist notwendig, bis die neuen, kollektiven Felder soweit entwickelt sind, daß sie genügend Ertrag abwerfen. Sobald die Selbstversorgung gesichert ist, beginnen die Bauern zum Beispiel den Bau neuer Häuser. Sie bilden außerdem Produktions- und Verbrauchergenossenschaften, die die notwendigen Produkte einkaufen und die Produktionsüberschüsse verkaufen. Zum Aufbau von Kleinindustrie auf dem Lande hat die FRELIMO zur Bildung von Produktionsgenossenschaften der Handwerker aufgerufen.

In der noch geringen Industrie haben die Arbeiter unter Leitung der FRELIMO die Produktion in die eigene Hand genommen. Obwohl eine generelle Nationalisierung in vielen Bereichen noch nicht beschlossen wurde, hat der Staat zahlreiche Betriebe von Kolonialisten und Reaktionären übernommen, die entweder das Land verließen oder durch Wirtschaftssabotage versuchten, die Unabhängigkeit des Landes zu hintertreiben. Zum Beispiel transferierte die Firma Monteiro & Gil GmbH Gelder auf ausländische Konten und versuchte die 7 000 Arbeiter bei den Lohnzahlungen zu betrügen. Im Mai 1977 wur-

lungen zu betrügen. Im Mai 1977 wur-

den die Sonarep-Erdölraffinerie und die Sonap-Erdölgesellschaft der portugiesischen und französischen Imperialisten enteignet und eine nationale Erdölgesellschaft gebildet. Die Regierung bestimmt dann in Zusammenarbeit mit der Belegschaft Verwaltungskomitees aus hervorragenden Arbeitern und Kadern der FRELIMO. Alle Betriebe wurden nach der Unabhängigkeit von den Arbeitern wieder in Gang gesetzt oder weitergeführt. Sie unternehmen große Anstrengungen, um die Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen zu beseitigen und die Produktion auf die Verwendung einheimischer Rohstoffe umzustellen.

Zusammenarbeit mit Tansania und Sambia zur Festigung der Unabhängigkeit

Die Kolonialmächte haben die Wirtschaft der Länder der Dritten Welt auf ihre ausbeuterischen Ziele ausgerichtet. So wickeln sie auch heute erst 20 % des Außenhandels miteinander ab. In der gleichen Lage befinden sich die Staaten im südlichen Afrika. „Vor unserer Unabhängigkeit", erklärte Almeida Mathos, Außenhandelsdirektor im mozambiquanischen Industrie- und Handelsministerium, „war unser Handel hauptsächlich auf Portugal und dessen Alliierte, Rhodesien und Südafrika, den beiden einzigen Ländern in Afrika, mit denen wir Handel trieben, ausgerichtet. Wir waren vom unabhängigen Afrika total abgeschnitten. Unser unmittelbares Ziel ist wachsende Verbindung mit anderen afrikanischen Ländern, vor allem mit Tansania und Sambia." Mit Tansania und Sambia wurden Abkommen zur Zusammenarbeit auf den Gebieten des „Verkehrs- und Fernmeldewesens, Industrie und Handel, Erziehung, Gesundheit und Information und Massenmedien" vereinbart. Präsident Kaunda von Sambia und Samora Machel von Mozambique erklärten, daß die Stärkung ihrer Zusammenarbeit eine Verpflichtung gegenüber dem Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika sei.

Mit Tansania wurde die Lieferung von 60 000 Tonnen Zement und außerdem Asbest vereinbart für Büchsenfleisch, Motorfahrzeuge, Reifen usw. Eine 640 Meter lange und 7,5 Meter breite Autobrücke wird, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu festigen, über den Fluß Rovuma an der Grenze von beiden Ländern gebaut. – (Z-Red)

Bomben auf Zuidlaren – neue niederländische Kolonialabenteuer in Sicht?

Das Vorgehen der niederländischen Bourgeoisie war mit seiner ganzen kaltblütigen Barbarei wahrlich der großen kolonialen Tradition würdig und hat sich die Hochachtung der Ausbeuter aller Länder verdient. Zuerst die Bakterien ins Essen für die Kinder, jetzt Starfighter und Panzer ...

Der „aufkeimende Haß gegenüber den Süd-Molukkern", täglich im Fernsehen beschworen, über die Kriegsberichterstattung bewußt und künstlich aufgezüchtet, ist ein Geschenk des Himmels für die niederländische Bourgeoisie, bares Geld. Im Frühjahr standen die Niederlande am Rande eines großen Generalstreiks der Arbeiterklasse gegen die Verelendung, der nur durch eine gewaltsame Notbremsung der reformistischen Gewerkschaftsführer noch gestoppt werden konnte. Seitdem ist die „soziale Atmosphäre vergiftet" nach dem Geschmack der Kapitalisten. Haß auf Molukker kann da unbedingt reinigend wirken, indem er den Haß auf die Kapitalisten bei rückständigeren Teilen der Arbeiterklasse zeitweise übertäubt.

Man könnte aber auf noch weitergehende Gedanken kommen angesichts der ganzen bewußt ins Ungeheure gesteigerten Aktion. Die niederländischen Bourgeois sind unter den Imperialisten nur noch kleine Leuchten, aber hinter ihnen stehen mächtige Verbündete. Hat nicht neulich erst auf einer Fachtagung der Vorstand der Deutschen Bank „die Bedeutung des pazifischen Beckens herausgestellt"?

Was war die Republik Süd-Molukken, für die die Geiselnehmer mit ihrer Aktion eingetreten sind? Als 1949 das indonesische Volk sich nach hartem vierjährigem Kampf vom holländischen Kolonialjoch befreite, versuchten die niederländischen Kolonialisten auf der Inselgruppe der Süd-Molukken, gestützt auf die Bevölkerungsgruppe der Ambonesen, die von ihnen christianisiert und in die Kolonialarmee gepreßt worden waren, um gegen die übrigen Völker Indonesiens als Söldner zu dienen, die „Republik Maluku Selatan" auszurufen. Sie sollte ein Sprungbrett für neokoloniale Abenteuer sein ähnlich wie Katanga im Kongo anfangs der 60er Jahre. Es hat Indonesien damals weitere eineinhalb Jahre des Kampfs gekostet, bis es dieses neokoloniale Manöver durchkreuzt

dieses neokoloniale Manöver durchkreuzt

und seine staatliche Einheit verwirklicht hatte, die damals ein großer Sieg im Kampf gegen den Imperialismus war. Als die Marionettenrepublik zerschlagen war und die Kolonialisten endgültig abziehen mußten, nahmen sie einige zehntausend ihrer Kolonialmannschaften in die Niederlande mit, um sie bei günstiger Wendung der Dinge wieder als Druckmittel und Expeditionstruppe zur Hand zu haben.

Nehmen die Dinge nicht allmählich wieder eine günstige Wendung? Durch ein ungeheures Massaker rotteten Generäle im Dienst des US-Imperialismus 1965 auf einen Schlag die hunderttausende Mitglieder zählende Kommunistische Partei Indonesiens aus. Seither ist das Land nahezu wieder zur Halbkolonie herabgesunken. Die US-Imperialisten halten alle wichtigen Stellungen. Höchstens die Japaner können sich was von der Beute herausreißen. Wie schade für die europäischen Imperialisten. Ist es da nicht naheliegend, sich Gedanken zu machen, wie man sich auch ein Stück absäbeln kann? Natürlich muß man geschickt sein in der heutigen Welt, wenn man ein neues Kolonialabenteuer plant. Erst recht, wenn man keine Supermacht ist. Und selbst dann kann man nicht zu unverfroren auftreten, wie die Sozialimperialisten gerade in Afrika bemerken müssen. Was also tun? Nun, hat man einige zehntausend frühere Kolonialsklaven im Land, dann muß man sie einerseits schikanieren, unterdrücken, mit Pogromen überziehen, daß sie vollkommen zur Verzweiflung getrieben werden, und ihnen andererseits lebhaftes Verständnis für ihre Träume von einer freien Republik Süd-Molukken bekunden. So daß am Ende *sie*, die Kolonialsklaven, als die Urheber des neokolonialen Abenteuers erscheinen, um das es geht. Auf diese Weise kann man mit Sicherheit auch entsprechende Bestrebungen auf den fernen Inseln selbst beleben.

Würde man, verständnisvoller Imperialist, der man ist, es den jungen Süd-Molukkern dann verwehren können, wenn sie sich in ihre Heimat aufmachen wie die „befreiten", aber arbeitslosen Negersklaven der USA im 19. Jahrhundert nach Liberia oder wie die zur Verzweiflung getriebenen Juden während dem zweiten Weltkrieg und danach nach Palästina? Und wäre es ganz ausgeschlossen, daß das bedrängte Suharto-Regime, um sich freien Rücken zur Unterdrückung der Revolution auf den Hauptinseln Indonesiens zu schaffen, in Christi und Dreiteufels Namen die Süd-Molukker mit ihrer freien Republik ziehen ließe? Das wäre überhaupt nicht ausgeschlossen. Ob das dann die alte königlich-niederländische Marionettenrepublik wäre, ist natürlich ungewiß. Aber die Chancen, sich – zum Beispiel mit der Deutschen Bank zusammen – zur Schutzmacht aufzuschwingen, wären keinesfalls schlecht. Als zum Untergang verurteilte Klasse muß man eben *alles* versuchen!

Profit verfassungsmäßig gesichert – Verfassungsentwurf in der Sowjetunion veröffentlicht

Am letzten Samstag hat die Presse in der Sowjetunion den Entwurf der neuen Verfassung veröffentlicht. Der Entwurf stammt aus dem Politbüro des ZK, also der Spitze der revisionistischen KPdSU. Er soll im Herbst auf einer Sitzung des obersten Sowjet verabschiedet werden.

„Er" (der Verfassungsentwurf, Red.) „geht auf die tiefgreifenden Veränderungen ein, die seit Annahme der heute geltenden Verfassung vor 40 Jahren in der sowjetischen Gesellschaft vor sich gegangen sind."

So leitet die Nachrichtenagentur Nowosti eine Veröffentlichung von Auszügen in deutscher Sprache ein. Recht haben die Revisionisten. Die Veränderungen sind tiefgreifend und die Verfassung muß ihnen Rechnung tragen. Sie muß die Herrschaft der neuen Bourgeoisie, die von der Arbeiterklasse die Macht erobert hat und die in ihrer Existenz auf der Ausbeutung der Arbeiter in der Sowjetunion beruht, festigen. Sie muß eine Geschäftsordnung für ihren Verkehr darstellen und für das Verhältnis zur alten Bourgeoisie und ihren Ideologen. Vor allem aber muß sie eine Leitlinie für die planmäßige Unterdrückung der Volksmassen zur Sicherung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Ausplünderung des ganzen Volkes sein. Die gegenwärtig gültige Verfassung ist im Jahr 1936 entstanden und unter der Leitung von J.W. Stalin verfaßt worden. Ihre Verabschiedung hatte genau den entgegengesetzten Zweck wie die der Verfassung der neuen Bourgeoisie. Während die alte Verfassung die Abschaffung der Ausbeutung, nämlich den weiteren Fortschritt im Aufbau des Sozialismus, die Sicherung der Herrschaft der Arbeiterklasse zum Ziel hatte, dient die neue Verfassung der Ausbeutung. Lange hat die neue Bourgeoisie mit dieser Änderung gezögert. Sie hat sich den Mantel von Fortsetzern der revolutionären Sache umgehängt und versucht, Bestimmungen der Verfassung so weit wie möglich für ihre reaktionären Zwecke zu mißdeuten und umzudrehen. Das reicht jetzt nicht mehr.

Wir haben nebenstehend Ausschnitte aus dem Entwurf, teilweise in der Wiedergabe durch die Nachrichtenagentur Nowosti, teilweise in Übersetzung aus dem Russischen, abgedruckt. Zum Vergleich annähernd entsprechende Ausschnitte aus der Verfassung der Sowjetunion von 1936 und der chinesischen Verfassung, die der Nationale Volkskongreß der Volksrepublik China am 17. Januar 1975 angenommen hat.

Der Profit wird verfassungsmäßig

Ausdrücklich wird der Profit, die Triebkraft der neuen Bourgeoisie, in der Verfassung festgehalten. In Artikel 15 wird festgelegt, daß bei der „Leitung der Wirtschaft" die „wirtschaftliche Rechnungsführung", der „Gewinn" und die „Selbstkosten" „aktiv angewandt" werden. Was kann man sich darunter vorstellen? Nichts anderes, als daß die Produktion nicht, wie im Sozialismus, dem Zweck der Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums und der wachsenden Bedürfnisbefriedigung der Arbeitenden dient, sondern daß sie um des Profits willen und unter dem Kommando des Kapitals ausgeführt wird. Die Verfassung von 1936 stellt fest, daß die Produktion *durch* den Plan gelenkt wird. Der Plan ist also Instrument der Leitung. Der neue Entwurf sagt, dies geschehe „auf Grundlage" staatlicher Pläne. Der so unbedeutend klingende Unterschied ist von großer tatsächlicher Bedeutung. Die auf dem demokratischen Zentralismus beruhende Planung der Produktion ist abgeschafft worden und wurde ersetzt durch die „Verantwortung" des einzelnen Betriebes, d.h. der Angehörigen der neuen Bourgeoisie in diesen Betrieben. „Wirtschaftliche Selbständigkeit der einzelnen Unternehmen" ist das gerade Gegenteil von dem, was die chinesische Verfassung im Artikel 10 als Entfaltung der „Initiative sowohl der zentralen als auch der örtlichen Ebene" bezeichnet. Während es sich hierbei um die Entfaltung der Initiative der Massen handelt, ist die „wirtschaftliche Selbständigkeit" der Weg der sowjetischen Bourgeoisie vom Erbe des Sozialismus, dem fast vollständigen Monopol, zu „normalen" privatkapitalistischen Verhältnissen mit ähnlicher Zentralisierungsstufe wie die sonstigen imperialistischen Länder.

Der Profit hat es hier zu mehr Ehren gebracht als in anderen imperialistischen Ländern. Er steht sogar in der Verfassung.

Der Staat kontrolliert „Maß der Arbeit und des Konsums"

Der „aktiv anzuwendende" Profit kommt nicht aus der Luft, auch nicht aus der aktiven Anwendung des Profits. Sondern allein, wenn er angewendet wird zum Ankauf und damit zur Ausbeutung fremder Arbeitskraft. Für die Festsetzung der Intensität der Ausbeutung haben sich die Sozialimperialisten einen Willkürparagraphen geschaffen: „Das Maß der Arbeit und des Konsums" kontrolliert der Staat. (Artikel 13) Wie lange und wieviel du arbeitest, bestimmt dein Kapitalist – hätten sie auch schreiben können. Der Streik ist folgerrichtig verboten. Zur näheren Ausführung folgt dieser bittere Zynismus:

„Der Staat fördert die Verwandlung der Arbeit in das erste Lebensbedürfnis jedes Sowjetbürgers, indem er materielle und moralische Stimuli miteinander verbindet." (Artikel 13)

Die Arbeit, die bewußte Umgestaltung der Natur, kann dann zum ersten Lebensbedürfnis werden, wenn sie nicht mehr als Lohnarbeit geleistet wird. Wenn die Klassenspaltung der Gesellschaft abgeschafft ist, also im Kommunismus. Die Sozialimperialisten meinen offensichtlich eine andere Interpretation des „ersten Lebensbedürfnisses": „Materielle Stimuli" sind Prämien. Damit sie auch „stimulieren", sind die Grundlöhne so niedrig, daß man ohne Prämie nicht auskommt. Der Zwang, sich für die Prämie abzuschuften, will man nicht hungern, das ist offensichtlich das „erste Lebensbedürfnis jedes Sowjetbürgers" in den Augen der sozialimperialistischen Ausbeuter.

Bestimmte einzelne Abschnitte der Verfassung konnten die neuen Bourgeois ohne Veränderungen übernehmen, weil sie unter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie einen völlig anderen Inhalt bekommen. So der Artikel 12 der neuen (10 der alten) Verfassung. Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse regelt er Besitz und Vererbung des Reproduktionsfonds der Arbeiter und Bauern. Unter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie dient er zur Fixierung der Bourgeoisie als Klasse. Mit Sicherheit werden sich in kurzer Zeit Anteile an Fabriken, in Form von Rechten auf Prämien, Renten usw. als „persönliches Eigentum der Bürger" vererben.

Das Völkergefängnis wird festgeschrieben

In der Verfassung von 1936 wird für die einzelnen Republiken ausdrücklich im § 18 b festgestellt: „Jede Unionsrepublik hat ihre Republik-Truppenformationen". Ersatzlos gestrichen wurde dieser Artikel. Die Politik der Revolution gegenüber den verschiedenen Nationalitäten in der Sowjetunion mußte auf der Anerkennung von Autonomie und weitgehender Autonomie der einzelnen Republiken bzw. autonomen Republiken beruhen. Sonst war der Zusammenschluß der unterdrückten Nationalitäten mit den Arbeitern und Bauern der Nationalität, aus der die feudalen und bürgerlichen Unterdrücker in der vorrevolutionären Zeit kamen, nicht möglich gewesen. Unter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie muß der entgegengesetzte Kurs eingeschlagen werden. Weil sich die Nationen nur gewaltsam der Ausraubung und -beutung durch die sozialimperialistische großrussische Bourgeoisie unterwerfen lassen. Diese Änderung soll der neuen Bourgeoisie die gewaltsame Niederschlagung bewaffneter Erhebungen der Nationen erleichtern.

„Staat des ganzen Volkes"?

„Den Staatsapparat zu vervollkommnen" sei eine „Hauptentwicklungsrichtung des politischen Systems der sowjetischen Gesellschaft", zitiert Nowosti aus der Verfassung. Zur „Vervollkommnung des Staatsapparates" gehört auch die neue Bezeichnung als „Staat des ganzen Volkes". Ein Staat muß existieren, weil und solange es Klassen gibt. Er hat als Zweck die Unterdrückung, in der bürgerlichen Gesellschaft die Unterdrückung hauptsächlich der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, im Sozialismus die Unterdrückung der alten und der neuen Bourgeoisie, um die Abschaffung der Ausbeutung und der Klassengesellschaft und damit auch das Absterben des Staates zu ermöglichen. Ein „Staat des ganzen Volkes" ist offensichtlich Unsinn. – Entweder dient er im Sozialismus der Unterdrückung der Bourgeoisie, ist Staat der Diktatur des Proletariats, wie es in der chinesischen Verfassung festgehalten ist, oder es gibt tatsächlich keine Klassenwidersprüche mehr in der Gesellschaft. Dann ist der Staat überflüssig und beginnt abzusterben.

„Jedweder Staat ist ‚eine besondere Repressionsgewalt' gegen die unterdrückte Klasse. Darum ist ein *jeder* Staat *un*frei und *kein* Volksstaat", schrieb Lenin 1917. (Staat und Revolution, Lenin Werke Band 25, Seite 410) Tatsächlich *ist* der Staat in der Sowjetunion auch nicht „Staat des ganzen Volkes". Die Revisionisten gebrauchen solche Phrase, ähnlich wie die westdeutsche Bourgeoisie die der „Demokratie" im Mund führt. Die Herrschaft der Ausbeuterklasse über die Arbeiterklasse und die unterdrückten Nationen soll verdunkelt werden. Der Unterdrückung freie Bahn geschaffen, weil es angeblich keine Klassen, damit auch keinen Grund für Klassenkampf – etwa Streiks – mehr gibt.

„Kriegspropaganda verboten"

Einer der Gipfelpunkte der Heuchelei ist der Satz: „In der UdSSR ist Kriegspropaganda verboten."

Solch einen Satz kann ein imperialistischer Staat, der den Krieg vorbereitet und darüber mit Lug und Trug hinwegtäuschen will, mit gutem Grund in seine Verfassung schreiben. Ein sozialistischer Staat kann das *nicht*. Was hat die KPdSU während des Zweiten Weltkrieges machen müssen? Natürlich eine Propaganda für den Krieg gegen den deutschen Imperialismus. Was haben die Revolutionäre in aller Welt zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes getan, was tun sie jetzt in Bezug auf die Völker des südlichen Afrika? Die Revolutionäre *propagieren* den Krieg, den gerechten Befreiungskrieg gegen die Imperialisten. Die Partei des Proletariats muß, wenn sie die Revolution vorbereitet, ständig Propaganda für den Bürgerkrieg machen, sonst wird die Arbeiterklasse ihn nicht siegreich führen können. Die Arbeiterklasse ist gegen die chauvinistische Propaganda für den *imperialistischen* Krieg. Den neuen Zaren geht es um eine Friedenstaube zum Vorzeigen, darum steht dies in der Verfassung.

Die „Aufgaben der Diktatur des Proletariats erfüllt"?

Die „Aufgaben der Diktatur des Proletariats" waren „erfüllt", sagen die Revisionisten in der Begründung des „Staats des ganzen Volkes". Die wenigen Punkte aus der Verfassung, die wir aufgegriffen haben, spiegeln das Gegenteil wider. Eine neue sozialimperialistische Bourgeoisie ist an der Macht. Eine neue proletarische Revolution in der Sowjetunion ist nötig. Die Aufgaben der Diktatur des Proletariats müssen erfüllt werden. – (Z-Red.)

Verfassungsentwurf UdSSR 1977 (Nach Presseagentur Nowosti vom 6.6.1977 und Übersetzungen aus der „Prawda" vom 4.6.1977)	**Verfassung der UdSSR, gültig seit 1936** (Nach: Stalin, Werke Band 14, Seite 91 – 118)	**Verfassung der Volksrepublik China** (Verabschiedet 1975)
(Präambel) „. . . . Die gesellschaftlich-politische Einheit der sowjetischen Gesellschaft wurde hergestellt, als führende Kraft trat dabei die Arbeiterklasse hervor. Nachdem die Aufgaben der Diktatur des Proletariats erfüllt waren, ist der sowjetische Staat zu einem Staat des ganzen Volkes geworden." *„Sie (die sowjetische Gesellschaft) ist eine Gesellschaft reifer sozialistischer gesellschaftlicher Verhältnisse, in der auf Grundlage der Annäherung aller sozialen Schichten, der juristischen und faktischen Gleichheit aller Nationen und Nationalitäten eine neue geschichtliche Menschengemeinschaft entstand: das sowjetische Volk."* *„Der Verfassungsentwurf definiert die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als ‚sozialistischen Staat des ganzen Volkes, der den Willen und die Interessen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz aller Nationen und Völkerschaften des Landes ausdrückt'.*	*Artikel 1* Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. *Artikel 2:* Alle Macht in der UdSSR gehört den Werktätigen in Stadt und Land in Gestalt der Sowjets der Deputierten der Werktätigen. *Artikel 3:* Alle Macht in der UdSSR gehört den Werktätigen in Stadt und Land in Gestalt der Sowjets der Deputierten der Werktätigen.	Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Diese ganze Geschichtsperiode hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus, existiert die Bedrohung durch Umsturz und Aggression seitens des Imperialismus und des Sozialimperialismus. Solche Widersprüche können nur durch die Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und durch die von ihr angeleitete Praxis gelöst werden. (. . .) Wir müssen die von der Arbeiterklasse geführte und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruhende große Einheit der Volksmassen aller Nationalitäten festigen und die revolutionäre Einheitsfront weiterentwickeln. Wir müssen die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die Widersprüche im Volke richtig voneinander unterscheiden und sie richtig behandeln. Artikel 1 Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht.
„Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist ein einheitlicher multinationaler Bundesstaat, hervorgegangen aus der freien Selbstbestimmung der Nationen und freiwilligen Vereinigung gleichberechtigter sozialistischer Sowjetrepubliken'." (Nowosti) *„Artikel 71: Jeder Unionsrepublik wird das Recht auf freien Austritt aus der Union gewährleistet.* *„Artikel 79: Die Unionsrepublik hat das Recht, in Beziehungen zu ausländischen Regierungen zu treten, mit ihnen Verträge abzuschließen und diplomatische und konsularische Vertreter auszutauschen, an der Tätigkeit der internationalen Organisationen teilzunehmen."* *„Artikel 80: Die souveränen Rechte der Unionsrepubliken werden durch die Union der SSR geschützt."*	*Artikel 13* Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist ein Bundesstaat, gebildet auf der Grundlage freiwilliger Vereinigung gleichberechtigter Sozialistischer Sowjetrepubliken: *Artikel 15* Die Souveränität der Unionsrepubliken ist nur durch die in Artikel 14 der Verfassung der UdSSR gegebenen Grenzen beschränkt. Darüber hinaus übt jede Unionsrepublik die Staatsgewalt selbständig aus. Die UdSSR schützt die Souveränitätsrechte der Unionsrepubliken. *Artikel 16* Jede Unionsrepublik hat ihre, den Besonderheiten der Republik Rechnung tragende und in voller Übereinstimmung mit der Verfassung der UdSSR aufgebaute Verfassung. *Artikel 17* Jeder Unionsrepublik bleibt das Recht auf freien Austritt aus der UdSSR gewahrt. *Artikel 18* Das Gebiet der Unionsrepubliken kann ohne ihre Zustimmung nicht geändert werden. *Artikel 18a* Jede Unionsrepublik hat das Recht, unmittelbare Beziehungen zu auswärtigen Staaten aufzunehmen, mit ihnen Abkommen zu schließen und diplomatische sowie Konsularvertreter auszutauschen. *Artikel 18b* Jede Unionsrepublik hat ihre Republik-Truppenformationen.	Artikel 4 Die Volksrepublik China ist ein einheitlicher Nationalitätenstaat. Alle Regionen mit nationaler Gebietsautonomie sind unabtrennbare Bestandteile der Volksrepublik China. Alle Nationalitäten sind gleichberechtigt. Der Großnationalitäten-Chauvinismus ebenso wie der Lokalnationalismus müssen bekämpft werden. Jede Nationalität genießt die Freiheit, ihre eigene Sprache und Schrift zu gebrauchen. Artikel 24 Alle autonomen Gebiete, autonomen Bezirke und autonomen Kreise sind Regionen mit nationaler Autonomie. Ihre autonomen Organe sind die Volkskongresse und die Revolutionskomitees. Die autonomen Organe der Regionen mit nationaler Autonomie können neben der Ausübung der Funktionen und Befugnisse örtlicher Staatsorgane, wie sie in Kapitel II Abschnitt 3 der Verfassung vorgesehen sind, im Rahmen der ihnen gesetzlich übertragenen Befugnisse die Autonomie ausüben. Die übergeordneten Staatsorgane müssen den autonomen Organen aller Regionen mit nationaler Autonomie die Ausübung dieser Autonomie in vollem Maße garantieren und sollen alle nationalen Minderheiten in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau aktiv unterstützen.
„Die Grundlage des ökonomischen Systems der UdSSR ist das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln." (Nowosti)	*Artikel 5* Das sozialistische Eigentum in der UdSSR hat entweder die Form von Staatseigentum (Gemeingut des Volkes) oder die Form von genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichem Eigentum (Eigentum einzelner Kollektivwirtschaften, Eigentum genossenschaftlicher Vereinigungen).	Artikel 5 Im gegenwärtigen Stadium bestehn in der Volksrepublik China hauptsächlich zwei Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln: das sozialistische Volkseigentum und das sozialistische Kollektiveigentum der werktätigen Massen.
„Artikel 13: (. . .) In Übereinstimmung mit dem Prinzip ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung' übt der Staat die Kontrolle über das Maß der Arbeit und des Konsums aus. Er bestimmt die Höhe der Einkommenssteuer und legt das Niveau des Arbeitslohns fest, das von der Steuererhebung befreit ist. Die gesellschaftlich nützliche Arbeit und ihre Resultate bestimmen die Lage des Menschen in der Gesellschaft. Der Staat fördert die Verwandlung der Arbeit in das erste Lebensbedürfnis jedes Sowjetmenschen, indem er materielle und moralische Stimuli miteinander verbindet."	*Artikel 12* Die Arbeit ist in der UdSSR Pflicht und Ehrensache eines jeden arbeitsfähigen Bürgers nach dem Grundsatz: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen." In der UdSSR wird der Grundsatz des Sozialismus verwirklicht: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seiner Leistung."	Artikel 9 Der Staat verwirklicht das sozialistische Prinzip „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" und „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung".

Der „Spiegel“ bereitet die Geschichte des 2. Weltkriegs auf

Rechtfertigung eines neuen Ostlandzuges

Die Machtergreifung des Revisionismus, die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und den ihr unterworfenen Ländern und schließlich die völlige Entartung des ersten revolutionären Arbeiter- und Bauern-Staates in der Geschichte zu einer aggressiven sozialimperialistischen Macht ist für die Imperialisten des Westens freudig aufgenommener „Beweis“ für die Unmöglichkeit und Sinnlosigkeit der proletarischen Revolution. Für die westdeutschen Imperialisten dient der sozialimperialistische Charakter der heutigen Sowjetunion vor allem auch als Beweismaterial dafür, daß die Verluste, die sie nach dem zweiten Weltkrieg erlitten haben, Ergebnis eines imperialistischen Expansionsstrebens der Sowjetunion unter Stalin gewesen seien, keinen Deut besser als die Raubzüge Hitlers.

Alle Zeitungsserien, die jetzt zur Vorbereitung der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad in der westdeutschen Presse erscheinen – wie die Serie „Kommunismus heute“ im „Spiegel“ –, dienen nicht allein dazu, den Marxismus-Leninismus in den Dreck zu ziehen. Sondern sie dienen auch dazu, zu verwischen, daß der zweite Weltkrieg von seiten des imperialistischen Deutschland ein ungerechter Krieg, ein Krieg der Sklavenhalter war, von seiten der Sowjetunion dagegen ein gerechter Krieg, ein Krieg der Arbeiter und Bauern, die sich von Lohn- und Feudalsklaverei befreit hatten, ein Krieg zur Verteidigung der Oktoberrevolution und des sozialistischen Vaterlandes, ein Krieg auch zur Befreiung der Völker Europas und der Welt von der faschistischen Bestie. Es handelt sich also bei diesen Zeitungsserien um direkte Kriegsvorbereitung von seiten der westdeutschen Imperialisten. Sie stimmen ein Wolfsgeheul an über das „erlittene Unrecht“, um damit ihre revanchistischen Ziele zu rechtfertigen – die Aufrechterhaltung ihrer Ansprüche auf die DDR und die „deutschen Ostgebiete“ und ihres Anspruchs auf ständige Einmischung in die inneren Verhältnisse der Staaten Osteuropas, in denen noch deutschsprachige Minderheiten leben, besonders Polen und Rumänien.

Besonders raffiniert geht die sozialliberale Presse ans Werk unter Anleitung des Pressezaren Augstein. Seit geraumer Zeit schon ist dem „Spiegel“ kein Platz auf seinen teuren Seiten zu schade, um die abgedroschenen Behauptungen der Trotzkisten gegen die proletarische Diktatur in der Sowjetunion Stalins wieder und wieder aufzuwärmen, wonach es sich, gestützt auf den Primitivismus der Bauernbevölkerung, um eine neue Form der „asiatischen Despotie“, um eine „Diktatur der Bürokratie“ gehandelt habe, die nur die verwandelte Gestalt der feudal-bürokratischen Reaktion des alten Zarenreichs gewesen sei. Seitenlang können sich der Häuptling der spanischen „Euro“revisionisten, Carillo, das Mitglied des Zentralkomitees der KPF, Elleinstein, oder der DDR-Professor Havemann darüber ausbreiten, ob diese Entwicklung nun „unvermeidlich“ gewesen sei oder nicht – um nur davon abzulenken, daß es ganz anders war.

Dies einmal erreicht, kommt der „Spiegel“ zur Sache:

„... die überhastete Industrialisierung und Militarisierung des Landes hatte mit Kommunismus nichts zu tun, sondern sollte Rußland die imperiale Stellung von einst wiedergeben.

Gewiß wären Alternativen möglich gewesen – aber nicht für die Männer, die nun einmal die Macht gewonnen hatten. Das liberale Bürgertum, das die Industrialisierung vermutlich viel schneller, schmerzloser und billiger hätte weiterführen können, war vertrieben oder liquidiert. Die intellektuellen und professionellen Fähigkeiten der neuen Machtelite aber waren beschränkt.

Der beinahe katastrophale Test für die Stabilität des Regimes, der Krieg gegen Deutschland, war mitverschuldet: Um Zeit für die eigene Rüstung zu gewinnen, aber auch die eigenen Grenzen von 1914 wiederherzustellen, verbündete sich Stalin mit Hitler und sicherte ihm für den Beginn des Krieges 1939 den Rücken – bis die imperialistischen Programme beider Diktatoren 1941 miteinander in Konflikt gerieten.

Auf diesen Zeitpunkt hin waren alle Anstrengungen und Opfer der Russen gezielt, und Stalin hatte ihn genau vorhergesagt, am 4. Februar 1931:

‚Rückständige werden geschlagen. Wir aber wollen nicht die Geschlagenen sein. Nein, das wollen wir nicht! Die Geschichte des alten Rußland bestand unter anderem darin, daß es wegen seiner Rückständigkeit ständig geschlagen wurde ... von den mongolischen Khans ... von den türkischen Begs ... von den schwedischen Feudalen ... den polnisch-litauischen Pans ... den englisch-französischen Kapitalisten ... den japanischen Baronen ... Es wurde geschlagen, weil das einträglich war und ungestraft blieb. Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder wir bringen das zustande, oder wir werden zermalmt.‘

Genau zehn Jahre später, 1941, als die Deutschen sich anschickten, Rußland zu zermalmen, da erst gewann die Partei der Bolschewiki das Volk für sich. Und im Augenblick des Triumphes 1945 mußte der Apparat erleben, wie die Bauernsoldaten seiner Kontrolle entglitten.“

Kettenhunde, wenn sie erregt sind, laufen im Kreis rum und heben das Bein nach allen Seiten. Die „Beweisführung“ der Presseköter des Hamburger Zeitungszaren erinnert stark daran. Unmöglich, überall zu wischen, wo sie hingepißt haben. Nur soviel:

– Der Aufbau der Schwerindustrie und Maschinenbauindustrie in der Sowjetunion in den dreißiger Jahren im Zeichen des drohenden imperialistischen Krieges gehört zu den Großtaten der internationalen Arbeiterklasse. In einer konzentrierten Anstrengung, gestützt auf die eiserne Unterdrückung der alten Ausbeuterklassen, mobilisierte die Kommunistische Partei alle produktiven Fähigkeiten der Arbeiterklasse und der armen Bauern. „Schneller, schmerzloser und billiger“ hätte es „das liberale Bürgertum“ gemacht, kläfft nun der „Spiegel“ hinterher. Wie lächerlich! Und ganz falsch. Die russische Bourgeoisie war von vornherein unfähig, das Land zu industrialisieren, wie sie unfähig war, die bürgerliche Revolution zu machen. Ihre Schwäche, ihre Angst vor der Arbeiter- und Bauern-Revolution trieb sie von vornherein an die Seite der feudal-bürokratischen Reaktion und des westlichen Imperialismus. Mit den faschistischen Aggressoren hätte sie kollaboriert gegen die proletarische Revolution – das war der Weg, der ihr vorgezeichnet war. Darum war auch der Kampf mit den Überresten dieser Ausbeuterklasse ein Kampf auf Leben und Tod. Wo stünde die Arbeiterbewegung, wo stünde die Menschheit heute, wäre dieser Kampf verlorengegangen!

– Stalin ging auf Hitlers Angebot eines Nichtangriffspaktes ein, als vollends klar war, daß der Kern der sogenannten „Beschwichtigungspolitik“ der alten imperialistischen Staaten gegenüber den jungen, aggressiven Staaten, besonders Hitlerdeutschland, in Wirklichkeit darauf hinauslief, den Faschisten „freie Hand im Osten“ zu geben, noch mehr: sie zu einem antibolschewistischen Kreuzzug gegen die Sowjetunion direkt zu ermutigen. Der Nichtangriffspakt mit dem Deutschen Reich 1939 machte ihnen einen Strich durch die Rechnung, und sie gerieten sich schließlich gegenseitig in die Wolle – eine weit günstigere Lage für die Völker der Welt, als wenn der Plan der Imperialisten aufgegangen wäre.

– Nachdem die Bourgeois der meisten europäischen Länder, die von Hitler angegriffen wurden, sich aus Angst vor der proletarischen Revolution lieber gleich geschlagen gaben und mit den Faschisten gegen die Arbeiter und die Volksmassen des eigenen Landes kollaborierten, die sich zum Befreiungskrieg erhoben, wandte sich Hitler gegen die Sowjetunion und überfiel sie. Die Bourgeois fast aller europäischen Länder unterstützten ihn darin, die Ressourcen fast ganz Europas standen ihm zur Verfügung. Und selbst als sich die britische und amerikanische Bourgeoisie entschloß, an der Seite der Sowjetunion in den Krieg einzutreten, nachdem ihnen der deutsche Faschismus zu mächtig geworden war, dauerte es zwei Jahre bis zur Errichtung einer zweiten Front im Westen. Die Herren von Wallstreet und London City hatten es nicht eilig. In diesen zwei Jahren stand die Rote Armee, standen die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion allein den Kerntruppen des deutschen Faschismus und seiner Verbündeten gegenüber. Für den Opferreichtum und den Heroismus, den sie in diesem Kampf an den Tag legten, kennt die Geschichte kaum Beispiele. 20 Millionen Sowjetbürger aller Nationalitäten starben im Großen Vaterländischen Krieg als Rotarmisten an der Front, im Partisanenkrieg hinter der Front, in deutschen KZs oder Gefangenenlagern, als Zwangsarbeiter in den Gruben und Fabriken des Deutschen Reichs. Aber es war eben das *sozialistische* Vaterland, das sie verteidigten. „Dieser Vaterländische Volkskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker hat nicht nur das Ziel, die über unser Land heraufgezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen. In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein dastehn. In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist.“ Dies erklärte Stalin in seiner Rundfunkrede wenige Tage nach dem Beginn des deutschen Überraschungsangriffs, als die deutschen Truppen schon tief im Land standen und die Lage sich bedrohlich entwickelte.

Die „Sozialliberalen“ unter den westdeutschen Imperialisten halten sich für besonders schlau: Geben sie den verbrecherischen Charakter des Überfalls auf die Sowjetunion zu (verbrecherisch *leichtsinnig*, meinen sie in Wirklichkeit ...), so soll der Krieg seinen Charakter gewechselt haben ab dem Moment, als die sowjetischen Truppen die Aggressoren über die eigene Grenze zurückwarfen. Ab da, krähen sie empört, habe es sich um einen großrussischen Eroberungskrieg gehandelt. „Russenopfer 1944 – vae victis (wehe den Besiegten!)“ – mit diesem Titel druckt der „Spiegel“ nationalsozialistische Propagandafotos nach, auf denen Säuglinge, junge Frauen und Greisinnen tot daliegen; einer Frau sind die Röcke hochgeschlagen, damit man sich das Nötige denkt über die „aller Kontrolle entglittenen Bauernsoldaten“ der Roten Armee.

Solche Greuelgeschichten verwendeten die deutschen Imperialisten damals, um die verbliebenen Frauen, Kinder und alten Leute in den östlichen Provinzen in riesigen Trecks, die Hunderttausende das Leben kosteten, wie Arbeitsvieh vor der auf dem Rückzug befindlichen Wehrmacht herzutreiben. Sie hofften, sich alsbald mit den westlichen Imperialisten wieder zusammenzutun und gemeinsam gegen die Sowjetunion zu marschieren. Aus diesem Traum wurde nichts. Sie hatten einige Jahre lang damit zu tun, mit Hilfe der westlichen Besatzer zuerst die Arbeiterklasse im eigenen Land niederzuwerfen. Es dauerte 20 Jahre, bis sie wieder zur imperialistischen Großmacht aufstiegen. In der Zwischenzeit wechselte die Sowjetunion die Farbe und wurde zu einer sozialimperialistischen Supermacht. Die westdeutschen Imperialisten nutzen das, um die Gerechtigkeit ihrer Revanche-Forderungen zu beweisen. Begeistert greifen sie die Verleumdungen der neuen Zaren gegen Stalin auf, um den großen antifaschistischen Befreiungskrieg der Völker der Sowjetunion und der Roten Armee in den Dreck zu ziehen. Die Arbeiterklasse in Westdeutschland wäre verraten und verkauft, wenn sie sich darauf einließe. – (Z-Red)



Leningrader Arbeitermiliz. 26 Monate hält Leningrad, von jedem Nachschub abgeschnitten, unter dem Feuer schwerer Artillerie aus. Die Faschisten können die Stadt bis zum Schluß nicht einnehmen. Sie scheitern an dem bewaffneten Proletariat Leningrads, das 25 Jahre vorher die Oktoberrevolution begonnen hatte.

„Artikel 12: Persönliches Eigentum der Bürger der UdSSR können selbsterarbeitete Einkünfte und Ersparnisse, Wohnhaus und individuelle Hauswirtschaft, Gegenstände des täglichen Bedarfs, persönlichen Gebrauchs und Komforts sein. Das Recht der Bürger auf persönliches Eigentum wird ebenso wie das Recht, dieses zu vererben, durch das Gesetz verteidigt.“	*Artikel 10* Das persönliche Eigentumsrecht der Bürger an ihren selbsterarbeiteten Einkünften und Ersparnissen, am Wohnhaus und an der häuslichen Nebenwirtschaft, an den Hauswirtschafts- und Haushaltungsgegenständen, an den Gegenständen des persönlichen Bedarfs und Komforts, ebenso wie das Erbrecht an dem persönlichen Eigentum der Bürger werden durch das Gesetz geschützt.	Der Staat schützt das Eigentumsrecht der Bürger auf ihr Arbeitseinkommen, ihre Ersparnisse, ihre Häuser und ihre Verbrauchsgüter.
„Artikel 17: In der UdSSR ist in Übereinstimmung mit dem Gesetz individuelle Arbeitstätigkeit in der Sphäre der handwerklichen Erzeugnisse, der Landwirtschaft, der alltäglichen Dienstleistungen für die Bevölkerung und auch anderer Arten von Arbeitstätigkeit erlaubt, wenn sie ausschließlich auf der persönlichen Arbeit der Bürger und der Angehörigen ihrer Familien beruht.“	*Artikel 9* Neben dem sozialistischen Wirtschaftssystem, der in der UdSSR herrschenden Wirtschaftsform, ist die auf persönlicher Arbeit beruhende und eine Ausbeutung fremder Arbeit ausschließende kleine Privatwirtschaft von Einzelbauern und Kleingewerbetreibenden gesetzlich zugelassen.	Der Staat erlaubt den nicht in der Landwirtschaft tätigen Einzelwerktätigen, im Rahmen der Gesetze, ohne andere auszubeuten, individuell zu arbeiten, wobei diese Arbeit von den Organisationen der Wohnblöcke in den Städten und Kleinstädten beziehungsweise von den Produktionsgruppen der ländlichen Volkskommunen einheitlich geregelt wird. Zugleich sollen diese Werktätigen Schritt für Schritt auf den Weg der sozialistischen Kollektivierung geleitet werden.
„Artikel 15: Die Wirtschaft der UdSSR bildet einen einheitlichen volkswirtschaftlichen Komplex, der alle Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion, der Verteilung und des Austauschs auf dem Territorium des Landes umfaßt. Die Leitung der Wirtschaft erfolgt auf Grundlage staatlicher Pläne der Entwicklung der Volkswirtschaft und des sozialkulturellen Aufbaus, (...) bei Verbindung der zentralisierenden Führung mit der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Unternehmen, Vereinigungen und anderen Organisationen. Dabei werden aktiv angewandt die wirtschaftliche Rechnungsführung, der Gewinn und die Selbstkosten.“	*Artikel 11* Das Wirtschaftsleben der UdSSR wird durch den staatlichen Volkswirtschaftsplan im Interesse der Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums, der stetigen Hebung des materiellen und des kulturellen Niveaus der Werktätigen, der Festigung der Unabhängigkeit der UdSSR und der Steigerung ihrer Wehrfähigkeit bestimmt und gelenkt.	Artikel 10 Der Staat befolgt die Richtlinie: Die Revolution anpacken, die Produktion, die Arbeit und die Vorbereitung auf einen Kriegsfall fördern. Er fördert die planmäßige proportionale Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft, indem er die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als den führenden Faktor betrachtet und die Initiative sowohl der zentralen als auch der örtlichen Ebene zur vollen Geltung bringt. Er verbessert auf der Grundlage der stetigen Erhöhung der gesellschaftlichen Produktion schrittweise das materielle und kulturelle Leben des Volkes und festigt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.
„Artikel 50: In Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zu den Zwecken der Stärkung des sozialistischen Aufbaus wird den Bürgern der UdSSR garantiert die Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen und Meetings, Straßendemonstrationen und Aufzüge. Die Realisierung dieser politischen Freiheiten wird gesichert, indem den Werktätigen und ihren gesellschaftlichen Organisationen Gebäude, Straßen und Plätze, breite Verbreitung der Information, die Möglichkeit der Benutzung der Presse, des Fernsehens und Radios zur Verfügung gestellt wird.“ „Artikel 59: Die Ausübung der Rechte und Freiheiten ist untrennbar von der Erfüllung seiner Pflichten durch den Bürger. Der Bürger der UdSSR ist verpflichtet, die Verfassung der UdSSR und die sowjetischen Gesetze einzuhalten, die Regeln des sozialistischen Zusammenlebens zu beachten, mit der Würde eines Trägers des Namens ‚Sowjetbürger‘.“	*Artikel 125* In Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zum Zwecke der Festigung des sozialistischen Systems werden den Bürgern der UdSSR durch das Gesetz garantiert: a) die Redefreiheit, b) die Pressefreiheit, c) die Meetings- und Versammlungsfreiheit, d) die Freiheit von Straßenumzügen und -kundgebungen. Diese Rechte der Bürger werden dadurch gewährleistet, daß den Werktätigen und ihren Organisationen die Druckereien, Papiervorräte, öffentlichen Gebäude, Straßen, das Post- und Fernmeldewesen und andere materielle Bedingungen, die zu ihrer Ausübung notwendig sind, zur Verfügung gestellt werden. *Artikel 130* Jeder Bürger der UdSSR ist verpflichtet, die Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einzuhalten, die Gesetze zu befolgen, die Arbeitsdisziplin zu wahren, seinen gesellschaftlichen Pflichten ehrlich nachzukommen, die Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens zu achten.	Artikel 13 Freie Äußerung von Ansichten, offene Aussprachen, große Debatten und Dazibaos sind eine neue Form, geschaffen von den Volksmassen für die Durchführung der sozialistischen Revolution. Der Staat garantiert den Volksmassen das Recht, diese Form anzuwenden zur Schaffung einer politischen Situation, in der sowohl Zentralismus als auch Demokratie, sowohl Disziplin als auch Freiheit, sowohl der einheitliche Wille als auch das persönliche Wohlbehagen und die lebendige Aktivität des Einzelnen vereint sind, was dazu beitragen soll, die Führung des Staates durch die Kommunistische Partei Chinas und die Diktatur des Proletariats zu festigen.
„Der Sowjetstaat verfolgt konsquent die Leninsche Friedenspolitik und tritt für eine Festigung der Sicherheit der Völker und eine umfassende internationale Zusammenarbeit ein. In der UdSSR ist Kriegspropaganda gesetzlich verboten.‘		In den internationalen Angelegenheiten müssen wir am proletarischen Internationalismus festhalten. China will nie eine Supermacht werden. (...) wir müssen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus und des Sozialimperialismus und den Hegemonismus der Supermächte bekämpfen. (Präambel)

„Frieden ist der Ernstfall" – Bourgeois-Aufmarsch an der ideologischen Front

Das Fernsehen ist eine Körperschaft „öffentlichen Rechts" und wirksames Mittel der Bourgeoispropaganda. Am 6. Juni hat die ARD uns mit der Sendung „Frieden ist der Ernstfall" beglückt. Die verlogene Parole stammt von G. Heinemann. Der gleichermaßen verlogene Fernsehfilm stammt von Martin Schulze und handelt vom Krieg.

„Dies, meine Damen und Herren, soll eine Warnung sein. Jedes Jahr spielen NATO und Warschauer Pakt rund um den Globus ein gefährliches Spiel. Sie proben den großen Krieg. (. . .) Wir wollen Ihnen keine Angst einjagen, wollen sie nicht erschrecken, aber wir wollen Ihnen mit unseren Mitteln veranschaulichen, was für Militärstrategen und hohe Politiker längst zum Alltag geworden ist. (. . .) Nach der Sendung sehen Sie die Aufzeichnung einer Diskussion mit dem Bundesminister der Verteidigung und hohen Militärs. In diesem Gespräch wollen wir die Notwendigkeit, aber auch die Gefahren solcher Übungen erörtern."

In diesen einleitenden Worten von M. Schulze ist die Aufgabenstellung des Journalistenteams verkapselt enthalten. Den Volksmassen „keine Angst einjagen, sie nicht erschrecken", sondern sie an die Kriegsvorbereitungen *gewöhnen*, die heute bereits den „Alltag" hoher Politiker und Militärs ausmachen. Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges ist in ein Stadium gerückt, in dem sie *unauffällig* nicht mehr durchgeführt werden kann. Freie Bahn der Rüstung, dem aggressiven Aufmarsch eine Gasse müßte der Film heißen, denn beides ist „notwendig", wenngleich unleugbar „gefährlich".

Infolge der *geschichtlichen Erfahrung* der Volksmassen in unserem Lande ist die Aufgabe schwierig. Wie kommt es zur Spannung? Wie zum Kriege? Unser Journalistenteam packt den Stier bei den Hörnern. Gong. Das NATO-Emblem wird eingeblendet. Sonderstudio in Brüssel meldet sich.

„In den militärischen und politischen Stäben der Allianz herrscht fieberhafte Aktivität. Zur Stunde tagen Oberkommando und NATO-Rat in Permanenz. Alles deutet darauf hin, daß das westliche Verteidigungsbündnis vor der größten Belastungsprobe seiner Geschichte steht. Wir wollen Ihnen heute abend zeigen, wie es zu dieser dramatischen Entwicklung gekommen ist."

Und welcher schlimme Virus hat nun das „Fieber" der Generale und Politiker ausgelöst?

„Drei Tote und 77 Verletzte forderten in den letzten beiden Wochen in Italien die Demonstrationen gegen den Verbleib des Landes in der NATO. (. . .) Zu den Demonstrationen war es gekommen, nachdem der neue Chef der italienischen Kommunisten vier Wochen nach dem Rücktritt Berlinguers offiziell angekündigt hat, seine Partei sei nicht länger bereit, das christdemokratische Minderheitenkabinett zu tolerieren."

So sehr begreift die Bourgeoisie den Revisionisten Berlinguer als ihren treuen Haushund, daß sie sich politische Kämpfe der Arbeiter nicht vor Beseitigung dieses Kretins vorstellen kann. Was indessen die „Spannung" auslöst, das sind Kämpfe der Arbeiterklasse, die unter der richtigen Forderung „Raus aus der NATO" geführt werden. Aber nicht nur die „Drohungen" der Arbeiterbewegung gefährden den Frieden und führen zur Spannung. Der „Ernstfall Frieden" hat noch weitere gefährlichere Gegner:

„Mit einer massiven Drohung an die westlichen Industrienationen ist die Sondersitzung der in der OPEC zusammengeschlossenen erdölproduzierenden Staaten zu Ende gegangen. Vor dem Hintergrund der neuen Spannungen im Nahen Osten kündigten die Minister einen totalen Erdölboykott für den Fall an, daß der Westen bei seiner antiarabischen Politik bleibt."

Offenbar ergreifen die arabischen Länder Maßnahmen gegen diejenigen, die den zionistischen Aggressor gegen sie rüsten, aufpäppeln und auf die arabischen Völker hetzen. Ganz schön brutal, diese OPEC, was? Ist jetzt klar, von wem die Spannung ausgeht und der „Ernstfall Friede" gefährdet wird? Noch nicht ganz? Na, dann vielleicht überzeugt dies:

„Libyen, der Irak und Algerien unterstützen bei der Sitzung in Wien ohne Einschränkung die sowjetische Auffassung, das Mittelmeer müsse ein Friedensmeer sein und dürfe nicht von der 6. amerikanischen Flotte beherrscht werden."

In den Mittelmeerländern ist die Forderung nach Abzug aller Flotten aus dem Mittelmeer populär. Als Malta auf den KSZE-Verhandlungen mit der Forderung nach Abzug der Flotteneinheiten aller Nicht-Anliegerstaaten auftrat, hatte es die Sympathie aller Mittelmeervölker. Die Gefahr, daß die kriegslüsternen Zusammenrottungen imperialistischer Flottenverbände im Mittelmeer von den Anliegerstaaten geächtet werden und dann „zu Hause" nur noch ganz schwer zu begründen sind, ist erheblich.

Wozu zahlt man die Journalisten gut, wenn nicht auch mal zur *Fälschung*. Ist ja bloß ein Planspiel. Ein Vivat dem freiheitlich demokratisch eingekauften Journalismus.

Was ist es für ein Ungeheuer, das sich erdreistet, den „Ernstfall Frieden" zu gefährden, schlimme Spannung auszulösen und Politiker und Generale in Fieber zu bringen?

Kämpfe der Arbeiter unter der Forderung „Raus aus der NATO", also gegen die Kriegsvorbereitungen.

München. Soldaten- und Reservistentage am 28. Mai. In der verabschiedeten Resolution erklären die Teilnehmer: „Die Rechtlosigkeit der Soldaten ist eine große Gefahr für die Arbeiterklasse. Der Kampf der Soldaten dagegen ist eine große Hoffnung für die Arbeiterklasse. Hat dieser Kampf Erfolg, dann wird er die Herrschaft der Bourgeoisie schwächen. Das ist gut. Die Bourgeoisie bereitet den Krieg vor, der aus der imperialistischen Konkurrenz hervorgeht. Die Kämpfe der Soldaten gegen Kasernenunterdrückung, Hungersold und Schinderei richten sich direkt gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung. Das ist ein weiterer Grund, warum wir diese Kämpfe unbedingt unterstützen."

Kämpfe der unterdrückten Völker wie gegen die dauernden Aggressionen durch den künstlich hochgerüsteten und herausgefütterten zionistischen Aggressor, die sich gegen imperialistische Unterdrückungskriege richten.

Politische Forderungen wie die Befreiung des Mittelmeeres von imperialistischen Flottenverbänden, die sich gegen die dauernde politische Erpressung ganzer Staaten richten.

Nachdem unser Fernsehteam die „Ursachen der Spannung" pflichtgemäß ausgewogen dargestellt und alle Faktoren, die *gegen* den imperialistischen Krieg wirken und übrigens dessen Ausbruch einzig bis zum heutigen Tage verhindert haben, in Faktoren der Kriegsauslösung verdreht haben, folgt auf die krasse Lüge eine feinsinnige Wahrheit. Wechselbäder sind ja so gesund. Auf der Gegenseite, bei den russischen Sozialimperialisten, wird auch gefiebert. Aber nicht nur, es wird bereits marschiert.

„Die soeben georteten Zerstörer gehören zur KRIWA-Klasse. Gleichzeitig haben die Marineflieger der Allianz U-Boote vom Typ Delta ausgemacht, die mit Interkontinentalraketen ausgerüstet sind. Diese Raketen haben eine Reichweite von 6 000 Kilometern. Zerstörer und U-Boote gehören zu einem Flottenverband, der Anfang letzter Woche aus dem sowjetischen Nordmeerhafen Murmansk ausgelaufen ist. Rund 50 Schiffe befinden sich bereits westlich von Nordnorwegen. (. . .) Parallel zu den Seemanövern begannen umfassende Landeübungen des Warschauer Paktes, sowohl an der sowjetisch-türkischen Grenze wie auch in Westpolen. Insgesamt sind bei diesen Manövern rund 65 000 Soldaten beteiligt.

Zu Anfang war die NATO nicht sonderlich beunruhigt, denn der Ostblock hatte diese Übungen ordnungsgemäß angemeldet und hielt sich damit an die Vereinbarungen der Konferenz von Helsinki. Danach haben sich sowohl NATO als auch Warschauer Pakt verpflichtet, alle Übungen, an denen mehr als 25 000 Mann teilnehmen, rechtzeitig der Gegenseite zu melden."

Endlich mal ein klares Wort zu den KSZE-Vereinbarungen. Die „Anmeldung" von Kriegsaufmärschen als „Manöver" hat nur den Zweck, die Soldaten auf beiden Seiten unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in die Einsatzräume zu kriegen. Unter der Devise „Alles angemeldet, alles bloß Manöver" lassen sich die Aufstellungen zu imperialistischen Schlachten wirklich am besten durchführen. Vor den Generalstäben der Gegenseite läßt sich natürlich keine zwei Stunden verbergen, ob nun Manöver oder kriegerischer Aufmarsch. Die wissen, wie munitioniert ist, wissen, wie der Nachschub ausgelegt ist, wissen, ob die Produktion auf Kriegsproduktion umgestellt ist. Wer über all dies nicht so leicht den Überblick hat, das ist der Soldat, der marschieren muß und sich hohe Zuchthausstrafen wegen Meuterei nicht wegen Nichtteilnahme an einem Manöver einhandeln will. Wenn die Armee dann im Felde steht und bereits geschossen wird, dann ist der richtige Zeitpunkt zur Meuterei bereits verpaßt. So wenigstens die Vorstellungen der Imperialisten, die auf beiden Seiten diese Probleme haben. Im „Planspiel" zeigt sich's prompt. Zwar marschiert der Warschauer Pakt auf, aber die NATO, die NATO *ist schon da:*

„Die Spannungen zwischen dem NATO-Partner Norwegen und der Sowjetunion haben sich verschärft, nicht zuletzt wegen des zur Zeit in Norwegen ablaufenden Manövers Team Test."

Team Test, der Name ist deutlich. Offenbar handelt es sich um eine Zusammenziehung dieser multinational komponierten Provokationstruppen, die man einsetzt, um hernach unter dem Schlachtruf „Hier ist auch holländisches, britisches, kanadisches, deutsches, belgisches Blut geflossen, hier müssen *alle* zusammenstehen", einen Vorwand zur Einmischung in ganz anderswo gelegenen Teilen der Welt zu haben. Dieweil diese Provokateursbande in Norwegen ihr Unwesen treibt und die „Befreiung Finnlands" wie gehabt vorbereitet, melden die russischen Sozialimperialisten ihrerseits ihre Interessen gegen Finnland an.

„Der Kreml hat Helsinki in scharfer Form aufgefordert, endlich seinen politischen Flirt mit dem Westen zu unterbrechen."

Finnland kann sich im Planspiel auf gleich *zwei* Befreier freuen.

Nachdem die ARD-Reportergang vorgeführt hat, daß es seit der KSZE völlig unmöglich für den Soldaten ist, zu unterscheiden, ob er zum Manöver „Team Test" nach Norwegen oder zur „Befreiung Finnlands" fährt, wird geklärt, daß auch das NATO-Bündnis für solche Verhüllungen großartig geeignet ist.

„Während die offiziellen NATO-Sprecher noch versuchen, die Lage zu verharmlosen, werden auf nationaler Ebene bereits Vorbereitungen für den Krisenfall getroffen."

Auf der nationalen Ebene herrscht inzwischen der Kasernenhofton. Es geht so zackig zu, daß auch der letzte einsehen mag, zum *Nachdenken* wird er nicht mehr kommen:

„Hauptmann Zagt"
„Herr Oberstleutnant"
„Jawoll, Kompanie sofort in Verfügungsraum ausrücken"
„Kompanie ausrücken . . . Kompanie ausrücken . . . Los lauf"
Feuerbereitschaft. Feuerverbot"

Überhaupt muß man sich keine Sorgen machen, denn stark ist die NATO und die Bundeswehr ihr Herzstück:

„Jetzt befinden sich 110 000 Mann im Manöver. Neben Holländern, Briten, Amerikanern und Belgiern rücken fünf Divisionen der Bundeswehr in ihre vorgesehenen Gefechtsabschnitte."

Merke gut, alles noch Manöver, aber excellent geplant und echt deutsch organisiert. Geht wie am Schnürchen, Hauptmann Zagt. Jawoll, Herr Oberstleutnant. Deutschland schützt die Allianz.

„Mit Panzern vom Typ Leopard setzt die Bundeswehr ihre Schwerpunktwaffe ein. Sie wird geschützt durch massive Flugabwehr. Manöverraum sind Gebiete an der Grenze zum Warschauer Pakt. Das Ziel der gemeinsamen Übung ist: Abwehr einer Invasion aus dem Osten.

Endlich sind die Soldaten an die Front verfrachtet. Die Stäbe können jetzt den Krieg auslösen und müssen nicht mehr befürchten, daß ganze Truppenteile sich in die Städte absetzen und sich mit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Krieg verbinden. Da diese Aufgabe vielleicht die *schwierigste* im kommenden Krieg ist, ist der Film auch schon fast vorbei. Das Oberkommando der NATO erhält jetzt die Erlaubnis, zu der Provokateursbande, die sich wegen Befreiung Finnlands in Skandinavien herumtreibt, eine zweite zu gesellen, die im Südosten wirksam sein soll. Der NATO-Rat trifft zwei „wichtige" Entscheidungen:

„1. Der Oberkommandierende erhält die Erlaubnis, die NATO-Feuerwehr in der Türkei einzusetzen. Diese mobile Einsatztruppe der Allianz besteht aus Soldaten aus 7 NATO-Staaten.

2. Der Transport von 50 000 amerikanischen Soldaten nach Europa wird jetzt vorbereitet."

Die Allianz marschiert. Die Verbündeten sind treu. Niemals noch war Deutschland eine Nation von Verrätern.

„Reporter aus aller Welt beobachten gespannt die Reaktion der Bundesregierung, des nach Amerika stärksten Partners der Allianz. Das Kabinett erwartet den Lagevortrag des Bundesverteidigungsministers, der direkt aus seinem Hauptquartier zum Kanzleramt kommt. (. . .)

Das Bundeskabinett ist nicht bei der Analyse geblieben, es hat eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die die gegenwärtig ablaufenden Manöver betreffen. (. . .)

Oh, Herr Oberstleutnant, ein ganz dickes Ding hier, wenn ich mal unterbrechen darf. Gerade wo der Angriff richtig rollt, hat die Division uns einen neuen Angriff gegeben."

Das „dicke Ding" ist der Beginn des *Krieges.*

„Die bisher begrenzten Manöver der Bundeswehr werden auf das gesamte Grenzgebiet von NATO und Warschauer Pakt ausgedehnt. (. . .)

Gleichzeitig mit der Entsendung der 5 000 Mann starken NATO-Feuerwehr beginnt die 6. amerikanische Flotte mit einem großen Landemanöver an der türkischen Küste. Mehr als 6 000 Marineinfanteristen werden in zwei Stunden an Land gebracht. Sie begeben sich dort sofort in ihre Gefechtsstellungen."

Schwach schimmert durch, daß sich das türkische Volk nicht in der rechten Willkomm-Stimmung befindet. Wofern Ähnliches auch in der BRD zu befürchten; alles vorhergesehen, alles vorgeplant und bestens organisiert:

„. . . fällt die Entscheidung, die Operation Big Lift zu beginnen. 50 000 Soldaten werden in die BRD geflogen. (. . .) Bei ihrer Ankunft im pfälzischen Ramstein finden die Soldaten ihr Kriegsgerät vorbereitet. Sie begeben sich in ihre Gefechtsstellungen."

Die Bundesregierung hat sich inzwischen in den „gemeinsamen Ausschuß" umgewandelt, der diktatorische Vollmachten hat. Daß der Notstand ausgerufen ist und in der BRD Standrecht herrscht, versteht sich von selber und ist für die Reportergang keiner Mitteilung wert. Der gemeinsame Ausschuß befindet sich im Eifelbunker. Der Film schließt ab mit der Meldung, daß bereits geschossen würde, aber daß sich das Weiße Haus und der Kreml über das Rote Telefon unterhalten, wie die Sache in den Griff zu kriegen sei.

Wahrscheinlich treffen beide Banditen ein Gentleman agreement über den Nichteinsatz von strategischen Atomwaffen, schließlich geht es beiden um die *Beherrschung* Europas, nicht um seine Vernichtung. Was hin ist, kann nicht mehr ausgebeutet werden.

Aber das bleibt im Planspiel offen. Nachdem der „Ernstfall Frieden" dahin ist, beginnt das lustige Schlachten.

******

Nach dem Schauspiel treffen sich die Raben zur Diskussion. Wolf Graf von Baudissin, General a.D. und jetzt Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg. Johannes Steinhoff, General a.D., langjähriger Vorsitzender des NATO-Militärausschusses. Georg Leber, Bundesminister der Verteidigung. Martin Schulze, Korrespondent der ARD in Brüssel, insbesondere für NATO-Fragen. Über der Diskussionsrunde schwebt Rolf Rohlinger als Moderator und über Rolf Rohlinger schwebt der verstorbene G. Heinemann, der den Titel für die Sendung geliefert hat.

Die Diskussion ist öde und grenzenlos geschwätzig. Die Generale mokieren sich über Leber. Leber rührt das nicht, er hat solche Typen schon geschaßt. Die Stimmung ist friedvoll wie auf einer Kreuzotternhochzeit.

„Herr Leber, ich hätte sehr gern, wenn Sie eine Vermutung, die ich in dem Film geäußert habe, gleich dementieren würden: Wir haben dort gesagt, es könnte sein, daß die Militärs eventuell der politischen Führung nicht mehr gehorchen werden."

Die deutsche Monopolbourgeoisie, nach zwei verlorenen imperialistischen Kriegen auf das Territorium Westdeutschlands eingeengt, ist bemerkenswert weitsichtig. Bereits im Stadium der ersten, zögernden, ideologischen Schritte der neuerlichen Kriegsvorbereitung wird die Auffangstellung für den *verlorenen* Weltkrieg Nummer 3 gebastelt. Ist doch klar. Wenn es schief geht, dann haben sich die Generale verselbständigt.
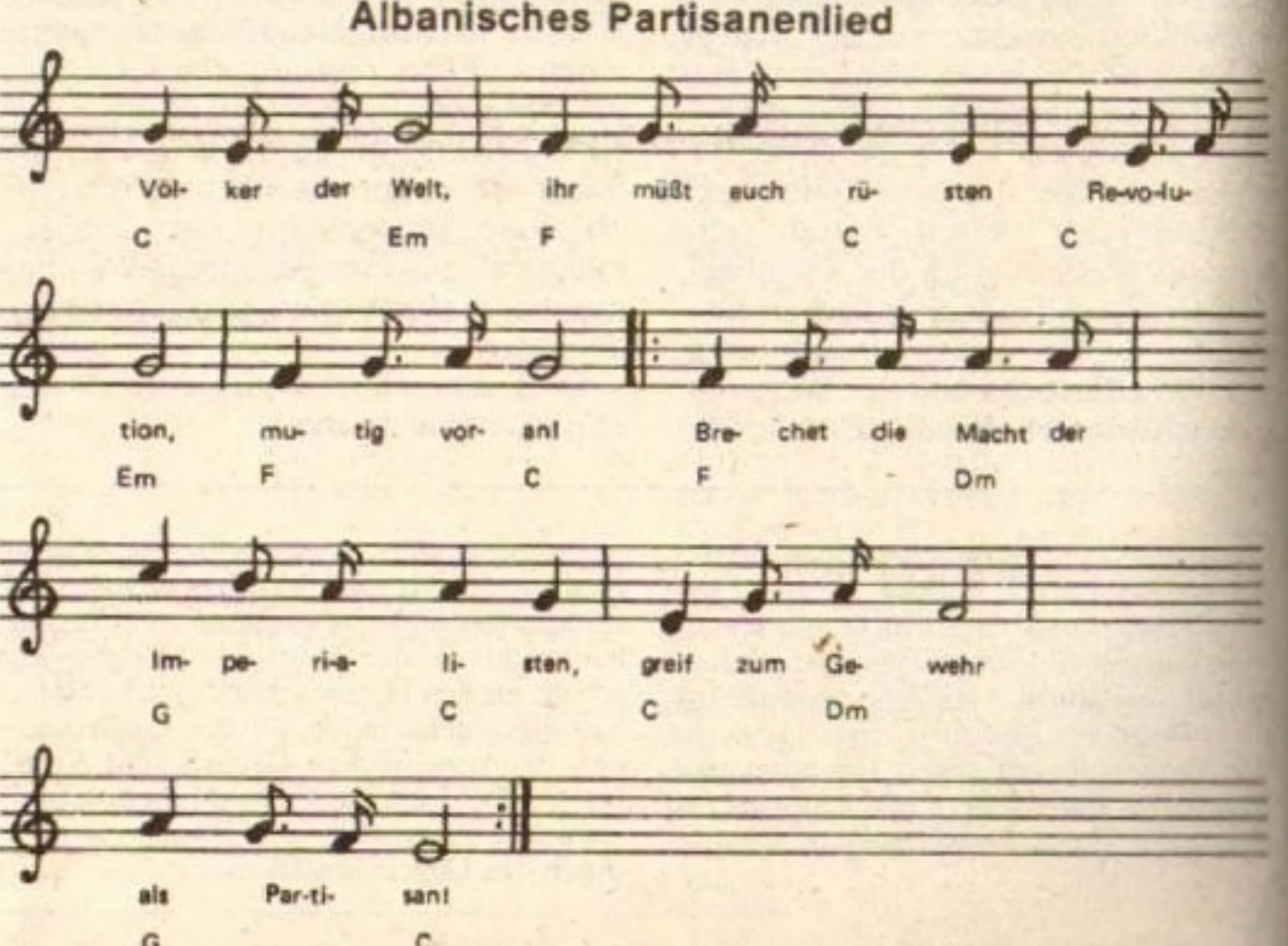
Das ist sowieso die Methode des ganzen Machwerks: Den Eindruck von riesenhaftem, unkontrollierbarem Räderwerk erzeugen, gegen das sich keiner stellen kann und das alle in seine Strudel zieht.

Bei Nacht und Nebel rrraustreten. Flott flott. Marsch. Marsch. Manöver. Und dann kracht es: Und der Feind schießt auch und was willst du da machen. Man will der heutigen Generation die Lebensgeschichte ihrer Väter als unausweichliches Schicksal vorexerzieren.

Aber die Armee besteht aus Menschen. Die Mannschaften und der große Teil des Unteroffizierscorps bestehen aus Lohnabhängigen und zwangsweise gepreßten Proletariern. Die Generale bestehen aus Bourgeois.

Die Lüge, daß die Generale sich eben mal verselbständigen und durchdrehen, mag sich leicht als die Wahrheit herausstellen, daß sich die Soldaten nicht vom Volk trennen lassen.

Davon hat der Film nicht gehandelt. Aber davon wird die Geschichte handeln. – (Z-Red.)



Arbeiter, Bauern, schmiedet die Reihen, und du Student, schließe dich an!
Es gilt die Welt vom Krieg zu befreien. Greif zum Gewehr als Partisan!

Hat auch der Feind so viele erschossen, greift er voll Wut mächtig uns an: Uns ist der Sieg! Vorwärts Genossen! Rächen wird sie der Partisan!

Haben wir dann im Volkskrieg gewonnen, zerschlagen den Staat, die Arbeit getan:
Bauen wir auf den Sozialismus. Wache hält dann der Partisan.